

Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



41. Jahrgang
4|2014

Schwerpunkt:

Altstadt für Alle? Urbanität als Zumutung

Herausgegeben von Johann Jessen

Aus dem Inhalt:

Wolfgang Kaschuba
Kampfzone Stadtmitte:
Wem gehört die City?

Juliane von Hagen
Ambivalenzen in Stadt-
räumen: Veränderungen
als Herausforderung

Max Hermanutz
Überbeanspruchte Innenstädte:
Öffentlicher Raum und
Alkoholkonsum

Peter Koler
Präventive Ansätze im Nacht-
leben: »Feiern mit Niveau«

Peter Neuman
Das Konzept »Desing für alle«:
Beispiel Altstadt Paderborn

Forum Stadt
Verlag



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V. in
Verbindung mit Gerd Albers, Harald Bodenschatz, Tilman Harlander,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur) –

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern

Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart,
Städtebau-Institut

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Ursula von Petz, Universität Dortmund

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Volker Roscher, Architektur Centrum Hamburg

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte,

Prof. Dr. Holger Sonnabend, Universität Stuttgart,
Historisches Institut

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
E-mail: hans.schultheiss@esslingen.de

Tel. +49(0)711 3512-3242; Fax +49(0)711 3512-2418
Internet: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V.

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 89,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Verlags Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49 (0) 8581 - 9605-0
E-mail: info@suedost-verlags-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2014 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziolo-
gie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Schwerpunkt:

ALTSTADT FÜR ALLE? URBANITÄT ALS ZUMUTUNG

Herausgegeben von Johann Jessen

Johann Jessen

Editorial 355

ABHANDLUNGEN

Wolfgang Kaschuba

Kampfzone Stadtmitte: Wem gehört die City? 357

*Max Hermanutz*Was tun gegen überbeanspruchte Innenstädte? Öffentlicher Raum und
Alkoholkonsum. Untersuchungsergebnisse aus Baden Württemberg 377*Peter Koler*

Präventive Ansätze im Nachtleben: »Feiern mit Niveau« 391

Peter Neumann

Das Konzept »Design für alle« – Beispiel: Altstadt Paderborn 403

*Juliane von Hagen*Ambivalenzen in Stadträumen. Veränderungen in öffentlich
zugänglichen Räumen als kontinuierliche Herausforderung 412

AUTORINNEN / AUTOREN 420

FORUM

*Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung DASL,
Ausschuss Städtebau*

Städte in Deutschland 2030: Herausforderungen und Chancen für
Stadtentwicklung und Städtebau. Positionspapier 421

BESPRECHUNGEN

- MANFRED GROTEN, Die deutsche Stadt im Mittelalter (*Wilhelm Ribhegge*) 431
- NIELS M. SCHINKER, Die Gartenstadt Hellerau 1909 - 1945. Stadtbaukunst,
Kleinwohnungsbau, Sozial- und Bodenreform (*Werner Durth*) 434
- JAN SALM, Ostpreußische Städte im Ersten Weltkrieg.
Wiederaufbau und Neuerfindung (*János Brenner*) 435
- FRANCESCA FERGUSON / URBAN DRIFT PROJECTS (Hrsg.), Make_Shift City
(*Robert Kaltenbrunner*) 439
- JÜRIG SULZER, Stadtstärken. Robustheit des Städtischen (*Robert Kaltenbrunner*)... 439
- UTA CASPARY, Ornamente der Fassade in der europäischen Architektur
seit den 1990er Jahren (*Robert Kaltenbrunner*) 441

ALTSTADT FÜR ALLE? URBANITÄT ALS ZUMUTUNG

EDITORIAL

Die Innenstadt soll Platz für erlebnisreichen Konsum, attraktives Wohnen, politische Demonstration und Event-Spektakel bieten und gleichzeitig die gute Stube der Stadt sein. Der öffentliche Raum soll Kundenströme bewältigen, Lieferverkehr aufnehmen, barrierefrei sein und dabei sein historisches Gesicht bewahren. Das Ideal ist der für alle Bürger und viele Zwecke nutzbare Stadtraum. Dem stehen handfeste Konflikte, Störungen und Barrieren entgegen: zwischen Bewohnern und Touristen, Straßenmusikern und Ladenbesitzern, laut feiernden Jugendlichen und ruhesuchenden Senioren, zwischen kommerzieller und kultureller Nutzung, zwischen kontemplativer und aktiver Nutzung. Urbanität verlangt oft mehr Toleranz als aufgebracht werden kann. Die ökonomisch stärkeren Nutzungen und physisch präsenten Nutzer setzen sich meist auch im öffentlichen Raum der Innenstädte durch. Die ökonomisch und politisch Schwächeren, die Leiseren und Langsameren haben es schwer, sich zu behaupten.

Die Innenstadt als Konfliktzone ist Thema dieses Heftes. Die Beiträge sind überarbeitete Vorträge, die am 15./16. Mai 2014 auf der Internationalen Tagung „Altstadt für alle? Urbanität als Zumutung“ von „Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.“ in Sterzing (Südtirol) gehalten wurden. Auf wen die Formulierung von der „Urbanität als Zumutung“ zurückgeht, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, vermutlich auf den stadtsoziologischen Diskurs des letzten Jahrzehnts über die Europäische Stadt. Einem größeren Kreis hat sie 2010 ein Artikel von Gerhard Matzig, Fachjournalist der Süddeutschen Zeitung, nahegebracht: „Urbanität ist etwas, das fast jeder will in Deutschland – aber kaum jemand hält sie aus. Deshalb wird gegen die Zumutungen der Städte wie nie zuvor protestiert“.¹ Folgende Frage stand im Mittelpunkt der Tagung: Welche Möglich-



1 G. Matzig, Wer rein kommt, ist drin, in: Süddeutsche Zeitung, 11/12.12.2010; (nachgedruckt in: O. Frey/ F. Koch (Hrsg.), Positionen zur Urbanistik II. Gesellschaft, Governance, Gestaltung, Münster 2011, S. 65-68.

keiten haben Städte und Bürgerschaft, mit Konflikten aus der Nutzungskonkurrenz und Problemen der Zugänglichkeit in den Stadtzentren umzugehen?

Zunächst leuchtet *Werner Kaschuba* mit dem Blick des Ethnologen die „Kampfzonen“ der Metropole Berlin sowie die dahinter verborgenen Konfliktlinien und divergierenden Weltdeutungen aus und erinnert daran, dass Berlin zwar nicht überall sei, aber dort in Zuspitzung sichtbar wird, was in anderen Städten später ähnlich folgen könnte.

Der Ruf nach der Polizei, nach Überwachung ist schnell erhoben, die Verachtung für die Rufer ebenso schnell kundgetan: hier krakelende, schmutzende Jugend im Suff und Touristen ohne Manieren, dort übellaunige Spießbürger, die in Wahrheit nur neidisch der Jugend ihre Jugend vorwerfen. Fest steht, weder die kommunalen Behörden und Parlamente in den betroffenen Städten noch die Landesregierungen können diese Konflikte und Probleme länger ignorieren. Die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg sah sich im Jahre 2013 veranlasst, einen Runden Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“ aus Experten und Politikern zum Thema einzuberufen, der auf der Grundlage verlässlicher Informationen Empfehlungen erarbeiten sollte. *Max Hermanutz*, Mitglied des Runden Tisches, berichtet über die wissenschaftliche Begleitforschung, an der er maßgeblich beteiligt war. Den besonderen Weg, der in der Alkoholprävention bei Jugendlichen in Südtirol eingeschlagen wird, stellt *Peter Koler* vor, der Leiter von „Forum Prävention“ in Bozen. Er beruht im Kern darauf, anstelle repressiver Strategien einen Dialog zwischen allen Beteiligten aufzubauen, der grundsätzlich das Recht der Jugend auf Grenzerfahrung auch durch Drogen annimmt – eben auf „Feiern mit Niveau!“

Fragen der Zugänglichkeit der Altstadt für Menschen mit eingeschränktem Bewegungsradius gehören in diesen Themenkreis gleichwertiger Teilhabe aller am öffentlichen Raum. *Peter Neumann* stellt den Handlungsansatz „Design für Alle“ vor, der darauf abzielt, gruppenspezifische Anforderungen in einem integrierten Konzept zusammenzufassen und der über dialogische Verfahren einen Ausgleich zwischen funktionalen, gestalterischen und denkmalpflegerischen Erfordernissen sucht. Dies verdeutlicht er am Beispiel eigener Arbeit in der Bischofsstadt Paderborn. Öffentliche Räume leben von der Vielfalt der Nutzer und Nutzungen auf engem Raum. Die Anforderungen, die an sie gestellt werden, sind widersprüchlich und ändern sich dynamisch über Zeit. Um deren Qualitäten zu sichern, wird von der kommunalen Planung und Politik ein sehr flexibles und offenes Vorgehen verlangt, das den „Ambilanzen in Stadträumen“ gerecht werden muss. *Juliane von Hagen* verdichtet die wichtigsten Befunde langjähriger Forschung zu den kommunalen Strategien in Stadträumen in fünf kommentierten Thesen.

Johann Jessen
Stuttgart / Esslingen
November 2014

KAMPFZONE STADTMITTE: WEM GEHÖRT DIE CITY?

1. EINFÜHRUNG

Der Titel meines Beitrags mag zunächst ein wenig martialisch klingen, zumal vor dem Hintergrund einer Tagung im schönen Sterzing, das als städtischer Raum doch eher eine Atmosphäre von Beschaulichkeit und Friedfertigkeit ausstrahlt.¹

„Kampfzone Stadtmittle“: Da denken wir zunächst und zu Recht wohl an politische Situationen und Konstellationen wie die auf dem Maidan in Kiew, wo vor kurzem noch militärische Kämpfe mit dramatischem Verlauf stattfanden. Doch eben: dort, nicht bei uns, weit weg! Immerhin jedoch wurde damit dort wie in vielen anderen Städten der europäischen und der arabischen Welt sichtbar, wie sehr Stadtzentren in den letzten Jahren (wieder!) zu symbolischen und strategischen Bühnen des gesellschaftlichen Konflikts und der politischen Auseinandersetzung werden. Die Stadtmittle auch als das umkämpfte Gesellschafts- und Machtzentrum: Diese Rolle und Funktion der „City“ ist uns damit wieder sehr viel bewusster geworden.

Verglichen mit meinem Vortragstitel jedenfalls klingt das Tagungsthema „Altstadt für alle?“ zwar wesentlich harmloser und unaufgeregt. Doch mit seinem Fragezeichen und mit seiner Unterzeile „Urbanität als Zumutung“ wird in gewisser Weise ebenfalls ein symbolisches Minenfeld markiert, das Altstädte und Stadtmitteln in Konfliktlagen verwickelt sieht und das sie ebenfalls und buchstäblich als „umstrittene“ Räume begreift. Diese gemeinsame Problemperspektive will ich nun aufnehmen und damit auch den militärischen Sprachgebrauch verlassen, um ins Zivile zu wechseln. Dies scheint dem Thema ohnehin eher angemessen, weil gerade die Stadt für uns in historischer wie gesellschaftlicher Hinsicht gewissermaßen als die räumliche Verkörperung von Zivilität erscheint.

Deshalb möchte ich nun zum einen die unmittelbare Aktualität und Faktizität meines Themas an einem konkreten Beispiel skizzieren, zum zweiten den historischen Bildern und Entwicklungen von Urbanität ein wenig nachgehen, zum dritten nach den Gründen und Spielarten der Wiederentdeckung der Innenstädte in den letzten Jahrzehnten fragen und zum vierten schließlich überlegen, ob und wie aus „zugemuteter“ vielleicht durchaus

1 Dieser Text geht zurück auf einen Vortrag unter gleichem Titel, gehalten am 15.05.2014 auf der Internationalen Tagung von Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V. in Sterzing (Italien). Der Vortragscharakter dieses Beitrags wurde im Wesentlichen beibehalten.



Abb. 1: Admiralbrücke bei Tag in Berlin 2014; Foto: *W. Kaschuba*.

auch „gelungene“ Urbanität werden kann. Viele meiner Beispiele und Bilder stammen dabei aus Berlin, stehen damit gewiss aber nicht nur für dortige lokale, sondern in vieler Hinsicht für generelle Entwicklungen urbaner Räume.

2. ZUM BEISPIEL: ADMIRALBRÜCKE BERLIN

Die Admiralbrücke überspannt in Berlin-Kreuzberg den Landwehrkanal, wurde 1882 gebaut und nach einem Admiral Adalbert benannt, Prinz von Preußen, der sich in den 1850er Jahren stolz Generalinspekteur der preußischen Marine nennen durfte. Die Brücke ist also als historischer Ort eher ebenso belanglos wie die preußische Marine als historische Flotte. Und auch heute erscheint das Bauwerk tagsüber durchaus friedlich, harmlos und mäßig frequentiert (vgl. Abb. 1). Nachts allerdings erstreckte sich hier über lange Jahre hinweg tatsächlich eine urbane „Kampfzone“. Die Brücke bildete nämlich ab Ende der 1990er Jahre den abendlichen Treffpunkt für Liebhaber von urbanen Sonnenuntergängen, Sitzgruppen, Gitarrenklängen, Bierflaschen und dem damit gerne verbundenen Spiel, Kronkorken in den Asphalttritzen zwischen den alten Pflastersteinen zu versenken (vgl. Abb. 2). Sie verkörperte damit eine Insel romantischer Urbanität, die in Reiseführern als einer der angesagten Orte für die berühmten Berliner Nächte und Bottlepartys bezeichnet wurde. Spötter beschrieben das Szenario daher recht treffend als urbane „Kronkorken-Romantik“.



Abb. 2: Admiralbrücke bei Tag in Berlin 2014;
Foto: W. Kaschuba.

Kein Wunder jedenfalls, dass viele Anwohner diese Brückenpartys nicht wirklich lustig und urban fanden. Denn aus ihrer Perspektive als Betroffene verkörperten abendliche Musik und Unterhaltung nur störenden Lärm. Bierflaschen und Coffee to go produzierten nur ärgerliche Müllberge, und die abendlichen Brückenbesetzungen erschienen als eine freche Horde fremder Eindringlinge. Also wurden mit Plakaten und Aushängen mehr oder weniger dezente Hinweise auf die eigenen Bedürfnisse gegeben: „Wir

wollen schlafen! Wir müssen morgen früh arbeiten (im Unterschied zu Euch)! Hier wohnen Kinder im Haus! Wir wollen nicht mehr jeden Morgen Euren Müll wegräumen!“ Die Brückennutzer wiederum markierten die Brücke als „öffentlichen“ Raum, beriefen sich auf die berühmte „Kreuzberger Freiheit“ und erklärten ihr abendliches Meeting zum „sozialen Common“, da die Brücke schließlich gemeinsames Eigentum zur gemeinsamen Nutzung sei.

Schließlich mussten Bezirk und Polizei eingreifen, um eine Konfliktschlichtung zu versuchen. Runde Tische wurden organisiert, Bürgerversammlungen und Mediationen, um den „anderen“ Kreuzberger Weg, den ohne direkte Verbote, auch hier weitergehen zu können. Sein Erfolg blieb freilich bescheiden. Also wurde die Wissenschaft zu Hilfe gerufen, die in einer kleinen Untersuchung feststellen sollte, wer da überhaupt feiert. Die für viele Anwohner erstaunliche Antwort auf diese Frage lautete, dass überraschend viele andere Anwohner selbst Teilnehmer der Brückenpartys waren, dass sich also auf die „Fremden“ als die Ruhestörer nicht wirklich überzeugend schimpfen ließ. Ab 2009 wurde dann der Kompromiss gefunden, dass bis 22 Uhr Sonnenuntergangstreffen und Party erlaubt sind. Danach erfolgt ein „Ansprechen“ der Brückenbesetzung durch freundliche Polizisten mit der Bitte, wer weiterhin laut kommunizieren oder musizieren wolle, möge dies bitte in den umliegenden Lokalen tun – oder eben auf einer anderen Berliner Brücke.

Ich habe gerade dieses Beispiel ausgewählt, weil daran einige ebenso typisch urbane wie kulturelle Konfliktdimensionen sichtbar werden: Zum einen verfügt die Kreuzberger Admiralbrücke über keine lokale Tradition als bekannter Altstadtort oder als ein traditioneller städtischer Treffpunkt, wie das in Berlin etwa der Kudamm, der Alexander- oder der Kollwitz-Platz verkörpern. Es ist also nicht eine besondere symbolische Prägung, die ihn zur Bühne abendlichen Feierns macht, sondern seine besondere soziale und ästheti-

sche Verortung, bei der die Lage in Kreuzberg und am Wasser verbunden mit der Musik- und Abendatmosphäre offenbar intensive Gefühle von Erlebnis und Gemeinschaft aufkommen lässt. Es entstehen Wir-Gefühle, zumindest für kurze Zeit, wie sie für urbane „Erlebnisgemeinschaften“ in den letzten Jahren charakteristisch geworden sind. Vielfach sind sie jugendkulturell geprägt und bevorzugt in städtischen Uferzonen aufgesucht, weil offenbar gerade die „Riverside“ als vermeintliche „Naturseite“ solche romantischen Verklärungen der spätmodernen Stadtlandschaft nahelegt.

Zum zweiten – und zunächst überraschend für die gestressten Brückenanwohner – sind es eben keineswegs nur die Touristen und die Fremden, die an den städtischen Plätzen und Ufern solche Feiern und Bottlepartys schätzen. Vielmehr scheinen diese Formen auch für Einheimische und Anwohner deshalb interessant, weil die räumlichen Zugänge dazu niedrigschwellig, die sozialen Formationen offen, die Atmosphären gefühlig sind – und weil für viele von ihnen damit offensichtlich dieses „Draußen und Zusammen“ attraktiver erscheint als das „Drinne und Allein“.

Drittens „lernen“ wir an und von solchen Beispielen offenbar alle etwas, manche weniger, manche mehr. Wir lernen, dass der Konflikt von uns zunächst als Ärgernis erlebt, in Konfrontationen gedacht und in Stereotypen eingeordnet wird: Die Anwohner betrachten hier die Anderen auf der Brücke als Partyvolk, Touristen, Nachtschwärmer und notfalls auch als Fremde mit migrantischem Hintergrund, während die Brücken-



Abb. 3: Geht doch nach Mitte bitte – Berlin 2013;
Foto: W. Kaschuba.

leute sich umgekehrt mit Sprüchen und Bildern über anwohnende Spießbürger, Eigenheimer oder Gentrifizierer lustig machen und sich selbst als die „wirklich“ Urbanen feiern dürfen. Gerne und per Graffiti gibt man sich gegenseitig auch gute Ratschläge wie: „Geht doch nach Mitte, bitte!“ (vgl. Abb. 3). Auf den zweiten Blick wächst dann aber oft doch auf beiden Seiten die Erkenntnis, dass sich die Fronten wie Interessen offenbar immer eher gemischt und verworren darstellen, als eindeutig und konfrontativ. Also sind nun eher Pragmatik und Kompromissbereitschaft angesagt. Mir scheint dieser Erfahrungsbogen mittlerweile in vieler Hinsicht als „typisch

urban“, weil sich darin widerspiegelt, wie sehr städtische Räume und Orte heute Kontaktzonen verkörpern, in denen sozial und kulturell Unterschiedliches aufeinander trifft und seine Positionen und Rollen immer neu aushandeln muss. Das führt zwar auch zu konflikthaften Momenten, mischt jedoch die sozialen Milieus immer wieder auf und durcheinander. Und es produziert damit letztlich soziale Lerneffekte, wenn die Konflikte eben „städtisch“ verhandelt und nicht „dörflich“ tabuiert werden.

Viertens könnte man sich an dieser Stelle durchaus fragen, ob das Szenario der Kreuzberger Admiralbrücke auch in einer Kleinstadt oder einem Dorf denkbar wäre. Die Antwort auf diese Frage müsste wohl lauten: eher nicht! Denn wenn sich dort örtliche Gymnasiasten oder Fußballjugendliche zu einer Party in der Altstadt oder auf dem Marktplatz versammeln, sind in der Regel zuständige Polizisten, Lehrer oder Trainer rasch zur Stelle (oder sogar schon da), um deutlich zu machen: „Nicht hier und nicht bei uns!“ Denn der Kontext kleiner Face-to-Face-Gesellschaft bedeutet eben meist auch: lokale Identifikation, soziale Kontrolle, normative Regulation. Wer anders sein und anderes tun will, soll dies gefälligst auf dem Waldspielplatz oder im Nachbarort versuchen, nicht mitten in unserem lokalen „Wir“.

Es braucht also offenbar – fünftens – die urbane Konstellation von *sozialer Anonymität* und *kritischer Masse*, damit die Kampfzone Stadtmitte als „zugemutete“ Urbanität überhaupt zu Stande kommen kann. Nur wenn es sozial eher unkontrolliert bleibt und wenn es auch vergleichsweise viele gemeinsam tun, entsteht diese spezifische Konfiguration der „urbanen Erlebnisgemeinschaft“. Insofern bieten eher nur die mittleren und großen Städte, vor allem touristische Orte, entsprechende Voraussetzungen für solche Erlebnisräume und -formen. Dabei sind keineswegs nur die Ferntouristen aus London, Tokio oder Buffalo gemeint, die wir so gerne als fremde Störenfriede wahrnehmen. Nein, Touristen sind auch wir Stadtbewohner längst selbst – in anderen Städten wie in der eigenen Stadt: weil auch wir mittlerweile den eigenen Marktplatz gerne als Biergarten nutzen und das Thai-Lokal um die Ecke als Eingangstor in die urban-exotische Esskulturlandschaft. Weil auch wir unsere Altstädte und Stadtzentren längst als musikalische Erlebnis- und festliche Eventräume frequentieren. Und weil auch wir dort die „urbane Imagination“ suchen, also jene Räume und Rollen, in denen wir uns anders, neugierig, unkontrolliert verhalten können, und jene Gruppen und Formationen, in denen beim Sitzen, Reden, Trinken, Musikhören situative Emotion und Nähe entstehen mögen. Kurz gesagt: Weil auch wir also längst selbst Akteure dieser neuen und gescholtenen „urban Gaudi“ sind.

Wenn es gut geht, lernen wir also – sechstens und letztens – an und in solchen Nutzungskonflikten um urbane Räume, dass es oft eine Frage der Situation und der Position ist, wie wir selbst mit Verschiedenheit und Vielfalt umgehen, und dass es dabei oft nicht um die Stadt, sondern mehr um uns selbst geht, um unsere Identitäten und Identifikationen. Diese allerdings verbinden wir immer enger mit unseren Kiezen und Städten, weil urbane Orte und Räume für uns zu einer immer wichtigeren identitären Ressource werden: zu räumlichen Bezugspunkten unserer Wir- und Selbstbilder. Deshalb neigen wir auch so zu urbanen „Stammeskämpfen“, zum Verweis auf den exklusiven Status des Altingesessenen, des echten und einheimischen Bürgers, der im Zorn dann auch gerne mal „biodeutsch“ daherkommt – eben dann, wenn diese Anderen unser städtisches Wohnzimmer zu bedrohen scheinen und sich dazu noch als Touristen, Migranten oder dänische Gentrifizierer recht leicht ausgrenzen, „fremd“ machen lassen.

Offenbar brauchen wir also solche Differenzkonstruktionen und Feindbilder zunächst einmal, um gegen dieses „Die“ überhaupt unser „Wir“ herstellen zu können. Denn diese innere Selbst-Identifizierung funktioniert nur über Kontrast und Differenz nach außen: ohne „Die“ kein „Wir“! Danach jedoch erkennen wir – manchmal jedenfalls –, dass „Die“ zumeist so homogen, so anders, so fremd gar nicht sind, dass wir in urbanen Räumen vielfach dasselbe tun wie sie und dass „älter“ oder „einheimisch“ zu sein, allein auch noch kein Verdienst ist. Diese selbstreflexive Wendung könnte die „urbanen Stämme“ dann letztlich doch zu kurzlebigeren und offeneren Phänomenen machen als entsprechende dörfliche Gesellungsformen. Dann verkörperte diese vermischte und fluide Stadtkultur eben auch nicht mehr nur „zugemutete“ (weil: „fremde“), sondern auch „gewollte“ (weil: „eigene“) Urbanität, also eben auch kosmopolitische Einstellungen.

3. URBANITÄT ALS RAUM- UND KULTURFORMATION: EIN HISTORISCHER REKURS

Nicht erst seit Georg Simmel, aber spätestens mit ihm wissen wir, dass die Stadt historisch wesentlich durch die Zuwanderung von Menschen, von Ideen und von Waren entsteht, dass sie also ein Produkt von Migration, Mobilität und Zirkulation ist, wesentlich konstituiert durch „Fremde“ und durch „Fremdes“.² Daraus entstehen immer auch soziale Konstellationen der Heterogenität und des Unterschieds, der Konfrontation und des Konflikts. Und es sind wiederum diese sozialen Spannungen und kulturellen Friktionen, die durch die Geschichte hindurch die besonderen urbanen Kraftfelder und Kreativitätspotentiale erzeugen. Auch der Nationalökonom Werner Sombart unterstrich schon vor fast 100 Jahren die besondere Rolle, die dabei den Fremden und Neubürgern zukam, die in den städtischen Gemeinschaften lokale Regeln verletzten und alte Ordnungen bekämpften, um Veränderung und Innovation zu ermöglichen – und um Gewinn für sich zu erzielen.³ Dies, das Gesellschaftsprinzip von Vielfalt und Unterschied, von Ungleichheit und Konkurrenz, bildet historisch das entscheidende urbane Kapital, um gesellschaftlich wandlungs- und entwicklungsfähig zu bleiben. Und diese permanente Auseinandersetzung mit einer urbanen Lebenswelt, die Anderssein wie Veränderung, Kontakt wie Konflikt *alltäglich* und *existenziell* einschließt, ist und bleibt auch das zentrale Motiv der Urbanisierung.

So wird dieses Phänomen auch seit gut 150 Jahren diskutiert: zum einen als ein umfassender Prozess der *äußeren Urbanisierung* der Stadträume in Form von Fabriken, Wohngebäuden, Verkehrswegen und in Gestalt von sozialer Vermassung, Mobilität und Verdichtung; zum andern als ein komplizierter Modus der *inneren Urbanisierung*, die seit

2 G. Simmel, Die Großstädte und das Geistesleben, Frankfurt a.M. 2006 [1903].

3 W. Sombart, Die vorkapitalistische Wirtschaft, München / Leipzig 1928, 2.Halbband, S. 883 ff.

dem Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem als eine physische, kognitive und mentalitäre Anpassung des Menschen an die großstädtischen Lebensbedingungen verstanden wird, an Vielfalt und Fremdheit, an Masse und Enge, an Kooperation und Konkurrenz, an Konsum und Politik – also vor allem auch als ein kultureller und psychischer Vorgang. So werden Entwürfe eines neuen Menschentyps, des „Homo urbanus“, vor allem in den 1920er Jahren in Europa wie den USA heftig und fantasievoll diskutiert.⁴

Dabei nimmt die Idee der inneren Urbanisierung ein Motiv auf, das der Soziologe Max Weber um 1900 jenen „Duft der Freiheit“ nannte, der aus den Städten damals weit hinaus aufs Land wehte und der den neu Ankommenden vor allem eine Freiheit der Lebensweisen und der Lebensstile versprach. Diese urbane Freiheit bedeutete viel in einer Zeit noch fast feudaler Verhältnisse auf dem Lande, wo das Wachen und Schlafen, das Arbeiten und Feiern, das Lieben und Konsumieren einer strikten lokalen Ordnung und sozialen Kontrolle unterworfen waren. Genau dies meinte auch die doppelte Urbanisierung: den Sprung von der „Nachtwächterstadt“ des 19. zur „Nachtstadt“ des 20. Jahrhunderts, zu einer Stadt der Unruhe und Dynamik, deren räumliche Landschaft nun offen und öffentlich gedacht ist und deren geistig-mentale Verfassung eben auch Arbeit und Gewinn, Genuss und Bildung, Neugier und Erlebnis einschließen soll – „frei“ damit eben auch in ihren Lebensstilen wie in ihren Ausbeutungsverhältnissen. Und diese neue „condition urbaine“ der Moderne fordert daher auch viele architektonische, planerische wie lebensreformerische Experimente heraus, die sich dann in Fabrikkathedralen wie Wohnquartieren, in Festplätzen wie Stadttheatern, in Straßenbahnen wie Gartenstädten niederschlagen. Fast alles scheint darauf angelegt, Urbanität als neuen Lebens- und Kulturstil zu animieren und zu inszenieren.

Zugleich wird damit deutlich, dass Stadtgeschichte als Urbanisierungsgeschichte eben keineswegs nur evolutionär und organisch verläuft, dass nicht alles nur geradlinige Entwicklung und sozialen Fortschritt bedeutet, sondern dass dieser Prozess vielfach auch aggressiv und destruktiv daherkommt. Es handelt sich eben auch um Verdrängungs- und Überlagerungsvorgänge, die Altes und Schwaches rücksichtslos auslöschen und deren Kompass stets vor allem auf Macht, Ökonomie, Repräsentation ausgerichtet ist. Stadträume und Stadtgeschichten verkörpern in diesem Sinne stets ein „Palimpsest“, ein mehrfach zu beschreibendes Pergament, dessen Texte und Texturen immer wieder neue Lesarten ermöglichen und erzwingen. Deshalb bedeutet Urbanisierung eben auch nicht nur: leben und erleben *in* der Großstadt, sondern mindestens ebenso sehr: reden, schreiben und nachdenken *über* dieses urbane Leben. Urbanität wird damit zu einem zentralen Motiv in der (europäischen) Literatur und Wissenschaft, in Malerei und Architektur, in Fotografie und Film, das uns seitdem wie ein Spiegel begleitet, der permanent und

4 Vgl. W. Kaschuba, Die Überwindung der Distanz. Zeit und Raum in der europäischen Moderne (Reihe: Europäische Geschichte), Frankfurt a.M. 2004, S. 126 ff.



Abb. 4: Metropolis, Filmposter (1927);
Entwurf: Werner Graul.

überall verfügbar ist und der zugleich als Animations- wie als Irritationsmedium wirkt (vgl. Abb. 4). Denn es sind die urbanen Bildungsschichten, die in den Stadtromanen von Eugene Sue, John Dos Passos und Alfred Döblin nun „über sich“ lesen – oder eben über die andere, die „dunkle“ Seite der Stadt. Und es sind die urbanen Unterschichten der Dienstmädchen und Arbeiter, die nun im Kintop und im Groschenroman urbane Elends- wie Liebesgeschichten konsumieren.

Urbanität meint auch zunehmend großstädtische *Um- und Außenwelten*, also die Lebensbedingungen und Räume in der Stadt und um sie herum. Und diese moderne kapitalistische Stadt des 20. Jahrhunderts verkörpert sich vor allem in der *fordistischen* Stadt, deren Räume geordnet und deren Lebensformen getaktet sind durch den industriellen Arbeitsrhythmus und den massenhaften Verkehrsfluss, ausgerichtet auf materielle Anordnung und logistische Effizienz, hierarchisiert nach technischer Funktionalität und ökonomischem Ertrag – keine urbane Lebenswelt, sondern reine Arbeitswelt. Dies ist der Preis jenes Wandels von der schlummernden „Nachtwächterstadt“ zur lärmenden „Nachtstadt“. Damit ist auch nochmals angedeutet, dass diese Entwicklung hin zur „lauten Stadt“ von den meisten Zeitgenossen damals durchaus als Teil von Max Webers Freiheitsmotiv empfunden wurde, als Teil des Fortschritts, weil eine Befreiung aus dem historischen System lokal strikt verregelter und von der Obrigkeit streng kontrollierter Lebenswelten.

Dies gefiel natürlich nicht allen. So darf selbst in diesem kurzen historischen Abriss das Stichwort „Lärmschutzbewegung“ keinesfalls übergangen werden, das in Deutschland und in Berlin damals insbesondere mit dem Namen Theodor Lessing verbunden war. Lessing gründete in Berlin einen eigenen Lärmschutzverein und forderte in seiner 1908 erschienenen Kampfschrift „Der Lärm“:

Erst in unseren Tagen hat durch das Emporwachsen ganz neuer Arten von Verkehrstechnik, von Eisenbahnen, Autobussen, Automobilen, der Lärm der Städte solche Macht gewonnen, daß notwendig eine praktische, soziale Bewegung einsetzen muss, wenn nicht die Hölle von Geräusch, in der wir leben und arbeiten müssen, schließlich langsame Degeneration des Menschengeschlechts, eine allgemeine reizbare Erschöpfung zur Folge haben soll.⁵

Nur wenig später nahm Rainer Maria Rilke dieses Motiv des notorischen Stadtlärms auf, als er seinen Helden Malte Laurids Brigge in den 1920er Jahren in seiner Pariser Dachkammer den Geräuschwellen nachsinnen ließ:

Daß ich es nicht lassen kann, bei offenem Fenster zu schlafen. Elektrische Bahnen rasen läutend durch meine Stube. Automobile gehen über mich hin. Eine Tür fällt zu. Irgendwo klirrt eine Scheibe herunter, ich höre ihre großen Scherben lachen, die kleinen Splitter kichern. Dann plötzlich dumpfer, eingeschlossener Lärm von der anderen Seite, innen im Haus. Jemand steigt die Treppe. Kommt, kommt, unaufhörlich. Ist da, ist lange da, geht vorbei. Und wieder die Straße.⁶

4. RENAISSANCE DER CITY

Diese urbane Sound- und Sprachcollage kommt uns schon beinahe vertraut vor. Doch repräsentiert das Berlin der Lessings und das Paris der Rilkes noch immer nicht unsere heutige Urbanität, noch nicht diese „wiederentdeckte“ und „wiedererweckte“ City unserer späten Moderne. Denn das Gesetz der fordistischen Urbanität, der „unternehmerischen Stadt“,⁷ wie der amerikanische Stadtforscher David Harvey ihre Charakteristik umschrieben hat, gilt auch nach 1945 noch, vielleicht sogar nochmals verstärkt, weil zu den vielfach monotonen Erscheinungsformen industrieller Urbanität und zu den gerade angerichteten Bombenschäden in den europäischen Städten nun noch die Baggerschäden der planerischen Stadtmoderne der 1950er Jahre hinzukommen. Denn sie verstand unter urbanem Aufbau damals vielfach noch architektonischen Abriss. Im Rückblick jedenfalls erscheint uns diese Beton-Moderne der Nachkriegszeit heute vielfach als eine flächige und nachhaltige Vernichtung von attraktiven Stadträumen und Stadtatmosphären. Harald Bodenschatz und andere haben kürzlich am Beispiel von West- und Ostberlin anschaulich gezeigt, wie sich dieses Nachkriegsdrama der Stadtmitte „systemübergreifend“ in BRD wie DDR vollzogen hat.⁸

Die gesamte urbane Situation jedenfalls wird in den 1960er Jahren zunehmend als eine tiefe Krise der Städte wahrgenommen. Auch dazu nur Stichworte: 1961 veröffent-

5 T. Lessing, *Der Lärm*. Eine Kampfschrift gegen die Geräusche unseres Lebens, Berlin 1908.

6 R.M. Rilke, *Sämtliche Werke*. Frankfurt a.M. 1966, Bd. 6, S. 710.

7 D. Harvey, *Rebel Cities*. From the Right to the City to the Urban Revolution, New York 2012, S. 23.

8 U.a. H. Bodenschatz (Hrsg.), *Renaissance der Mitte*. Zentrumsumbau in London und Berlin, Berlin 2005.

licht Jane Jacobs ihre düstere Diagnose „The Death and Life of Great American Cities“.⁹ 1971 fordert der Deutsche Städtetag verzweifelt: „Rettet unsere Städte jetzt!“ Und im selben Jahr taucht in New York ein T-Shirt mit dem Logo auf: „I love New York“ (vgl. Abb. 5). Heute kennen es alle und viele tragen es – inzwischen oft verziert mit dem Logo ihrer eigenen Stadt. Doch die meisten wissen nicht oder haben vergessen, dass das Original damals keineswegs für den heutigen hippen Big Apple warb, sondern dass es der Hilferuf einer sterbenden Stadt war, formuliert von einer Künstlergruppe als pathetischer Appell: „Zieht hier nicht weg! Kapitulierte nicht einfach vor Verkehr, Verfall, Beton, Kriminalität!“



Abb. 5: I love NY, T-Shirt Berlin 2013;
Foto: W. Kaschuba.

Denn New York war wie viele Städte dieser Nachkriegsmoderne geprägt von den Ideen ökonomischer Effektivität, automobiler Funktionalität und architektonischer Radikalität, also von den Strukturen der fordistischen Stadt, deren Enge, Hektik, Lärm und Dreck das *Leben* an die Ränder verbannte. Noch in den 1970er Jahren erschienen Einkaufen, Spaziergehen, Joggen, Kaffeetrinken vor Arbeitsschluss in ihnen als „illegitime“ Bedürfnisse und als „unangemessene“ Lebensstile. Eisbecher gar und Campari oder Espresso im Eiscafé Venezia waren gefälligst drinnen zu konsumieren, hinter den Stores: kein „Dolce Vita“ am hellen Nachmittag auf der Terrasse! Hier waren in die Stadträume noch die strengen Texturen von Arbeit, Stress, Lärm und Anonymität eingeschrieben. Und wie ein genetischer Code formten sie die Stadtzentren als effektive Arbeitswelten, nicht als komfortable Lebenswelten.

Heute nun, nur dreißig Jahre später, erfolgt mit dem New Urbanism und der Renaissance der Innenstädte ein grundlegender Paradigmenwechsel – und zwar gleich ein doppelter: in der Funktion wie im Selbstbild der Städte. Vor unseren Augen verwandeln sie sich in der Tat zu strukturell wie charakterlich „anderen“ Orten und Räumen, auch in rebellischer Auflehnung gegen alte kapitalistische Rollenvorgaben und mit erstaunlichem Mut zu einer neuen *kulturellen Urbanität*. Allerdings mussten diesem urbanen Paradigmenwechsel vielfach erst einmal zivile Bewegungen und städtische Programme auf die Sprünge helfen.

So beginnt in den 1960er Jahren eine systematische *Kulturalisierung* der Städte. Angestoßen durch Stadtpolitik „von oben“ wie Bürgerinitiativen „von unten“ wird dabei

9 J. Jacobs, *The Death and Life of Great American Cities*, New York 1961.



Abb. 6: Christopher Street Day (CSD) in Berlin 2012;
Foto: W. Kaschuba.

Art von lokaler Kultur- und Konsumpromenade zu fungieren, die eben auch ein Stück neuer „öffentlicher“ Raumqualität produziert. Dem folgt die *Festivalisierung* der 1970er Jahre, also die Einrichtung von alljährlichen Musik-, Film- und Literaturveranstaltungen auf dem Marktplatz oder in der Fußgängerzone, die der Stadtkultur neue internationale wie jugendkulturelle Impulse verleihen soll. Parallel dazu wird eine nachhaltige *Institutionalisierung* der Kultur vorangetrieben, indem die Innenstädte mit neuen oder renovierten Kulturbauten überzogen werden in Gestalt von Stadt- und Kunstmuseen, von Kulturscheunen und Musikspeichern samt „kulturpflegerischem“ Personal. Davon zeugen heute fast 7.000 kommunale Museen in deutschen Städten, dazu zahllose Jugendclubs wie Seniorentreffs, aber auch die rund 700 alten wie neuen deutschen Stadttheater, die Hälfte aller kommunalen Theater weltweit. In den 1990ern dann schließt sich die *Eventisierung* der Stadtkultur an, also die systematische Inszenierung von urbanen Großereignissen wie Stadtfesten, Konzerten, Partys, Feuerwerken – gedacht als Attraktion zugleich für Touristen wie Einheimische (vgl. Abb. 6).

Gekrönt wird dieses Gesamtkunstwerk der „postfordistischen“ Stadt als einer neuartigen Kulturstadt heute schließlich durch die ästhetische *Mediterranisierung* der Innenstädte. Dabei kommt es zu einer flächigen „Verpalmung“ und „Verstrandung“ urbaner Räume, wenn jeweils im Frühling zehntausende Topfpalmen und Rhododendren nach draußen gerückt, dazu Sonnenschirme und Sandkästen, Liegestühle und Kunstrasen arrangiert werden, um vorher eher öde Uferräume und Gehsteige nun wie mediterrane Urlaubsresorts aussehen zu lassen. Berlin darf sich ohne Scheu als „Strandhauptstadt“ der Welt titulieren lassen, weil hier bereits alle zentralen Orte regelrecht „verstrandet“ erscheinen: vom Bundeskanzleramt über die Museumsinsel bis zum Hauptbahnhof, an dem der ankommende Reisende von gleich drei Stränden empfangen wird (vgl. Abb. 7).

versucht, durch gezielte Maßnahmen Stadträume gleichsam zu rekultivieren und vor allem die Innenstädte durch neue räumliche Strukturen wie kulturelle Aktivitäten neu zu beleben. Dies beginnt mit der Einrichtung von *Fußgängerzonen*, die schon in den 1950er Jahren etwa in Kassel, Kiel und Stuttgart entstehen und die sich nun flächig ausbreiten, um einerseits Verkehr, Arbeit, Einkaufen, Wohnen stadträumlich neu zu ordnen und über Fahr- und Parkleitsysteme zu lenken, und um andererseits als eine



Abb. 7: Strand am Bundeskanzleramt, Berlin 2013;
Foto: W. Kaschuba.



Abb. 8: Am Berliner Hauptbahnhof 2013, Berlin;
Foto: W. Kaschuba.

So etwas bietet nicht einmal Rio. Und das Motto dieser Mediterranisierung lautet: „Natur und Lebensstil in die Stadtmitte!“

In seinem Roman „Gehwegschäden“ beschreibt Helmut Kuhn diese Szenerie in Berlin: „Gleich unterhalb der Monbijoubücke haben sie bunte Liegestühle am Fluss aufgestellt, dort stehen Palmen, Rhododendren und Oleander in Kübeln herum. Hunderte finden sich an warmen Tagen ein und gucken aufs Wasser vor dem Freilufttheater [...] Auf der Spree die Stadtdampfer. Sie fahren im selben Takt vorüber wie die Hochbahnen vom Hackeschen Markt zur Friedrichstraße. Voll gepackt mit Ausflüglern bis zum letzten Platz im Bug [...] Die Menschen auf den Stadtschiffen glotzen die Menschen auf den Liegestühlen an, während die Menschen am Ufer die Menschen auf den Dampfern anstarren. Fast könnte man sich die Hand reichen, aber das tut natürlich niemand“.¹⁰

Helmut Kuhn wird hier also richtig ironisch. Doch Ironie können die urbanen Akteure auch selbst, weil sie durchaus wissen, dass das Mediterrane in eher nördlich gelegenen Städten mitunter eben auch zur masochistischen Übung geraten kann. So verweisen etwa Ostsee-Strandkorb und Wärmestrahler auf einen doch sehr weiten Mittelmeerbegriff. Und dicke Coverboys, deren T-Shirts für „Kotti d’Azur“ werben, lassen dem Kottbuser Damm, der zwischen Kreuzberg und Neukölln eben nur den Landwehrkanal, nicht jedoch das Mittelmeer überspannt, mit Sonnenbrille und Drogenspritze letztlich doch selbstironisch seinen urbanen Stolz (vgl. Abb. 9).

Stolz macht heute zudem schließlich auch die demonstrative *Ökologisierung* der Städte, also der Verweis auf die zahllosen lokalen Initiativen und Aktivitäten für wie gegen energetische Sanierung, Tempo 30-Zonen, neue Radwege, Parkanlagen oder Urban

¹⁰ H. Kuhn, Gehwegschäden, München 2013, S. 166 f.



Abb. 9: Kotti d'Azur dick. Berlin 2012;
Foto: *muschi kreuzberg*.



Abb. 10: Guerilla Gärtner, Postkarte; Foto: *Berentzen*.

Gardening-Projekte. Letztere vor allem gedeihen mittlerweile von Konstanz bis Flensburg als ideologisch wie ökologisch beschworener städtischer Rettungsring, der jedenfalls mehr Grün, mehr Gärtner und mehr Gurken verspricht. Denn auch hier ist beides am Werke: intensives Engagement wie kreative Ironie (vgl. Abb. 10). Auch die Gemeinschaftsgärtner selbst ziehen immer wieder feine und oft ironische Grenzlinien zwischen sich und den traditionellen Schrebergärtnern oder den stylishen Town House-Begrünern: Sie seien schließlich „grüne“ Zivilbürger, nicht in der Wolle gefärbte Spießbürger.

Es sollte deutlich geworden sein, wie sehr diese *Kulturalisierung der Städte* im Ergebnis eben auch zivilgesellschaftliche Projekte und urbane Experimente befördert hat und weiter befördert – mittlerweile in zahllosen europäischen wie außereuropäischen Städten. Immer noch geht es darum, die Stadtzentren lebendiger und attraktiver zu machen – immer noch durch kommunale Programme „von oben“ wie durch bürgergesellschaftliche Initiativen „von unten“ und mit einer insgesamt zweifellos beeindruckenden Bilanz!

Nun fragt der Titel dieser Tagung, ob diese neue und lebendige Urbanität nicht eine „Zumutung“ sei, ob das alles nicht vielen zu viel würde – ein Paradoxon: Vor 40 Jahren noch waren die Klagen darüber groß, dass die Stadtmitten und die Altstädte eher städtischen Friedhöfen glichen. Nun wird umgekehrt gejammert, sie fungierten heute nur noch als Event-Locations und Partybühnen. Das klingt schon ein wenig nach „Elend auf hohem Niveau“.

5. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE URBANITÄT: TRAUMA ODER TRAUM?

Um deshalb nochmals Ausgangspunkt und Zwischenergebnis festzuhalten: Seit jener „Krise der Städte“ in den 1970er Jahren haben sich keineswegs nur Events, Partys und Touristen in den Innenstädten breitgemacht, keineswegs nur „spaßgesellschaftliche“ Zustände etabliert. Vielmehr haben die Städte selbst Veränderung gewollt, sich ihren neuen Charakter bewusst gesucht und sich dabei räumlich wie sozial aktiv zum *Kultur-Zentrum* umgestaltet. Diese Umgestaltung schließt vor allem auch einen radikalen mentalitären Kurswechsel ein, der die Stadtmitte nicht länger als Produktions-, Administrations- und Verkehrszentrum begreift. Sie fungiert damit nicht mehr allein als die „fordistische Leitkanzel“ der Arbeitsgesellschaft. Vielmehr entwirft sie sich nun verstärkt selbst auch als ein „kulturelles Biotop“, als eine städtische Lebenswelt und Freizeitlandschaft, die bewusst Räume und Bühnen bereit stellt für unterschiedliche Bedürfnisse, Kulturmuster und Lebensstile.

Mit der *Kulturalisierung der Städte* ist also nicht etwa nur eine neue urbane Freizeit- und Partygesellschaft entstanden, wie manche Kritiker behaupten, nicht nur ein neuer urbaner Hedonismus, der stadtpolitisch eher passiv bleibt. Vielmehr formiert sich in und mit diesem Prozess zugleich längst auch eine *stadtbürgerliche* und *zivilgesellschaftliche* Bewegung, die Stadträume und Stadtkulturen aktiv umgestaltet. „Stadtmitte“ markiert in ihrem Sinn dann nicht nur einen neuen Lebensstil- und Freizeitpark, nicht nur Treffpunkte für die Fremden und die Jungen, nicht nur Bühne und Markt für Latte Macchiato- und Armani-Milieus, sondern das urbane Zentrum neuer Lebensqualität und wachsender Vielfalt und vor allem *die* Kontaktzone urbaner Gruppen und Kulturen.

Diese neue Stadtmitte hat dann auch wenig mehr mit der deprimierenden Ödnis jenes New York der 1960er Jahre zu tun oder mit dem aggressiven City-Boom Londons der 1990er Jahre. Stattdessen geht es heute um die Kultivierung und Revitalisierung urbaner Räume unter *lebensweltlichen* Vorzeichen: als kommunikative, interaktive, ästhetische, entschleunigte Orte – mit Cafés, Museen, Parks, Spielplätzen, Skaterbahnen, Flanierräumen. Insbesondere jedoch wird die Stadtmitte damit zu einem *Laboratorium* städtischer Zivilgesellschaft, die hier kommuniziert, publiziert, interveniert und organisiert, die also gesellschaftliche Themen in urbanen Räumen publik macht, sich digital wie sozial darüber verständigt, sich dazu organisatorisch formiert wie politisch eingreift.¹¹ Und dies geschieht längst in fast allen Städten und auf fast allen Ebenen: von den kleinen Quartiers- und Kiezthemen bis zu den großen Planungs-, Öko- und Verkehrsfragen. Selbst in schrumpfenden und kriselnden Städten wird heute solch ein bürgergesellschaftliches Engagement immer häufiger sichtbar, das sein eigenes lokales Krisenmanagement versucht.

11 W. Kaschuba, Stadträume – Stadtträume, in: W. Durth (Hrsg.), Stadt bauen. Symposium Integration und Transformation technischer Infrastrukturen in Stadt und Region, Berlin 2013, S. 30-39.

In den letzten Jahren hat sich diese zivilgesellschaftliche Bürgerkultur tatsächlich rasant ausgebreitet und verdichtet. Und sie ist für die Zukunft unserer Städte aus mindestens drei Gründen von eminenter Bedeutung: Zum einen wirkt sie wie eine Mischung aus *Lokalzeitung* und *Bürger-Task Force*, weil sie die Stadtlandschaft als ein sensorisches und dynamisches Kraftfeld betrachtet, in dem sie soziale Prozesse „teilnehmend“ beobachtet und deren kulturelle Logiken zu verstehen versucht. Sie fungiert da wie ein „sozialer Scanner“, der Probleme, Konflikte, Themen, Chancen städtischer Entwicklung in ihrer spezifischen lokalen und sozialen Gestalt zu identifizieren vermag, weil er viel näher am lebensweltlichen Geschehen agiert als lokale Administrationen. Neuere Studien aus den USA bestätigen auch, dass Städte ohne die klassische Einrichtung der Lokalzeitungen und ohne neue bürgergesellschaftliche Gruppen, also ohne ein funktionierendes System von „citizen science“ keine integrative Identität mehr aufweisen und sozial tendenziell zerfallen.¹²

Zum zweiten entwickeln zivilgesellschaftliche Gruppen und Praxen damit eine neue Qualität *urbaner Expertise* und *sozialen Expertentums*, weil sie ihr Wissen unmittelbar aus der Stadtgesellschaft schöpfen und weil sie umgekehrt durch diese auch ihre Legitimation erfahren – auch deshalb: „citizen science“. Bei vielen städtischen Planungsvorgängen wird längst sichtbar, dass die sachliche Expertise wie die mediale Präsenz zivilgesellschaftlicher Gruppen unverzichtbar sind – jedenfalls für intelligente Administrationen, die diese Gruppen zunehmend in ihre Planungen und Abläufe einbeziehen. Denn deren kommunikative Praxis des Zuhörens, Bloggens, Twitterns und Demonstrierens befördert zugleich auch Formen der lokalen und urbanen Vergemeinschaftung, die den Rathausstrategien vielfach überlegen sind. Mitunter wird dadurch sogar bereits planerisches und akademisches Expertentum aus den kommunalen Planungsstäben verdrängt, weil sich sein Wissensmodus als zu abstrakt und zu unflexibel erweist. Daraus mögen im Einzelfall dann allerdings durchaus auch neue Probleme entstehen, etwa solche der Planungsverzögerung oder – angesichts zu erwartender Widerstände – der „Planungsfeigheit“ bei kommunalen Großvorhaben. Denn auch „totale“ kommunale Demokratie führt keineswegs immer zu intelligenten und schon gar nicht automatisch zu stilsicheren Lösungen. Auch neigen gewiss manche der neuen sozialen Experten dazu, sich nun ihrerseits als „Funktionäre“ zu gebärden – quasi als zivile Administratoren mit eingebauter Bedenkenträger-Automatik. Im Rückblick jedoch auf die guten alten Zeiten kommunaler „Basta-Politik“ erscheint die heutige urbane Zivilgesellschaft dennoch und insgesamt als ein deutlicher Fortschritt.

Zum dritten und vor allem gestalten die kreativen Informations- und Aktionsformen urbaner Zivilgesellschaft das *politische und kulturelle Leben* der Städte selbst um, weil durch sie verkrustete administrative Strukturen und erstarrte soziale Formationen auf-

12 R. Ciesinger, Das Blatt wendet sich, in: Berliner Tagesspiegel, 30.03.2014, S. 7.

gebrochen werden. Die herkömmlichen Unterscheidungen etwa zwischen „privat“ und „öffentlich“ wie zwischen „Party“ und „Politik“ werden damit immer schwieriger und zugleich nutzloser, weil die Vielfalt, die Wandlungsfähigkeit und die Mischung zivilgesellschaftlicher Formen und Funktionen solches Schubladendenken obsolet machen. Was Hans Monderman für den städtischen Verkehr einst als „Shared Spaces“¹³ vorgeschlagen, gilt längst und generell für das soziale und kulturelle Stadtleben insgesamt: Die Stadtlandschaften formieren sich in neuen und eng ineinander verwobenen sozial-räumlichen Arrangements. Auch die konfrontativen Gegenüberstellungen von „einheimisch“ und „fremd“, von „Einwohner“ und „Tourist“, von „Eingeborenem“ und „Migrant“ taugen kaum mehr als urbane Markierungen, weil wir alle in den eigenen wie in den fremden Städten zunehmend Ähnliches haben wollen und tun. „Stadtkultur“ als Alltagswelt meint heute fast überall eben auch Latte Macchiato wie Apérol Spritz, Theater wie Ballett, Strandliegestuhl wie Parkbank, Döner wie Sushi. Wir können uns dabei nur mehr aussuchen, zu welchem Stadt-Kultur-Konsumtyp wir eher gehören möchten.

All dies muss nun nicht überschwänglich gefeiert werden. Denn auch mitternächtliche Bottlepartys und selbst angebaute Möhrchen retten unsere Städte nicht vor den Gefahren der Entfremdung und Überforderung wie der Kapitalisierung und Gentrifizierung. Auch sind bürgergesellschaftliche Bewegungen meist mittelschichtig zentriert, mit durchaus eigenen sozialen und politischen Interessen, die manchmal wenig mit den Problemen von bildungsfernen Familien, Hartz IV-Empfängern, Alleinerziehenden und migrantischen Haushalten zu tun haben. Dennoch beeindruckt die Dichte, die Vielfalt, die Reichweite und die Nachhaltigkeit dieser zivilen Bewegung und auch ihre allmähliche Annäherung an andere soziale Gruppen und Lebenswirklichkeiten. Es beeindruckt auch ihre kreativen Ideen von einem neuen „mittigen Leben“ und ihre Funktion als urbanes „Utopiepotenzial“. Denn vielfach wird Stadtkultur in der Perspektive dieses „citizen science“ nun auch in neuen sozialen Dimensionen und kulturellen Formen gedacht.

Damit wird zugleich auch eine grundsätzliche Dimension stadtesellschaftlicher Entwicklung wieder deutlicher sichtbar, die lange verschüttet schien: der besondere *biografische Modus* in der Entwicklung urbaner Kulturen und Räume. Gerade er kommt heute wieder stärker zum Tragen, weil die urbanen Räume materiell wie imaginär nun „anders“ konzipiert werden: eben als subjektbezogene Kultur- und Lebenswelten. Dieser *biografische Modus* meint zweierlei: einerseits die Geschichten und Erzählungen, die in die historischen urbanen Räume eingeschrieben sind und die ihn symbolisch kodieren und historisieren: als Marktplatz, als Judenviertel, als Flaniermeile, als Arbeiterkiez, als Altstadt – wobei diese Einschreibungen sich immer wieder verändern, modifiziert werden oder unter dem Einfluss von neuen urbanen Bildern und Lebensstilen verschwinden.

13 Ausführlicher zu „Shared Space“: H. Monderman, Designing Shared Space [Video, 57:33], Urban Design London, 2007.



Abb. 11: Schlauchboote auf dem Kanal, Berlin 2013;
Foto: W. Kaschuba.



Abb. 12: Haus Reichenberger
Straße, Berlin 2013;
Foto: W. Kaschuba.

Aus historischen Stoffen und Prägungen des Stadtraumes wird kulturelles Kapital geschlagen, wenn das ehemals proletarische oder migrantische Viertel etwa zur Touristenmeile mit Museum, mit Kiezkneipen und mit Stadtführungen umgebildet wird – in einer komplexen Transformation historisch-sozialer Semantiken und urbaner Topoi. Andererseits betrifft dieser *biografische Modus* uns, die Bewohner, Benutzer und Besucher urbaner Orte und Räume. Denn auch wir leben und altern in und mit diesen Räumen. Und wir wollen die Räume gewissermaßen mit uns „altern“ sehen, unsere Veränderungen mit ihnen verknüpfen, ihnen also den Stempel der Wünsche und Nutzungsinteressen unserer jeweiligen Lebensabschnitte aufdrücken. In Berlin gibt es diesbezüglich die ebenso realistisch wie ironisch gemeinte Redewendung, hier werde man auch mal „vom Besetzer zum Besitzer“. Tatsächlich machen manche hier im Laufe ihres Lebens die Erfahrung, dass sie, wenn sie nach frühen „Besetzerjahren“ in Kreuzberg und Neukölln heute mit Familie und im genossenschaftlichen Verband endlich selbst Wohnungseigentümer werden, von der nächsten „autonomen“ Generation nun ihrerseits als „Gentrifizierer“ attackiert werden (obwohl sie doch politisch wie finanziell hart für ihr Wohneigentum arbeiten mussten, während sich unter ihren Kritikern vermutlich nicht wenige Besitzer elterlicher Bausparverträgen tummeln). Auch so mancher einstige Partygänger, der jahrelang und gern in den Musikclubs nebenan unterwegs war, empfindet zehn Jahre später und angesichts der kleinen schlafenden Tochter dieselbe heiße Musik nur mehr als Lärmbelästigung (und die Clubleute dürfen sich über diese Verspießerung nur wundern bzw. neue Lärmschutzwände bezahlen). Und Kunstliebhaber, die sich im-



Abb. 13: Mann mit Handschellen, Berlin 2013; Foto: W. Kaschuba.

mer als Anhänger der Urban Art fühlten, betrachten mit fortschreitendem Alter dann doch manches Graffiti an der frisch geweißten eigenen Hauswand nicht mehr wirklich als Kunst, sondern bloß noch als Schmiererei (sagen das jedoch nicht laut, sondern nur leise zu ihrem Hausmeister).

Die *biografische Perspektive* meint also, dass urbane Räume und urbane Menschen sich bewegen, sich verändern, altern – in unterschiedlicher Weise und in durchaus symbiotischen wie konflikthaften Verläufen. Das war zwar irgendwie „schon immer“ so, doch nie zuvor waren unsere Ansprüche und Forderungen als Stadtbewohner so stark und so massiv, dass unsere jeweilige „soziobiografische Situation“ im städtischen Raum gefälligst berücksichtigt werden, dass sie seine Struktur prägen müsse. Dies wird eben nirgendwo deutlicher als in den wachsenden Nutzungs- und Kulturkonflikten im urbanen Raum. Wenn alteingesessene Clubs, Musikkneipen oder Restaurants plötzlich von zugezogenen Wohnungseigentümern zu Ruhestörern erklärt werden, wenn also Musik oder Unterhaltung nicht mehr die „Tradition des Ortes“ widerspiegelt, sondern zur lästigen Geräuschkulisse erklärt wird. Oder wenn der vorher lebendige öffentliche Raum der Stadtmitte oder des Marktplatzes in eine familiäre und rentnerliche „Ruhezone“ umco-

dirt werden soll. Oder wenn städtische Ordnungsämter und Verwaltungsgerichte eher hilflos entscheiden sollen, welche Nutzungsformen im Stadtleben nun wo als „ortsüblich“ und „kulturell“ angemessen zu gelten haben und welche nicht.

Dabei geht es stets um mehr als nur um den vordergründigen Konflikt: Es geht vielmehr um einen symbolischen Kampf um Raumhoheit. Also um die soziale und kulturelle Deutung städtischer Räume, die von verschiedenen Gruppen benutzt und beansprucht werden und in denen daher jeweils neu auszuhandeln ist, welches „Wir“ hier wann das Sagen hat, wer sich im Raum also wo und wie repräsentiert sehen darf. Und jedes dieser „Wirs“ behauptet stets, das allgemeine, öffentliche, echte „Wir“ der Einheimischen zu sein: also exklusiv das lokale Allgemeinwohl zu vertreten – entweder im Sinne der Tradition (und der Ruhe) oder eben umgekehrt in dem der Innovation (und des Sounds). Tatsächlich jedoch handelt es sich dabei oft auch um Versuche der „Privatisierung des Öffentlichen“, also der Durchsetzung der eigenen Interessen und Ideen unter Zurückdrängung der anderen.

Deshalb, weil die Stadtmitte als soziale Lebenswelt und als kulturelle Bühne gegenwärtig neu entdeckt wird, gerät sie zwangsläufig zur stadtgesehlichen „Kampfzone“. Denn dabei geht es nicht nur mehr um die Mitte, sondern um die Stadt insgesamt. „Wem gehört die Stadt?“ Einheimischen oder Touristen, Bürgern oder Partyvolk, Denkmälern oder Pommesbuden? Da rasten die Stereotypen dann doch wieder rasch ein, weil wir in solchen Kontroversen gerne zuspitzen. Dabei moralisieren wir in manchmal extremer Weise, indem wir eigene Positionen symbolisch überhöhen und andere stereotyp erniedrigen, wenn etwa in einigen Berliner Bezirken mittlerweile Plakate aushängen, die im Stile amerikanischer Wanted-Steckbriefe nach „Kiezkillern“ fahnden, also nach vermeintlichen oder wirklichen Gentrifizierern. Die deutschen Gerichtsstatistiken verraten uns allerdings, dass sich die wirklich massenhaften städtischen Konfliktfälle meist um Banaleres drehen: um Lärmbelästigung durch Musik, um Nachbarschaftsprobleme mit Kehrwoche und Schneeschippen und um akustisch „hochwertige“ Heimwerkerarbeit – genau in dieser Reihenfolge. Und dies drückt sich dann auch in den einschlägigen Titeln der Lokalzeitungen aus, wenn über „Ballermann am Neckar“ oder „Vorglühen in Bern“ berichtet wird.¹⁴

Nun gibt es natürlich kein Patentrezept, das diese Konflikte um unterschiedliche Auffassungen von Urbanität und Lebensstil lösen könnte. Doch es gab und gibt Versuche atmosphärischer Entspannungspolitik: etwa das „Mitmach-Prinzip“, das einfach zur Beteiligung an den urbanen Erlebnisgemeinschaften auffordert, wie sie sich im Biergarten, beim Public Viewing, beim Boulespiel oder bei der Party bilden – das aber nicht jedem gefällt und nicht immer wirkt. Oder das städtische „Zonen-Prinzip“, das urbane Räume in eine feste Ordnung von unterschiedlichen Lärm- und Ruhezeiten aufzuteilen ver-

14 Vgl. Badische Zeitung, 10.07.2013; Berner Zeitung 09.09.2013.

sucht – jedoch auch schon vielfach gescheitert ist. Oder das „Aushandlungs-Prinzip“, das in Gestalt von Moderationen, Runden Tischen, Kiezpalavern versucht, tatsächlich „zivilgesellschaftliche“ Mischungen, Kommunikationen und Nutzungen zu entwickeln – vielfach durchaus wirksam und erfolgreich. Oder schließlich auch das „interkulturelle Prinzip“, das bewusst unterschiedliche Herkunfts- und Altersgruppen, verschiedene Interessen und Stile räumlich zu mischen versucht, das also Freizeit-, Fest- und Kommunikationsformate verzahnt, formelle wie informelle

Strukturen verknüpft und kulturelle mit finanziellen Logiken vermengt, um möglichst niedrigschwellige, offene und variable Zugänge anzubieten – oft mit gutem Erfolg, weil damit die üblichen Frontbildungen zwischen vermeintlichen Tätern und Opfern wie zwischen Einheimischen und Fremden häufig vermieden werden können.

Jedenfalls empfiehlt es sich am Ende des Tages, in der „Kampfzone Stadtmitte“ und im dort oft heftigen „Kampfgetümmel“ stets auch die radikale Alternative dazu mit zu bedenken: die Altstadt und die Stadtmitte als touristisches „Geronto-Top“ oder als altdeutsche „Nachtwächter-Stadt“. Das klingt dann auch nicht wirklich nach Urbanität und Utopie.



Abb. 14: Reclaim your City – Berlin 2013;
Foto: W. Kaschuba.

WAS TUN GEGEN ÜBERBEANSPRUCHE INNENSTÄDTE?

ÖFFENTLICHER RAUM UND ALKOHOLKONSUM UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE AUS BADEN WÜRTTEMBERG

1. AUSGANGSSITUATION – KONFLIKTE IN DEN INNENSTÄDTEN

In den Sommermonaten treffen sich immer mehr Menschen unter freiem Himmel im öffentlichen Raum der Innenstädte. In Zusammenhang mit riskantem Alkoholkonsum kommt es vielfach zu so genannten Saufgelagen mit Gejohle, Gegröle und aggressiven Auseinandersetzungen. Bewohner, die in der Nähe von solchen Orten leben, beklagen sich dann über Lärm, Verunreinigungen und äußern Angst vor Übergriffen. Regelmäßig wird der Konflikt mit Schuldzuweisungen geschürt, indem dieselben Argumente und Vorwürfe Jahr für Jahr in Pressebeiträgen aufgelistet werden. Den Stadtverwaltungen und der Polizei werfen die Anwohner Untätigkeit vor. Es kommt zum Streit wegen der Verantwortungszuschreibungen zwischen Behörden. Gegen die Vorhaltungen der belästigten Anwohner argumentieren die Lärmverursacher insofern, dass sie sich durch mehr Kontrollen und Verordnungen nicht in ihren Freiheiten einschränken lassen wollen.

Die Tourismusbüros wollen wiederum die Innenstädte attraktiver machen, indem immer mehr Unterkünfte, Bars und andere Vergnügungseinrichtungen an ausgewählten Orten der Stadt konzentriert werden. Sie werben damit auf ihren Webseiten, wie die Beispiele Heidelberg und Ravensburg zeigen:

„Sobald sich die Sonne zeigt, sitzt man in Heidelberg gerne draußen. Zahlreiche Biergärten und Sonnterrassen verleihen der Stadt ein mediterranes Flair und verlocken dazu, im Freien zu essen und zu trinken und in Gesellschaft zu genießen. Abends öffnen zusätzlich die Bars und Clubs ihre Tore für Abendbummler und Nachtschwärmer – angesagte Treffpunkte für Einheimische und Gäste der Stadt.“¹

„Genießen – Cafés und Restaurants sind gut besucht – tagsüber ebenso wie abends. Wer ausgeht, hat die Qual der Wahl. Man kommt gerne öfter in die lebendige Stadt, um sich mit Freunden in schönen Lokalen zu treffen.“²

Städte rechtfertigen dies oft mit wirtschaftlichen Argumenten, da Tourismus Arbeitsplätze, wirtschaftliche Dynamik und kulturelle Vielfalt bringen soll. Leidtragende sind

1 Vgl. www.heidelberg.de/hd,Lde/HD/Erleben/Gastronomie.html [24.10.2014].

2 Vgl. www.ravensburg.de/rv/kultur-freizeit-einkaufen/ [24.10.2014].



Abb. 1: Unterschriftenaktion gegen einen Kommunalen Ordnungsdienst in Freiburg; Quelle: Jugendbündnis gegen KOD, vgl. www.rdl.de/beitrag/probelauf-f-r-den-kod-am-sams-tag-auf-dem-augustinerplatz [31.10.2014].

in der Regel die unmittelbaren Anwohner an den Aufenthaltsorten der einzelnen Szenen. Den Bedürfnissen der Betroffenen stehen die Wünsche der Feiernden gegenüber, die sich auf den Partys ausleben wollen und die sich ihrerseits gegen einschränkende kommunale Maßnahmen wehren. Die Stadt Freiburg verzichtet inzwischen auf Partywerbung auf ihren Webseiten und hat den kommunalen Ordnungsdienst (KOD) an den einschlägigen Partystandorten verstärkt. Dagegen hat sich eine Bürgerinitiative „Pro Nachtleben Freiburg“ gebildet, die am 01.08.2014 meldet:

„KOD-PROBELAUF von Samstag auf Sonntagnacht durch die Polizei! Schaut es euch an, erlebt es und fragt euch: Wollen wir das? Lohnt es nicht doch, sich für eine Freizeit ohne Beaufsichtigung durch die ausführende Gewalt stark zu machen?“³

In Barcelona, Mallorca und anderen südlichen Touristenstädten, die in den letzten Jahren durch ihre „Partymeilen“ bekannt wurden, werden inzwischen rigorose Maßnahmen wie Alkoholverbote und Ähnliches durchgesetzt, da die Trinkgelage „aus dem Ruder gelaufen sind“. Im Sommer 2014 waren Schlagzeilen zu diesem Thema in der Bundesrepublik allerdings wegen der schlechten Wetterlage kaum zu lesen.

3 Vgl. <https://rdl.de/beitrag/probelauf-f-r-den-kod-am-samstag-auf-dem-augustinerplatz> [01.08.2014].

Wolfgang Kaschuba hat in seinen Überlegungen zur Entwicklung einer neuen Urbanität diese Konfliktsituation treffend charakterisiert. Innenstädte werden heute nicht mehr nur als Arbeits-, Verkehrs- und Verwaltungszentren, sondern zunehmend als Wohn- und Freizeitwelten, also als attraktive Lebensräume, gesehen. Menschen suchen hier Entspannung, Erholung und Erlebnis. Dieser Wandel zur größeren sozialen und kulturellen Vielfalt in den Städten führt aber auch häufig zu Konflikten. Die einen suchen Party und laute Musik, was für die anderen nur Chaos und Lärm bedeutet. Die Stadtmitte wird zur kulturellen „Kampfzone“: In kleinen Kontroversen und großen Konflikten geht es um Räume und Bühnen, um Zeiten und Orte, um Stile und Symboliken, also um soziale Gruppen, lokale Ordnungen und kulturelle Repräsentation. Letztendlich geht es um die Frage, wer wo agieren darf. Dahinter steht die Grundfrage: „Wem gehört die Stadt?“⁴

Die Frage, inwieweit Debatten und Berichte zu oft alkoholbedingten Konflikten in den Innenstädten übertriebene Meinungen Einzelner widerspiegeln oder ernstzunehmende Probleme darstellen, war im Januar 2013 Anlass für den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, einen Runden Tisch „Lebenswerter öffentlicher Raum“ einzuberufen, „um Möglichkeiten zu erörtern, dem Alkoholmissbrauch im öffentlichen Raum wirksamer entgegenzutreten.“⁵ An diesem Runden Tisch, dem auch der Verfasser angehörte, waren Vertreter des Landesparlaments, der Verbände, der betroffenen Ministerien sowie Wissenschaftler beteiligt. Die Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“ hatte das Ziel, „unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertisen die beim Runden Tisch diskutierten Lösungsansätze fachlich zu bewerten und in einem präventiven und repressiven Maßnahmenpaket zur Bewältigung alkoholkonsumbedingter Problemlagen im öffentlichen Raum zusammenzufassen.“⁶ In diesem Rahmen wurden umfangreiche Literaturanalysen, Datenerfassungen bei den verantwortlichen Behörden, Bevölkerungsumfragen der betroffenen Anwohner, ergänzt durch Experteninterviews, durchgeführt. Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchungen zu alkoholbedingten Problemlagen, alle auf der Internetseite des Innenministeriums des Landes Baden-Württemberg zugänglich, werden in diesem Beitrag vorgestellt.⁷ Es zeigt sich ein buntes Spektrum an Einflussfaktoren, die Belastungen für Behörden und Bürger verursachen. Einzelne bereits angewandte und bewährte Maßnahmenpakete für die spezifischen Probleme werden erörtert und im Zusammenhang mit internationalen Befunden bezüglich der Wirksamkeit bewertet.

4 Vgl. auch den Beitrag von Wolfgang Kaschuba in diesem Heft.

5 Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“, Abschlussbericht, Innenministerium des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 2014, S. 1.

6 Ebda., S. 2.

7 Der zusammenfassende Bericht der Arbeitsgruppe und alle hier einschlägig zitierten Studien können unter www.im.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikationen/ [31.10.2014], ab S. 4 abgerufen werden.

2. ALKOHOLKONSUM UND DEVIANTES VERHALTEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM – EMPIRISCHE BEFUNDE

Den aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstand zum Zusammenhang zwischen Alkoholkonsum und deviantem Verhalten haben in diesem Rahmen Thomas Görgen und Sabine Nowak von der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) durch eine Sekundäranalyse der deutsch- und englischsprachigen Literatur aufbereitet.⁸ Sie nahmen dabei insbesondere Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Gewaltstraftaten in den Blick und berücksichtigten vor allem solche Studien, die sich auf den öffentlichen Raum beziehen. Einbezogen waren auch Untersuchungen zur Wirksamkeit präventiver und repressiver Maßnahmen zur Kontrolle und Minimierung. Ein besonderer Fokus wurde auf Maßnahmen zur Reduktion von Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum unter Alkoholeinfluss gerichtet.

Wie die Sekundäranalyse zeigt, sind Zusammenhänge zwischen Alkoholkonsum und Gewalthandlungen in der Literatur vielfältig belegt, wobei sie komplex beschaffen sind und durch individuelle, situative und gesellschaftlich-kulturelle Faktoren beeinflusst werden. So korreliert die Belastung mit Gewaltdelikten mit dem Pro-Kopf-Alkoholkonsum eines Landes. An Orten, an denen viel Alkohol konsumiert wird, kommt es häufiger zu Gewalt. Ferner stehen Gewalttäter oftmals unter Alkoholeinfluss und starke Trinker sind häufiger in Gewaltvorfällen verwickelt. Die Analyse belegt weiter, dass auch Opfer von Gewalttaten häufig unter Alkoholeinfluss stehen.

Vor diesem Hintergrund hat sich gezeigt, dass Maßnahmen, die die Verfügbarkeit von Alkohol reduzieren, besonders aussichtsreich sind. So sollte die Prävention von alkoholbedingten Gewaltdelikten auch Marktmechanismen, insbesondere die Besteuerung von alkoholischen Getränken, in den Blick nehmen. In diesem Zusammenhang stehen zudem Maßnahmen wie der freiwillige Verzicht auf Niedrigpreise, Aktionsangebote oder „Happy Hours“. Die Verlängerung der Sperrzeiten in der Gastronomie wird in der Mehrzahl der Studien ebenfalls als wirksam angesehen. Demnach führen längere Öffnungszeiten tendenziell zu mehr Alkoholkonsum und in der Folge auch zu mehr alkoholbedingten Gewaltvorfällen. Weiter können Konzepte, die auf eine Reduktion der Verkaufsdichte zielen, Gewaltvorfällen vorbeugen. Alkoholkonsumverbote wurden nur in wenigen Studien untersucht, die zudem nur bedingt strengen methodischen Maßstäben der Wirkungsevaluation genügen. Insbesondere die Frage, ob Konsumverbote zur Verhinderung von Straftaten beitragen, lässt sich bislang nicht verlässlich beantworten. In Bezug auf Störungen der öffentlichen Ordnung geben vorliegende Studien Hinweise auf lokal begrenzte, dämpfende Effekte, insbesondere wenn sie durch verstärkte polizeiliche Präsenz unterstützt werden.

8 T. Görgen/S. Nowak, Alkohol und Gewalt: eine Analyse des Forschungsstandes zu Phänomenen, Zusammenhängen und Handlungsansätzen, Deutsche Hochschule der Polizei, Münster 2013.

Auf kommunaler Ebene wird der Durchsetzung bestehender Normen, insbesondere des Jugendschutzes und des Gaststättenrechts, hohe Bedeutung beigemessen. Die Erfahrungen zeigen aber, dass die geltenden Bestimmungen ohne entsprechende Kontrollmaßnahmen häufig nicht eingehalten werden. Die Prävention alkoholbedingter Straftaten und Ordnungswidrigkeiten kann nicht allein durch die Sicherheits- und Ordnungsbehörden erfolgen. Die deutlichsten Effekte werden durch die gezielte Kooperation der in der Kommune engagierten Akteure erzielt. Ein Weg sind interdisziplinäre Arbeitsgruppen, in denen Polizei, Kommune, Suchtberatung, Gastronomie unter Einbeziehung der betroffenen Bürger ihr Vorgehen untereinander abstimmen. Solche Arbeitsgruppen bilden nach internationalen Erfahrungen beste Voraussetzungen, um einen lokal angepassten Mehrebenenansatz zu erarbeiten. Notwendig sind allerdings eine dauerhafte Leitung und Koordinierung sowie eine hohe personelle Kontinuität.

Thomas Görgen und Sarah Fisch haben ergänzend eine repräsentative Befragung von Einwohnerinnen und Einwohnern der Problemzonen in den Altstädten von Heidelberg und Ravensburg durchgeführt, wobei im Zusammenhang mit den dortigen Problemlagen unter anderem folgende Daten erhoben wurden:⁹

- ▷ Wahrnehmung der „lokalen Alkoholproblematik“ in der Kommune,
- ▷ Wahrnehmung der Zonen mit alkoholbedingten Problemlagen im Hinblick auf definierte Merkmale wie Attraktivität, erlebte Sicherheit und Unsicherheit,
- ▷ Eigene Erfahrungen mit Straftaten und Belästigungen in diesen Bereichen (in einem definierten und für alle Befragten einheitlichen Zeitraum),
- ▷ In Bezug auf die Zonen mit alkoholbedingten Problemlagen: Art und Häufigkeit der Nutzung dieser Räume durch die Befragten sowie Raummeideverhalten und individuelle Sicherheitsstrategien,
- ▷ Erwartungen der Befragten an die Politik und an Sicherheitsakteure.

Die Auswertung und die hohe Rücklaufquote an beiden Orten machen deutlich, dass die Thematik bedeutsame Teile der Bevölkerung interessiert und bewegt. Die Bewohner beider Stadtteile, in denen die Befragung durchgeführt wurde, bewerten ihren Wohnstandort im Hinblick auf die infrastrukturelle Versorgung (Bildungseinrichtungen, öffentliche Verkehrsmittel, Arbeits-, Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten) überwiegend positiv. Auch Wohn- und Lebensqualität erhalten gute Durchschnittswerte. Die Befragten erleben ihren Lebensraum tagsüber als sehr sicher. In beiden Städten fühlen sich die Befragten in der direkten Wohnumgebung noch etwas sicherer als im Stadtteil insgesamt. Nachts ist die subjektive Sicherheit vor allem bei älteren Befragten etwas geringer. Sicherheits- und Meidungsverhalten ist bei älteren Befragten in nahezu allen Erscheinungsfor-

9 T. Görgen/S. Fisch, Lebenswerter öffentlicher Raum. Eine Befragung von Bürgerinnen und Bürgern in Heidelberg und Ravensburg, Deutsche Hochschule der Polizei, Münster 2013.

men stärker ausgeprägt als bei jüngeren. In beiden Städten berichten viele Befragte, in den letzten zwölf Monaten im öffentlichen Raum in ihrem Stadtteil von Beleidigungen und Pöbeleien bzw. Sachbeschädigungen an Haus oder Grundstück betroffen gewesen zu sein. Sie bringen diese Delikte ganz überwiegend mit alkoholisierten Tätern in Verbindung. Hoch sind die Opferraten auch in Bezug auf Beschädigungen am eigenen Auto sowie – dies vor allem in Heidelberg – Graffiti am Wohngebäude. Bei diesen Delikten sind die Befragten zurückhaltender hinsichtlich der Zuschreibung von Alkoholeinfluss auf Täterseite.

Die Befragten, die direkte Anwohnerinnen und Anwohner von Problemzonen sind, nehmen den Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit und dessen mögliche Begleiterscheinungen (Lärm, Verunreinigungen durch Urin, Erbrochenes und Müll) auch als bedeutende Probleme im Stadtteil wahr. Es werden Sachbeschädigungen an Gebäuden und Fahrzeugen sowie Schlägereien berichtet. In diesem Kontext sprechen sich die Befragten mehrheitlich für eine stärkere Kontrolle der Abgabe von Alkohol an Minderjährige, mehr Polizeipräsenz im Stadtteil, Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen, eine bessere Aufklärung junger Menschen über Suchtgefahren sowie zeitlich begrenzte Aufenthaltsverbote für alkoholisierte Störer aus.

3. PROBLEMLAGEN UND MASSNAHMEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG – AUS SICHT DER BEHÖRDEN

Zusammen mit Rüdiger Schilling hat der Verfasser bei Kommunen und Polizeibehörden Daten zu regionalen Problemlagen analysiert, die in Zusammenhang mit zu viel Alkoholkonsum stehen.¹⁰ Es handelt sich dabei um räumliche Brennpunkte, bei Festlichkeiten oft auch nur zeitlich eingrenzt, die in Verbindung mit bestimmten Personengruppen oder auch Szenen und teils massivem Alkoholkonsum stehen. Solche räumlich definierten Problemlagen werden subjektiv als Belastung empfunden und sind auch objektiv häufiger der Ort von Aggressionsdelikten, Ordnungswidrigkeiten und Belästigungen. Die Problemlagen zeichnen sich durch eine gewisse Attraktivität aus. Sie werden oft zusätzlich dadurch interessant, dass Gaststätten, Verkaufsstellen und Sitzgelegenheiten verfügbar oder leicht erreichbar sind. Oft sind es Sammelpunkte oder Konfliktherde an öffentlichen Orten wie Bahnhöfen, Parkanlagen, Plätzen, Passagen, Innenstädten, Uferbereichen, Festplätzen, Spielplätzen und anderen beliebten Treffpunkten.

Zwei Drittel aller Landkreise geben für das Jahr 2012 Problemlagen an. Sie zeigen sowohl zeitlich als auch in den Ausmaßen ein heterogenes Bild. Interessant sind die Unterschiede in der grundsätzlichen Bewertung, ob und inwieweit eine Problemlage vorliegt

¹⁰ M. Hermanutz/R. Schilling, Lebenswerter öffentlicher Raum. Forschungsbericht, Hochschule für Polizei Baden Württemberg, Villingen-Schwenningen 2013.

oder nicht. Manche Dienststellen melden beispielsweise auch Feste als Problemlagen, andere nicht. Unterschiede in der Wahrnehmung scheinen davon abhängig zu sein, wie die subjektive Belastung einerseits und die Effektivität von Strategien zu ihrer Bewältigung von den Behörden andererseits empfunden werden.

Es wird berichtet, dass Probleme in Form von alkoholbedingten Konflikten in 41% der Fälle täglich, in 21% nur an den Wochenenden auftreten – die meisten in den Abend- und Nachtstunden der Sommermonate. Auch die Häufigkeiten an gemeldeten Tatbeständen für das Jahr 2012 variieren erheblich zwischen den einzelnen Problemlagen. Zu allen Problemlagen werden immer Straftaten, aber auch Ordnungswidrigkeiten sowie Belästigungen gemeldet. Die Mittelwerte zur Anzahl dieser Tatbestände variieren erheblich, zum Beispiel bei Körperverletzungen zwischen 0 bis 274. Die Gründe für diese Unterschiede bei den Meldungen von Tatbeständen liegen zum einen in der unterschiedlichen Datenerfassung und Auswertung der Polizeidienststellen und zum anderen darin, dass sich die Belastungen auch tatsächlich regional erheblich unterscheiden.

Ähnlich verhält es sich mit den gemeldeten Ordnungswidrigkeiten und Belästigungen, die im Jahr 2012 in einzelnen Kommunen die Zahl 200 überschreiten, wobei manche Polizeidirektionen zum Teil dazu keine Angaben machen. Verschiedentlich werden zum Vergleich Angaben zur Anzahl von Tatbeständen in gleichgroßen Stadtgebieten geliefert. Die Auswertung der Vergleichsgebiete zeigt einheitlich, dass sich Straftaten deutlich auf die Problemlagen konzentrieren. Berücksichtigt werden muss dabei, dass attraktive Orte in den Städten nicht nur gerne von Touristen und Bewohnern, sondern auch von Jugendlichen und marginalisierten Gruppen aufgesucht werden. In den Problemlagen halten sich unterschiedliche Klientele auf, die mit riskantem Alkoholkonsum und Alkoholmissbrauch in Verbindung gebracht werden:

- ▷ Jugendliche und junge Erwachsene sowie erwachsene Personen der Party- und Eventszene,
- ▷ Marginalisierte Gruppen wie Trinkerszenen, meist Erwachsene,
- ▷ Treffpunkte von Kindern und Jugendlichen auf Spielplätzen und Schulhöfen,
- ▷ gemischtes Publikum an Feiertagen und bei Festen.

Party- und Eventszenen weisen die größten Personenaufkommen auf, sie werden vornehmlich durch Heranwachsende, junge Erwachsene und Erwachsene frequentiert. Marginalisierte Gruppen mit fünf bis 150 Personen setzen sich insbesondere aus Angehörigen der Trinker-, der Drogen- und Substitutionsszene, Wohnsitzlosen und Sonstigen (darunter psychisch Beeinträchtigte) zusammen. Kinder und Jugendliche treffen sich auf jugendtypischen Plätzen wie Schulhöfen, Spielplätzen oder Bushaltestellen. Besucher von Festveranstaltungen gehören der Party- und Eventszene an. Die Anzahl der Personen, die als Szene die einzelnen Problemlagen aufsuchen, variieren ebenfalls sehr stark: In Friedrichshafen und Heilbronn sind in den Problemlagen zeitweilig mehr als 1.000 Menschen

Probleme	Event Party	Marginalisierte Gruppen	Jugend
Lärm			
Müll			
Vandalismus			
Belästigungen (Anpöbeln, Beleidigungen)			
OWI			
Straftaten			
Visuelles Problem			
Bedrohung Sicherheitsgefühl			

Abb. 2: Probleme, die von drei Gruppierungen in unterschiedlichen Ausprägungen verursacht werden (helle Farbe = weniger Belastung); Quelle: M. Hermanutz/R. Schilling (s. A 10).

versammelt, in den übrigen Problemlagen handelt es sich meist eher um kleinere Gruppen zwischen 10 und 40 Personen.

Bei Festen und in der Eventszene werden häufiger zufällig Anwesende, oft ebenfalls alkoholisiert, Opfer von Gewaltdelikten. Neben der Begehung von Ordnungswidrigkeiten kommt es in diesem Rahmen auch vermehrt zu Vandalismus und Aggressionsdelikten. Straftaten ereignen sich in der Trinker- und Obdachlosenszene dagegen meist nur innerhalb der Gruppe. Diese marginalisierten Gruppen werden selten durch die Begehung von Ordnungswidrigkeiten auffällig. Außenstehende stören sich an ihrem Anblick und fühlen sich in ihrer Sicherheit bedroht. Grundsätzlich stellen Lärm und Müll die dominierenden negativen Begleiterscheinungen über alle Problemlagen hinweg dar (vgl. Abb. 2).

Insgesamt werden von den Behörden 119 Maßnahmen und Projekte berichtet. In mehr als zwei Drittel der Fälle werden repressive Maßnahmen mit präventiven kombiniert. 27% der Befragten berichten von ausschließlich präventiven Maßnahmen. Die qualitative Auswertung der freitextlichen Antworten zeigt, dass die Maßnahmen häufig in Verbindung mit den Begriffen Präsenz, Polizeiverordnungen und noch häufiger mit dem Begriff Sozialarbeit stehen. Die präventiven Maßnahmen sind spezifisch auf die unterschiedlichen Zielgruppen ausgerichtet: auf Kinder (13 Nennungen), Jugendliche (84 Nennungen), Heranwachsende und junge Erwachsene bis 25 Jahren (30 Nennungen) sowie Erwach-

sene (23 Nennungen). Dabei zeigt sich, dass sich präventive Maßnahmen hauptsächlich auf Jugendliche richten. Zweck aller Maßnahmen ist es, Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verhindern, die vorwiegend in der Partyszene, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie bei marginalisierten Gruppen erwartet werden.

Für 20% der Maßnahmen liegen statistische Daten zur Evaluation vor. Ein Drittel aller Maßnahmen wird aufgrund von Erfahrungswerten durch die Kommunen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft. Oft werden so genannte generalpräventive Programme, wie beispielsweise *b.free* genannt. Hier wird unter anderem auf Veranstaltungen für Jugendliche Werbung für weniger Alkoholkonsum gemacht.

Als zentraler Faktor für die Problembewältigung in den Kommunen wird eine dauerhafte Koordinierung der Maßnahmen durch ein Gremium bzw. einen Arbeitskreis mit hoher personeller Kontinuität gesehen. Erfolgreiche Gremien verfügen über eine Leitung durch einen Verantwortlichen mit entsprechendem Zeitbudget und beziehen die Arbeitsebene der beteiligten Institutionen sowie Vertreter der Gewerbetreibenden und die Bevölkerung mit ein.

Aufenthaltsverbote und Platzverweise laufen bisher in den Party- und Eventszenen mit großen Menschenmassen unterschiedlicher oder wechselnder regionaler Herkunft ins Leere. Hingegen sind sie erfolgsversprechend bei kleineren, örtlich gut begrenzbaren Problemlagen mit wiederkehrenden Personengruppen, beispielsweise bei Jugendlichen, jungen Erwachsenen, Kindern und marginalisierten Randgruppen. Es wird mit eingeschränktem Verkauf von alkoholischen Getränken an Tankstellen positive Erfahrung gesammelt. Weitere Maßnahmen, wie beispielsweise grünpflegerische Bestimmungen und verschließbare Tore in Parkanlagen, zeigen ebenfalls ihre Wirkung.

Aus der polizeilichen und kommunalen Praxis wird von positiven Erfahrungen mit Alkoholkonsumverboten berichtet. So ist es im Innenstadtbereich von Freiburg i.Br. und am Ufer des Bodensees in Konstanz gelungen, die Problemlagen über ein Alkoholkonsum- und Glasverbot zu beruhigen, das mit Kräften des polizeilichen Regeldienstes überwacht wurde. Seitdem seien keine Verstöße mehr festzustellen, auch Verdrängungseffekte seien nicht zu beobachten gewesen. Diese Erfahrungen beziehen sich (Ausnahme Göttingen) auf den Zeitraum vor dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 28. Juli 2009, mit dem eine bestehende Polizeiverordnung zur Begrenzung des Alkoholkonsums im öffentlichen Straßenraum unzulässig wurde.

Da sich die Problemlagen in Ausmaß, Gruppenzusammensetzung und Örtlichkeit deutlich unterscheiden, können Maßnahmenkonzepte nur erfolgreich sein, wenn sie sehr individuell auf die Charakteristika der jeweiligen Problemzonen zugeschnitten sind. Kleinräumige Problemlagen, vornehmlich der Jugendszenen, können mit Platzverweisen, Einbeziehung der Kommunalverwaltung, Kostenverantwortung von Störern und Präsenzstreifen weithin aufgelöst werden. Probleme mit marginalisierten Gruppen werden durch eine Kombination von Sozialarbeit und Platzverweisen eingegrenzt oder können an unproblematische Orte verlagert werden. Insbesondere in den Problemlagen

der Party- und Eventszene mit einer Vielzahl von Personen überregionaler Herkunft greifen die bestehenden Instrumentarien allerdings nur teilweise.

In den Städten Freiburg i. Br., Heidelberg, Ravensburg und Mannheim sowie der Stadt und dem Landkreis Konstanz führten der Verfasser und Rüdiger Schilling außerdem leitfadengestützte, narrative Interviews mit Experten aus den Kommunalen Suchtbeauftragten sowie Angehörigen des Ordnungsamtes, der Suchtberatung und aus dem Bereich Streetwork durch. Die Analysen der Interviews zeigen, wie notwendig professionell angelegte Netzwerke vor Ort sind, um eine bessere Kooperation und Vernetzung auf kommunaler Ebene zu erreichen. Gerade im operativen Bereich bedarf es demnach aufeinander abgestimmter ganzheitlicher Lösungsstrategien mit regionalem Zuschnitt und überregionalem Austausch. Viele Kommunen verfügen bereits über runde Tische. Es wird aber beklagt, dass nicht immer die richtigen Personen daran beteiligt sind, sondern beispielsweise nur die „Chefs“, die zu weit vom operativen Geschehen weg seien. Besonders wichtig ist, dass diejenigen, die das Netzwerk gründen und pflegen, hauptamtlich tätig sind und dass Netzwerk und Projekte langfristig angelegt werden. Dies erst ermöglicht eine verlässliche Abstimmung aller behördlichen, privaten wie gewerblichen Partner als zwingende Voraussetzung für eine verständige und gedeihliche Zusammenarbeit. Hierzu gehört auch die Intensivierung des Dialogs zwischen denen, die in den Problemlagen die Probleme verursachen und denen, die davon betroffen sind. Das Vorgehen des Landkreises Konstanz kann dafür als vorbildlich gelten.

Alkoholprävention ist ein unabdingbarer Baustein jeder Strategie; er benötigt einen ganzheitlichen Ansatz mit überregionaler Abstimmung. Prävention zeigt bei jungen Menschen auch Wirkung; allerdings machen sie nur einen geringen Anteil des Adressatenkreises aus. In der erweiterten Partyszene ist Prävention dagegen ein untaugliches Mittel, weil zahlreiche Gäste aus dem Umland oder als Touristen kommen und durch solche Programme daher nicht erreichbar sind.

Die Wahrnehmung und Einstellung der Bevölkerung zu örtlichen Problemlagen, so die Sicht der Experten, wird erkennbar auch durch die Berichterstattung in der Presse beeinflusst. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit Diskriminierungen von Gruppen und Dramatisierungen der Situation entgegenzuwirken.

Wenn geltende Gesetze und Verordnungen nicht eingehalten werden, müssen die zuständigen Behörden dies konsequent verfolgen. Positive Erfahrungen zeigen sich dort, wo hierfür entsprechend Ressourcen bereitgestellt werden und zum Beispiel ein kommunaler Ordnungsdienst eingerichtet wird oder schon tätig ist. Das Instrument der Sperrzeitverlängerung wird als sehr wirksam angesehen. Genehmigungen zur Sperrzeitverkürzung können an Auflagen wie z.B. Schulungsangeboten für Schankpersonal gebunden werden.

Aus den Interviews wird deutlich, dass wegen der zu erwartenden Verlagerungs- und Verdrängungseffekte Verbote des Alkoholkonsums im öffentlichen Raum als unwirksam

angesehen werden. Außerdem würden sich Probleme und Konflikte in den Eventszenen nicht ausschließlich durch den Alkoholgenuß ergeben, sondern zusätzlich durch die beengende Dichte großer Menschenansammlungen im öffentlichen Raum.

4. MASSNAHMENKATALOG DER ARBEITSGRUPPE

»LEBENSWERTE ÖFFENTLICHE RÄUME«

Gestützt auf die Ergebnisse der oben vorgestellten Studien hat die Arbeitsgruppe „Lebenswerte Räume“ am Innenministerium des Landes Baden-Württemberg 28 Einzelmaßnahmen nach ihrer Wirksamkeit bewertet. Sie wurden zu acht Maßnahmenbündeln zusammengefasst, die hier nur kurz skizziert werden können:

1. Verfügbarkeitsreduzierende Maßnahmen

Sie umfassen die Beschränkungen der Verkaufsdichte, Einschränkungen der Verkaufszeiten im Einzelhandel und der Öffnungszeiten der Gastronomie. Hierzu gehören auch gesetzliche Vorgaben wie das Verbot von Alkoholverkauf an Jugendliche unter 18 Jahren. Dieses Maßnahmenbündel ist am wirkungsvollsten.

2. Maßnahmen in Gaststätten

Bei Maßnahmen, die direkt an die Gaststätten adressiert sind, zeigen die konsequente Verfolgung und Ahndung von Verstößen gegen gaststättenrechtliche Bestimmungen die beste Wirkung. Auch Auflagen bei der Lizenzvergabe und moderat gestaffelte oder flexible Sperrzeiten haben sich bewährt, weniger dagegen Selbstverpflichtungen der Gaststätten (gewaltreduzierende Hausregeln, Verzicht auf Ausschank an Betrunkene und weiteres mehr).

3. Polizeiliche und ordnungspolitische Maßnahmen

Die erhöhte Präsenz von Ordnungskräften mit Personenkontrollen in den Problemlagen, aber auch Alkoholtstkäufe zeigen nachweislich gewünschte Wirkung. Davon versprechen sich auch die betroffenen Anwohner am meisten. 70% der Anwohner wünschen Präsenz- und Personenkontrollen. Aufenthaltsverbote, Platzverweise und Satzungen zur Benutzung von Spielplätzen und Grünanlagen werden von mehr als 50% der Anwohner verlangt. Diese Maßnahmen werden auch von der Polizei und den Kommunen als effizient eingeschätzt, genauso von den befragten Experten.

4. Generalpräventive Programme zur Erziehung und Überzeugung

Hiermit sind allgemeine Programme und Maßnahmen zur Eindämmung des Alkoholkonsums (Aufklärungskampagnen, Werbeverbote etc.) gemeint, die unabhängig von lokalen Konfliktlagen verfolgt werden. Auch sie werden von ca. 60% der Bevölkerung gewünscht. Als wirkungsvoll haben sich Werbeverbote erwiesen.

5. Sekundärpräventive Behandlung und Frühintervention

Dieses Maßnahmenbündel zielt auf die „Hochrisikokonsumenten von Alkohol“ ab. Hierzu gehören niederschwellige Angebote wie beispielsweise die aufsuchende Sozialarbeit, die Experten bei den marginalisierten Gruppen als geeignete Maßnahme ansehen. Auch 43% der Bevölkerung wünschen sich Beratungsangebote für alkoholgefährdete Menschen.

6. Gemeindebasierte kooperative Präventionsmaßnahmen

Kommunale Präventionsmaßnahmen werden insgesamt dann als effektiv angesehen, wenn sie kooperativ organisiert sind und es gelingt, langfristige, hauptamtliche, interdisziplinäre Netzwerke zu etablieren. Dagegen ist die Wirksamkeit von Streetwork, mobiler Jugendarbeit und aufsuchender Sozialarbeit umstritten. In der Fachliteratur wird sie nicht bestätigt, von den befragten Experten aber durchaus als hilfreich geschätzt. Anscheinend wirkt sich auch der Dialog zwischen Verursacher und Beeinträchtigten positiv aus und kann die Probleme reduzieren, die durch Alkoholkonsum im öffentlichen Raum entstehen.

7. Sensibilisierungsmaßnahmen

Sensibilisierungsmaßnahmen durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit wie beispielsweise öffentlichkeitswirksame Ankündigungen von Maßnahmen oder Vorbildverhalten kommunaler Entscheidungsträger werden ausschließlich von den Experten als wirkungsvoll beurteilt, ansonsten gibt es keine hinreichenden empirischen Hinweise für deren Wirksamkeit.

8. Bauplanerische Maßnahmen

Bauliche Maßnahmen, z.B. Schaffung alternativer Räume oder das Ausweisen bestimmter Bereiche als Vergnügungs- und anderer als Wohnviertel, sind möglich. Schließungen bestimmter Bereiche wie Grünanlagen oder Schulhöfe können dort für Ruhe und Ordnung sorgen. Solche Maßnahmen werden von den Experten als wirkungsvoll angesehen. Ansonsten gibt es zu bauplanerischen Maßnahmen kein aussagefähiges Datenmaterial.

Zur praktischen Umsetzung der Einzelmaßnahmen ist ein „Werkzeugkoffer“ mit dem hier nur kurz erläuterten Maßnahmenkatalog erarbeitet worden, der beim Autor erhältlich ist.

5. FAZIT UND AUSBLICK

Die Untersuchungen im Rahmen der Arbeitsgruppe „Lebenswerter öffentlicher Raum“ des Innenministeriums Baden-Württemberg zeigen, dass es in einzelnen Kommunen Probleme im öffentlichen Raum mit unterschiedlichen Gruppierungen gibt, die meist

im Zusammenhang mit riskantem Alkoholkonsum stehen. Die erhobenen Daten zeigen jedoch keine unlösbaren katastrophalen Zustände, wie sie manchmal von den Medien übertrieben dargestellt werden. Dass es sich bei den Innenstädten tatsächlich um „Kampfbzonen“ handelt, kann nach unserer Datenlage nicht bestätigt werden.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind geeignet, um die Problemlagen zu beruhigen und Konfliktfelder zu reduzieren. Es liegt in der Natur der Sache, dass sie auch mit finanziellem Aufwand verbunden sind. Trotzdem sind nicht alle Interessen gänzlich unter einen Hut zu bringen. Man muss bereit sein, Kompromisse zu schließen, und stückweit auch eine gewisse Unauflösbarkeit der Problematik akzeptieren.

Besonders bei Partyszenen müssen die Kommunen mehr Mittel investieren, um auf deren Plätzen die gewünschte Kontrolle durch kommunale Ordnungsdienste zu gewährleisten und um Verunreinigungen durch städtische Angestellte beseitigen zu lassen. Die Stadträte, Gemeinderäte und die Bürgerschaft müssen sich außerdem grundsätzlich entscheiden, ob sie solche Szenen wollen und damit Problemlagen akzeptieren, oder ob sie stattdessen wie beispielsweise in Mannheim versuchen wollen, diese zu begrenzen und aus der Innenstadt auszulagern.

Bei Jugendlichen und marginalisierten Gruppen ist die Ausgangslage eine andere. Sie von einem Ort zum anderen zu vertreiben, ist nicht nur reine Zeitverschwendung und sozialpolitisch unprofessionell, weil sie sich immer wieder an anderer Stelle sammeln werden. Entscheidend ist: Auch diese Gruppen haben Anspruch auf Orte in der Stadt, wo sie sich treffen und aufhalten können und wollen. Die Kommunen müssen ihnen dabei, je auf ihre Weise, entgegenkommen. Jugendliche sollten öffentliche Räume geboten bekommen, wo sie feiern und kommunizieren können. Für marginalisierte Gruppen müssen die Kommunen Einrichtungen sowie Hilfsangebote an geeigneten Standorten vorhalten bzw. sie müssen die hier aktiven Institutionen darin unterstützen.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass sich Problemlagen schnell räumlich verlagern können. Auch deshalb ist der kommunale Umgang damit eine Daueraufgabe, die sich immer wieder neu stellt. Daher ist es notwendig, dass – wie beispielsweise in der Stadt Singen – die kommunale Verwaltung eine hauptamtlich angestellte Person dauerhaft damit betraut, die laufenden Veränderungen im Blick zu halten, sich um aktuell auftretende Probleme sofort zu kümmern und alle Aktionen von Behörden, Institutionen und Verbänden in Abstimmung mit dem Gemeinderat zu koordinieren. Patentrezepte dafür gibt es selten, aber dafür Ideen und auch Praxisbeispiele genug. Einzeln agierende Institutionen und Personen können diese Konflikte nicht bewältigen.

Die politische Auseinandersetzung im Land Baden-Württemberg konzentrierte sich auf ein zeitlich und örtlich begrenztes Alkoholverbot im öffentlichen Raum der Innenstädte, das offensichtlich aber momentan nicht von allen Beteiligten gewollt wird. Die Gründe dafür sind vielfältig. Letztendlich geht es aber darum, inwieweit die Freiheit der einen, als problematisch wahrgenommenen Gruppe eingeschränkt werden kann, bzw. inwieweit die dieser Gruppe gewährte Freiheit, die Freiheit der belästigten Gruppe ein-

schränken darf. Außerdem fehlen bisher verlässliche Daten, die eine Wirksamkeit von Alkoholverboten nachweisen. Die vorliegenden Untersuchungen können nicht belegen, dass Alkoholverbote die Konflikte reduzieren helfen. Es fehlt an belastbaren Evaluationsdaten. Hinzu kommt: Die uns vorliegenden Daten weisen darauf hin, dass Alkohol nur selten im öffentlichen Raum mitgeführt wird. Zwar kommt Böhmer bei marginalisierten Gruppen auf etwas höhere Werte,¹¹ dennoch werfen seine Zahlen ein nachdenklich stimmendes Licht auf die gegenwärtige hitzige Debatte.

Schließlich relativieren auch die Ergebnisse der Anwohnerbefragung den kommunalpolitischen Streit. In Ravensburg und Heidelberg befürworteten zwar mehr als die Hälfte ein begrenztes Alkoholverbot, gleichzeitig scheinen sie aber weniger stark unter der Belästigung zu leiden, als dies manchmal medial verbreitet wird. Die Frage nach der Attraktivität des Stadtteils als Wohnort wurde von den Befragten beider Städte nahezu gleich positiv beantwortet. Die Wohnqualität sowie die Lebensqualität insgesamt werden als eher gut bewertet. Überspitzt wird vom SWR-Baden-Württemberg (12.02.2014) verbreitet: „Davon können andere Städte nur träumen: 98% der Heidelberger fühlen sich in ihrer Stadt pudelwohl“.

11 Vgl. A. Böhmer, *Prekäre Sozialräume*, Studie der Hochschule Ravensburg, Weingarten 2013, S. 23 f.

PRÄVENTIVE ANSÄTZE IM NACHTLEBEN: »FEIERN MIT NIVEAU«

1. EINFÜHRUNG

Zum Nachtleben gezählt werden heute Bars, Clubs, Lounges, aber auch Open-Airs, Festivals, Partys und zunehmend auch Teile des öffentlichen Raums. Ein großer Bereich der Nightlife-Stakeholder kann zur Kreativwirtschaft hinzugezählt werden. Ein attraktives Nachtleben gilt heute als Standortvorteil und als Touristenattraktion, geprägt von Angeboten, die den Bedürfnissen nach Entspannung, Spaß, Feiern, Konsum, Entgrenzung und Berausung entgegenkommen. Im Kontrast zum durch- und vorstrukturierten Alltag konzentrieren sich für viele diese Angebote auf das Wochenende und die Nacht. Dieser Beitrag beschäftigt sich in sozialpsychologischer Perspektive und gestützt auf Erfahrungswissen aus der praktischen Arbeit einer Präventionseinrichtung mit den Möglichkeiten und Grenzen von gesundheitsbezogenen und risikomindernden Maßnahmen im (Party-)Nachtleben moderner städtischer Gesellschaften.

2. FEIERN UND DROGENKONSUM JUGENDLICHER IM ÖFFENTLICHEN RAUM – WIE DAMIT UMGEHEN?

Weggehen, Feiern, Clubben sind heute wichtige kollektive Freizeitaktivitäten junger Menschen. Deren Bedürfnisse und Erwartungen an eine Nacht sind so vielseitig wie die Kultur selber. Dazu gehört auch der Wunsch nach Entgrenzungserfahrungen mittels Konsum psychoaktiver Substanzen, seien es Alkohol oder illegalisierte Drogen wie Cannabis, Kokain und Ecstasy. Diese Phänomene sind nicht neu. Sie gehören zum menschlichen Dasein und lassen sich praktisch in allen Kulturen finden. Aus kulturhistorischen Untersuchungen und Schriften ist belegt, dass praktisch jede Gesellschaft – über den mehr oder weniger ritualisierten Konsum von berauschenden Substanzen, aber auch über Bewegung (Tänze), religiöse Zeremonien, Atemtechniken und Meditationsübungen – dem menschlichen Bedürfnis nach Rausch, Ekstase und Transzendenz nachzukommen versucht.¹ Früher beschränkte sich der Konsum mehrheitlich auf religiöse (schamanische)

1 A. Legnaro, Rausch und Sucht in der Sozial- und Kulturgeschichte Europas, in: A. Uchtenhagen/W. Ziegler (Hrsg.), Suchtmedizin München 2000, S. 8-21.

Rituale. Mit der zunehmenden Industrialisierung kam zum religiösen Rahmen die Freizeit als zusätzliches Setting für diese Form des Konsums hinzu.²

Primäre Substanz in Ausgeh-, Feier- und Partykontexten bleibt bis heute der Alkohol. Zahlreiche Gründe finden sich in der Literatur für die Normalisierung und Polarisierung des Trinkverhaltens. Unter dem Begriff Alkoholszene werden jene öffentlichen oder halböffentlichen Orte verstanden, in denen sich mehr oder weniger junge Menschen in ihren Bezugsgruppen zusammenfinden, um in teilweise ritualisierten Verhaltensweisen „gewöhnheitsmäßig“ alkoholische Getränke der unterschiedlichsten Art gemeinsam zu konsumieren. Die Substanz Alkohol zu konsumieren, ist in diesen Szenen normal. Alkohol gehört dazu, wenn man sich trifft, am Abend ausgeht und feiert. Zentral ist in diesem Sinn der moderate bis rauschhafte, angepasste bis auffällige Konsum in der Gruppe außerhalb der Wohnung.³

Empirische Befunde qualitativer Studien weisen darauf hin, dass Alkoholszenen als ritualisierte Erfahrungsräume für junge Menschen Platz und Wichtigkeit erhalten, obwohl sie in erster Linie nicht dafür gemacht sind.⁴ Das erfolgt hauptsächlich deshalb, weil es an anderen öffentlichen Räumen fehlt, in denen junge Menschen sich bewegen können und die dem Übergang in die Phase des Erwachsenseins dienen können.

Geht man den Gründen nach, weshalb Alkoholszenen für einen Teil der Jugendlichen so attraktiv sind, so entdeckt man, dass sie identitätsrelevante Erfahrungen und Möglichkeiten zum Reifen bieten. Wie ist dieses Phänomen zu bewerten und welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Eine Möglichkeit ist es, gezielt auf diese verborgene Funktion der Alkoholszenen einzugehen. Als Konsequenz müssten sich Präventionskräfte mit dem Phänomen der Alkoholszenen in der Weise stärker befassen, dass sie beispielsweise eine engere Zusammenarbeit mit den Anbietern suchen und Maßnahmen entwickeln, um die Erfahrungsräume optimaler zu gestalten. Gleichzeitig greifen unter diesen Umständen leichter auch risiko- und schadensmindernde Konzepte für einen „sicheren“ Rauschraum, die den äußeren Rahmen absichern helfen. Safer-use-Strategien, die in den Nightlife- und Partykontexten schon entwickelt wurden, um drogen- und alkoholbedingte Schäden so niedrig wie möglich zu halten, wären demzufolge weiter zu denken.⁵ Auch die Zusammenarbeit mit „security staffs“ und Ordnungskräften müsste intensiviert werden, allerdings mit dem neu formulierten Ziel eines „sicheren Konsum- und Rauschraums“. Schließlich und vor allem müsste es darum gehen, die Akteure, die Jugendlichen selbst,

2 Vgl. A. Bücheli, Partydrogen können ihr Leben verändern!, Referat anlässlich der ReDUse Tagung, Wien 16.11.2012.

3 P. Koler, Rausch und Identität – Jugendliche in Alkoholszenen, Bozen 2014, S. 61.

4 Vgl. auch I. Eisenbach-Stangl/A. Bernardis/K. Fellöcker/J. Haberhauer-Stidl/G. Schmied, Jugendliche Alkoholszenen. Konsumkontexte, Trinkmotive, Prävention, Wien 2008; G. Stumpp/B. Stauber/H. Reinl, Einflussfaktoren, Motivation und Anreize zum Rauschtrinken bei Jugendlichen, Tübingen 2009.

5 F. J. Mendes/M. Mendes, Healthy and Safer Nightlife of Youth project, 2011, auf: www.irefrea.org/uploads/PDF/TRAINING_Manual_EN.pdf [04.04.2012].

in den Mittelpunkt zu stellen. Gerade Jugendliche können leicht in einen Konflikt zwischen entwicklungsnotwendigem Experimentieren und Präventionsaufforderungen kommen, der ihr Streben nach Selbstregulierung blockiert. Vor diesem Hintergrund gilt es, perspektivisch die „Befähigung“ vor die „Kontrolle“ zu setzen, indem man versucht, die Jugendlichen selbst zum Teilhaber und Gestalter der Nachtszenen werden zu lassen. Bis heute geschieht dies am ehesten in privaten, verborgenen, teils auch illegalen Kontexten, wie zum Beispiel bei nicht autorisierten Musik- und Tanzveranstaltungen.⁶

In Anlehnung an die Praxis bei anderen risikoreichen Verhaltensweisen müsste es für Jugendliche ein unterstützendes Angebot zu einem bewussten und verantwortungsvollen Konsum geben. Ziel müsste es sein, im Umgang mit Alkohol sowenig Probleme wie möglich zu entwickeln. Das würde auch bedeuten, den halbwilderen Raum der Alkoholszenen zuzulassen, ihn zum Teil aber auch zu domestizieren. Auch das wäre nicht neu, betrachtet man die konsequente Einverleibung radikaler jugendlicher Subkulturen in die etablierten Mode- und Trendcodes.

Zum aktuellen Zeitpunkt bringt sich die nachkommende Generation das Trinken mehr oder weniger selbst bei. Das war nicht immer so. Noch vor einer Generation lernten die Jungen – zumindest in Südtirol – das Trinken von den Erwachsenen innerhalb von Schützen-, Feuerwehr-, Musik- und Sportvereinen. Der Saufpokal bei Amateur-Fußballmeisterschaften ist immer noch in Gebrauch und erinnert an diese Tradition. In Zukunft müsste es (wieder) möglich werden, dass man junge Menschen das Trinken lehrt, so wie das Radfahren und später das Autofahren. Möglicherweise mit ein bisschen mehr Stil und Kultur. Anstatt bei den Vereinen mit einer gewissen Trinkkultur die Abstinenz einzufordern, könnten die verantwortlichen Erwachsenen rauschpädagogisch geschult werden und als Bezugspersonen für die jungen Mitglieder dienen. Damit entsteht für alle Beteiligten auch ein Reflexionsraum. So könnte neben einem Kompetenzerwerb ein Hinterfragen stattfinden, was und aus welchem Grund für die unterschiedlichen Generationen an „Trinksitten“ gerade passt oder früher gepasst hat, bzw. warum spezielle Getränke und spezifische Trinkmuster gerade „in“ und „cool“ sind.⁷

Ein Projekt, das in eine ähnliche Richtung arbeitet, trägt den Namen „AHA – alternative happy hours“.⁸ AHA suchte die Kooperation mit der Gastronomie, die Jugendlichen Freizeiterlebnisse anbietet, zu denen auch der Alkoholkonsum gehört. Gastronomie und Freizeiteinrichtungen aller Art sind also nicht die Gegner, sondern die wichtigsten Partner von Prävention und Gesundheitsförderung. In der gemeinsamen Arbeit stehen die Balance und der Genuss im Vordergrund anstatt Exzess.

6 P. Koller (s. A 3), S. 167 f.

7 Ebda., S. 171.

8 G. Koller, AHA – Alternative Happy Hours, 2006, auf: www.alternativehappyhours.com/basics/files/AHA07%20Basics%20AHA-Konzept.pdf [04.04.2011].

Anneke Bühler und Bettina Schmidt argumentieren in diese Richtung sogar weiter, wenn sie schreiben, dass es „unter einer bewältigungsorientierten Perspektive wenig sinnvoll erscheint, das Rauscherleben generell verhindern zu wollen. Eine reine Abstinenzorientierung in der Prävention wäre unrealistisch und kontraproduktiv. Letzteres vor allem deshalb, weil so gefährdet würde, was für jede Präventionsstrategie zentral ist: der Zugang zu Jugendlichen. Vielmehr muss es in Bezug auf den Umgang mit Alkohol darum gehen, Konzepte (weiter) zu entwickeln, die Jugendliche so anleiten und begleiten, dass sie in ihrem Alltag, ihren eigenen sozialen Strukturen mehr Trinkkompetenz erwerben bzw. einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol entwickeln und einüben können.“⁹

Aus den bisherigen Ausführungen wird nachvollziehbar, dass die Entstehung dieses immer differenzierteren Angebots im Nachtleben auch eine Reihe von Interventionsnotwendigkeiten auf präventiver Ebene mit sich bringt. Inhaltlich geht es dabei um Themen wie problematischer Substanzkonsum, Gesundheitsgefährdung, Gewalt, Lärm und Konflikte um den öffentlichen Raum, um hier nur einige anzuführen.

Zentrale gesellschaftsrelevante Fragen zur Lösung oder Reduzierung von Problemsituationen stellen sich natürlich ebenso. Wie können verschiedene Interessen im Nachtleben nebeneinander koexistieren? Ist es möglich einen nächtlichen Rauschraum zu regulieren? Zusammengefasst beschreibt es der ehemalige Richter Livio Pepino so: „Es braucht einen Platz für die Unordnung, für das Andere. Es braucht eine Strategie des Auskommens und Zusammenlebens mit den Substanzen.“¹⁰

3. NEUE PRÄVENTIVE ANSÄTZE – INITIATIVEN IN SÜDTIROL

In Südtirol sind in den vergangenen Jahren neue Wege zur Prävention des Alkoholmissbrauchs von Jugendlichen im öffentlichen Raum beschritten worden, die sich an den oben ausgeführten Prämissen orientieren. Im Folgenden werden eine Reihe von Initiativen und Maßnahmen vorgestellt, die im Rahmen einer längerfristig angelegten Alkoholpräventionsstrategie auf das Nachtleben in diesem Sinne direkt oder indirekt einwirken. Dazu gehören Regulierungsmaßnahmen auf struktureller Ebene sowie Sensibilisierungsinitiativen auf zielgruppenspezifischer und personenorientierter Ebene.

Strukturelle Verhältnisprävention beeinflusst gesellschaftliche Rahmenbedingungen (Jugendschutz, Verfügbarkeiten, Preise, Werbung etc.) und zielt auf die Veränderung der Lebenswelten. Verhaltensprävention soll das Verhalten einzelner Personen oder

9 A. Bühler/B. Schmidt, Zur Effektivität von Verhältnis- und Verhaltensprävention, in K. Mann u.a. (Hrsg.), Jugendliche und Suchtmittelkonsum, Freiburg 2007, S. 110-125.

10 L. Pepino, Der Krieg gegen die Drogen ist gescheitert. Überlegungen aus der Sicht eines Richters, Referat anlässlich des Internationalen Kongresses „Präventionsarbeit in repressiven Zeiten“, Bozen, 08-09.03.2012.

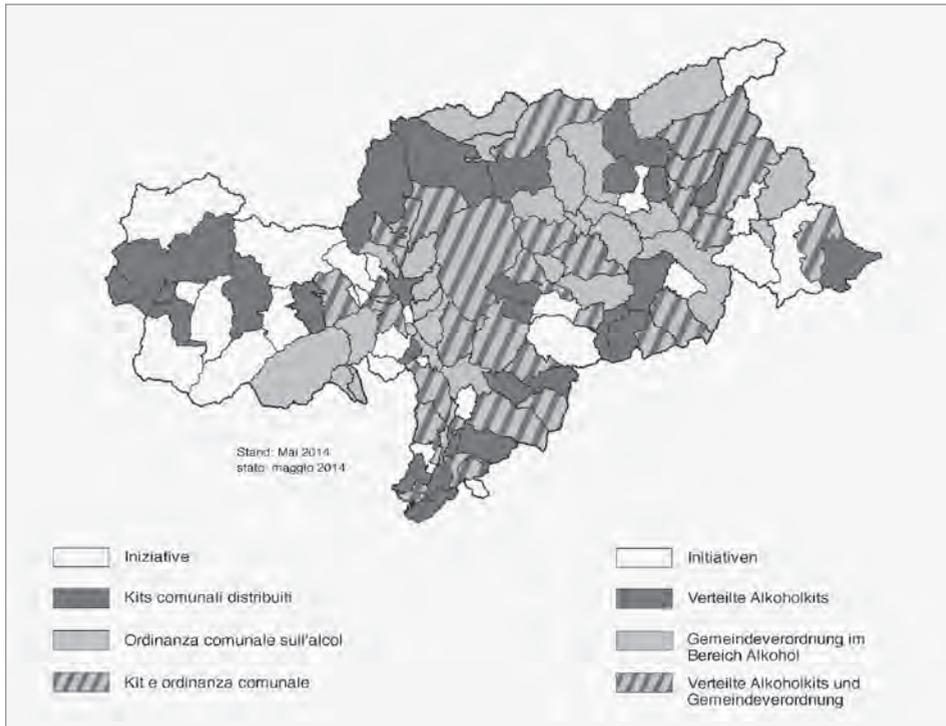


Abb. 1: Erlass von Gemeindeverordnungen und Verteilung von Alkoholkits in den Gemeinden Südtirols; Quelle: *Forum Prävention*.

Zielgruppen positiv beeinflussen.

Nach einem Südtiroler Landesgesetz aus dem Jahr 2006 (Nr. 3 / Art.6) können die Gemeinden der Provinz Bozen mit eigener Verordnung alkoholpräventive Projekte fördern, aber auch einschränkende Maßnahmen erlassen:

- ▷ betreffend die dauerhafte oder zeitweilige Werbung für alkoholische Getränke in sämtlichen Einrichtungen, in Sportanlagen und bei sämtlichen Veranstaltungen,
- ▷ betreffend Aktionen zur zeitlich begrenzten Preissenkung der alkoholischen Getränke gegenüber den offiziellen Preislisten,
- ▷ betreffend Aktionen zur Absatzförderung an allen öffentlichen Orten und bei Veranstaltungen.

Nach dem letzten erhobenen Stand (30.06.2011) haben etwa die Hälfte von insgesamt 116 Gemeinden eine solche Verordnung erlassen (vgl. Abb.1).

Das „Gemeindekit“ zum Thema Alkohol wurde vom „Forum Prävention“, der Fachstelle für Suchtprävention und Gesundheitsförderung in Bozen, in Zusammenarbeit mit

trinkenmitmass.it bereresponsabile.it

Die 10 Punkte für „Feiern mit Niveau“

1. Getränkeauswahl und Preisgestaltung: Ausreichendes Angebot an alkoholfreien Getränken, die mindestens 1,00 Euro billiger sind als das billigste alkoholische Getränk.
2. Ausschank von Alkoholika nur bis 21% (kein Superalkohol).
3. Keine „happy hours“ und keine anderen Angebote, die den Konsum von alkoholischen Getränken steigern sollen.
4. Den Besucher/inne/n des Festes steht Leitungswasser kostenlos zur Verfügung und es wird darauf hingewiesen.
5. Verantwortungsbewusster Ausschank: Das Ausschankpersonal animiert die Besucher/innen nicht zum Konsum von alkoholischen Getränken und ist während der Dienstzeit nicht betrunken. Der/die Lizenzinhaber/in informiert das Ausschankpersonal über die gesetzlichen Bestimmungen.
6. Wie vom Gesetz vorgesehen keine Verabreichung und kein Verkauf von alkoholischen Getränken an Minderjährige unter 16 Jahren und an Personen, die offensichtlich betrunken sind. Zudem dürfen Minderjährige keinen Alkohol ausschenken.
7. Transport: aufschlagen von Fahrplänen öffentlicher Verkehrsmittel, Shuttlediensten und Taxinummern. Bei Großveranstaltungen (z.B. Open Airs, Maturabälle, Zeltfeste) Taxi- bzw. Shuttledienst informieren bzw. organisieren.
8. Kooperation mit den Einsatzkräften (Feuerwehr, Rettungsdienst, Ordnungshüter).
9. Je nach Größe der Veranstaltung Organisation eines Sicherheitsdienstes oder freiwilliger Kräfte, die für die Sicherheit sorgen.
10. Angebot eines Rahmenprogramms (z.B. Kletterwand, Karaoke, Tischfußball, Zirkuseinlagen, Darts, „Ball-Zielwerfen“, Schätzspiele, Chillout-Ecke, Rodeo-Stier, Kinder-ecke, Hüpfburg, usw.).

I 10 punti per una “festa responsabile”

1. Scelta delle bevande e prezzi: offrire una vasta gamma di bevande analcoliche che costino almeno 1,00 euro in meno rispetto alla bevanda alcolica più economica.
2. Miscita di bevande alcoliche solo fino al 21% (nessun superalcolico).
3. Nessun "happy hours" e nessun'altra offerta, che potrebbe aumentare il consumo di bevande alcoliche.
4. Per i/le frequentatori/trici delle feste deve essere messa a disposizione acqua corrente gratuita e devono essere avvertiti dell'esistenza di questa offerta.
5. Miscita consapevole e responsabile: il personale addetto alla miscita non deve incoraggiare i/le visitatori/trici a consumare alcolici né essere ubriaco quando è in servizio. Il proprietario della licenza informa il proprio personale addetto alla miscita sulle disposizioni di legge.
6. Come previsto dalla legge non bisogna somministrare e vendere alcolici ai minori di 16 anni e a persone che sono visibilmente in stato di ebbrezza. Inoltre i minori non possono somministrare bevande alcoliche.
7. Trasporti: affiggere gli orari dei mezzi pubblici, servizi di bus navetta e i numeri dei taxi. Nelle grandi manifestazioni (p.e. Open Airs, balli di maturità, feste campestri) informare o organizzare servizi taxi o shuttle.
8. Cooperazione con vigili del fuoco, ambulanze, forze dell'ordine e vigilanza.
9. A seconda della grandezza della manifestazione è necessario organizzare un servizio di sicurezza o personale volontario che si preoccupi della sicurezza.
10. Offerta di un programma di contorno (p.e. parete per scalate, karaoke, calcio balilla, attività circensi, darts, gioco dei birilli, chill-out area, rodeo - toro, angolo per i bambini ecc.).



AUTONOME PROVINZ BOZEN SÜDTIROL
Autonome Provinz Südtirol



REGIONE AUTONOMA DEL VALLE D'AOSTA
Région Autonome Vallée d'Aoste



COMUNE DI...
Comune di...

Abb. 2: Die »10 Punkte für Feiern mit Niveau«; Quelle: Forum Prävention.



Abb. 3: Aufkleber zum Jugendschutz
Quelle: *Forum Prävention*.

dem Südtiroler Gemeindenverband im Auftrag des Ressorts für Familie, Gesundheit und Sozialwesen entwickelt. Neben Informationsmaterialien enthält es konkrete Maßnahmenvorschläge auf Gemeindeebene für Feste und Bälle (Beispiel einer Standardlizenz für Feste, Musterverordnung im Bereich Alkohol) sowie für den Jugendschutz. Interessierte und motivierte Gemeinden können sich beim „Forum Prävention“ melden, um das Kit von einem Präventionsmitarbeiter im Rahmen einer Gemeindeausschusssitzung überreicht zu bekommen. Etwas mehr als die Hälfte aller Gemeinden haben bis zum heutigen Zeitpunkt das „Gemeindekit“ erhalten (vgl. Abb. 1).

Die 10 Punkte und das Unterstützerlogo für „Feiern mit Niveau“ bieten den Gemeinden, aber auch engagierten Veranstaltern von Festen und Open-Airs die Möglichkeit, einen bewussten Umgang mit dem Thema Alkohol sichtbar umzu-

setzen. Die 10 Punkte sind gemeinsam mit zahlreichen Veranstaltern entwickelte „Minimal-Standards“, die leicht umsetzbar sind (vgl. Abb. 2). Dazu gehören etwa verbilligte nichtalkoholische Getränke, kostenloses Trinkwasser, Ausschank von Alkoholika nur bis 21 Alkoholprozent, Einhaltung des Jugendschutzes, Angebot eines Rahmenprogramms und die Organisation eines Security-Dienstes. Dahinter steht die Idee, dass es für eine qualitative Veränderung der Festkultur effektiv ist, wenn viele sich anschließen und die Kriterien umsetzen können. Mittlerweile kommt das Logo zu „Feiern mit Niveau“ auf vielen Plakaten von Festen, Festivals und Open-Airs zur Anwendung (vgl. Abb. 4, 5).

Neben den Regulierungsbemühungen auf normativer Ebene wurden in den letzten Jahren aber auch Projekte gestartet, die sich direkt im Nachtleben bewegen und mit den Personen in Beziehung treten. Dazu gehört das von der Caritas ins Leben gerufene Projekt „streetlive.bz“. Als mobile Interventionsform will „streetlive.bz“ anhand von Informationen und Materialien die Besucher von (Musik-)Veranstaltungen für die Thematik des Alkohol- und Drogenkonsums sensibilisieren. Im Mittelpunkt des Angebots stehen die Information und Aufklärung über die Gefahren und Risiken des legalen und illegalisierten Substanzkonsums, sexuell übertragbare Krankheiten, das Verhalten im Nachtleben und die Vorbeugung von Notfällen im Zusammenhang mit Alkohol- und Drogenkonsum. Der „Chill-out-Bereich“ von „streetlive.bz“ wird gut besucht. Die Jugendlichen kommen vorbei, trinken Wasser, essen Obst, erzählen über sich und ihre Wünsche – und sie hören zu. „Sie sind froh, dass sie reden können, ohne dass sie verurteilt werden. Unsere Aufgabe ist es, ihnen klar zu machen, dass sie für sich selber verantwortlich



Abb. 4: Unterstützer-Logo;
Quelle: *Forum Prävention*.



Abb. 5: Festival-Plakat mit Unterstützer-Logo; Quelle: *Forum Prävention*.

sind. Sie müssen auch verstehen, dass sie sich um ihre Freunde kümmern müssen, wenn jemand aus der Clique eine Droge eingenommen hat“, sagt Julian, ein Mitarbeiter des Projekts.

Eine weitere Initiative, die sich direkt ins Nachtleben hineinbewegt, ist das Projekt „Freunde der Nacht“ am Obstplatz in Bozen. Der Obstplatz ist eine Ausgehmeile in Bozen, auf dem es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Alkoholexzessen, Schlägereien und Zerstörungen gekommen war. Aufgeheizt von einer sensationsinteressierten medialen Berichterstattung war die öffentliche Verwaltung unter Handlungsdruck geraten. Die Forderungen reichten von permanenter nächtlicher Polizeipräsenz über Videoüberwachung bis zur Schließung der „lautesten“ Lokale und einem öffentlichen Trinkverbot. Anstelle einer repressiven Aktion wählten die politisch Verantwortlichen der Gemeinde aber eine präventive Strategie: Jeden Freitag und Samstag von 20:00 bis 02:00 Uhr nehmen nun Streetworker am Obstplatz an der Nachtszene teil. Im Mittelpunkt steht, neben dem aktiven Zuhören und der Informationsvermittlung, die Förderung eines moderaten Alkoholkonsums und die frühzeitige Deeskalation von Konflik-



Abb. 6: Projekt »streetlive« der Caritas als mobile Interventionsform;
Quelle: Caritas Diözese Bozen-Brixen.

ten. Die Streetworker haben einen telefonischen direkten Kontakt zur Einsatzzentrale der Polizei, um diese bei schwerwiegenden Gewaltsituationen rasch an Ort und Stelle zu haben. Andererseits lösen sich viele Konflikte aber auch durch die reine Präsenz und das Wissen über die Abläufe und Dynamiken des Platzes. Zudem finden einmal im Monat verschiedene spielerische und unterhaltsame Aktivitäten am Obstplatz statt, die die Platzbesucher einbeziehen. Zusätzlich kommen Mediationsaufgaben dazu, wie zum Beispiel die Vermittlung zwischen den einzelnen Interessensgruppen: Anwohner, Geschäftsinhaber und Obststandbesitzer. Seit Beginn des Projekts im Frühjahr 2013 sind die Problemsituationen und Klagen deutlich zurückgegangen.

Zu den personenorientierten Maßnahmen zählt des Weiteren der interaktive Alkoholarcours „All-cool“, ein universalpräventives Angebot für Schüler zwischen 13 und 18 Jahren, das von geschulten Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern im Jugendzentrum durchgeführt wird. Dieser Alkoholarcours ist in die Alkoholpräventionskampagne eingebunden und wird 2014 in elf Jugendzentren landesweit für Schulklassen angeboten. Er verfolgt die Zielsetzung, Sachinformationen zur Substanz Alkohol und ein erhöhtes Risikobewusstsein im Umgang mit Alkohol zu vermitteln. Dies erfolgt mittels mehrerer Methodenelemente: Einführung mit Kennenlernspiel, Wissensquiz, Diskussion zu Rausch und Risiko, Rauschparcours, Verkosten von alkoholfreien Getränken und ähnliches. Gleichzeitig werden durch das Projekt der Austausch zwischen der Schulwelt und der offenen Jugendarbeit gestärkt.

Der „Raiffeisen Maturaballwettbewerb“ richtet sich an alle 4. und 5. Klassen der Oberschulen des Landes. Die eingereichten Konzepte müssen einige wichtige Kriterien erfüllen, um eine niveaue Veranstaltung gewährleisten zu können. Dazu gehört die Einhaltung der „10 Punkte für Feiern mit Niveau“. Die eingereichten Maturaball-Konzepte werden von einer Jury nach Niveau und Kreativität bewertet. Die drei besten Konzepte werden vorgestellt und mit Geldpreisen prämiert. Seit 2014 wird auch versucht, so genannte „Schlüsselpersonen“, vor allem politisch Verantwortliche, für Patenschaften bei



Abb. 7: Projekt »Freunde der Nacht« am Obstplatz in Bozen;
Quelle: *Forum Prävention*.

den Maturabällen zu gewinnen, um für die Einhaltung der „10 Punkte für Feiern mit Niveau“ zu werben.

Das „Jugendprojekt Af Zack“ hingegen ist ein (alkoholfreies) Jugendsommer-Freizeitprojekt mit pädagogischen und präventiven Zielen. Es bietet Jugendlichen im Alter von 15-17 Jahren die Möglichkeit, in einem Selbstversorgerhaus als Gruppe wertvolle Lebenserfahrungen mit Gleichaltrigen aus ganz Südtirol zu machen. Durch das Zusammenleben und das Übernehmen von Verantwortung für sich selbst und für andere, werden Selbstvertrauen, Sozialkompetenz und die Persönlichkeit eines jeden gestärkt und gefördert. Ziele des Projekts sind die Begegnung und das Kennenlernen neuer Jugendlicher, die Auseinandersetzung und Stärkung von Identität und Selbstvertrauen, primäre Präventionsarbeit und Spaß. Oberstes Anliegen ist es, das Projekt mit den Jugendlichen zu gestalten, auf ihre Wünsche und Interessen einzugehen, sie in sämtliche Prozesse zu integrieren, ihnen Verantwortung zu übertragen, sie zu stützen und zu fördern. Die Präventionsarbeit fördert die Kritik- und Entscheidungsfähigkeit sowie die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen. Die Teilnehmer beschäftigen sich intensiv mit ihren Emotionen, trauen sich, Gefühle auf verschiedene Art auszudrücken und denken kritisch über den eigenen Alkoholkonsum bzw. ihr eigenes Rauschverhalten nach. Sie lernen Stressfaktoren frühzeitig zu erkennen und konstruktive Strategien, um diese zu bewältigen. Die Jugendlichen testen und reflektieren ihr Risikoverhalten und die Faktoren, die es beeinflussen. Sie lernen Risikomodelle kennen, erfahren Phänomene des Gruppenzwangs, diskutieren diese und hinterfragen sie kritisch.

Auch auf virtueller Ebene werden Sensibilisierungsiniciativen gesetzt. „Saufitirol- Alcol Adige?“ ist eine Facebook-Seite für Jugendliche zum Mitreden und „Mitvoten“. Das Prinzip dabei ist recht einfach: Sie bietet der jungen Generation die Möglichkeit, auf einer online-Plattform ihre Meinungen zum Thema Alkohol zu äußern und sich untereinander



Abb. 8: Jugendprojekt »af zack.« Alkoholfreie Sommerfreizeit in den Bergen;
Quelle: *Forum Prävention*.

auszutauschen. Durch regelmäßige Posts werden die User dazu aufgefordert, sich mit ihren Meinungen und Erfahrungen an den Diskussionen zu beteiligen und ihre Sicht der Dinge darzulegen. Gleichzeitig soll aber auch eine Dialogmöglichkeit zwischen den Generationen geschaffen werden. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen wie: „Geht es den Jungen nur ums Trinken bis zum Umfallen und den Erwachsenen ums Verbieten?“

Zudem werden die 15 bis 25-jährigen User bei einem anonymen Voting darüber befragt, welche Regeln sie für den Alkoholkonsum für richtig halten. Mittlerweile hat die entsprechende Facebook-Seite über 15.000 Fans.

Begleitet werden alle Initiativen von einem medialen „Campaigning“. Über ein gemeinsames Logo werden alle Initiativen zusammengeführt und gebündelt. Die Webseite „trinkenmitmass.it“ dient dabei nicht nur als Informationssammlung, sondern auch als Dokumentationszentrum, das die Langjährigkeit und Vielschichtigkeit der Alkoholpräventionsstrategie aufzeigt.¹¹

4. ERFAHRUNGEN UND RESÜMEE

Im Jahr 2014 wurde das gesamte Projekt evaluiert. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die Kampagne „trinkenmitmass“ bei fast zwei Dritteln der Südtiroler Bevölkerung bekannt ist. Durch die Diversifizierung der personenorientierten Maßnahmen und Projekte auf die verschiedenen Altersgruppen und einen breiten Einsatz der unterschiedlichen Medienträger ist es möglich, eine Vielzahl von Menschen mit Angeboten zu erreichen, die für sie annehmbar und sinnvoll sind. Dieser Ansatz für eine alkoholpräventive Arbeit er-

¹¹ Vgl. www.trinkenmitmass.it [30.10.2014].

möglichst es, beispielsweise politische Entscheidungsträger zu erreichen („Gemeindekit“, „Feste feiern mit Niveau“, Einbindung von Festveranstaltern) und junge Menschen für alkoholspezifische Themen zu sensibilisieren („All Cool“). Die Botschaften der Präventionskampagne erwiesen sich als leicht verständlich und werden von einer breiten Bevölkerungsmehrheit mitgetragen. Mit der eigentlichen Kernbotschaft „Maß halten beim Alkoholkonsum“ erklärten sich 95% der Befragten einverstanden.¹²

Als Leitsatz für alle Initiativen gilt zusammenfassend, dass Suchtrisiken nur dann begrenzt werden können, wenn die Zeiten und Räume von Jugendlichen durch Erfahrungen des Gebraucht-Werdens und des Sich-Einbringen-Könnens strukturiert werden, wenn es sinnvolle Aufgaben gibt, für die sie „voll da“ sein wollen und wenn es Situationen in ihren Bildungswegen gibt, die Erfolg und Anerkennung versprechen.¹³

12 Vgl. U. Becker, Evaluation der Präventionskampagne „Trinken mit Maß“. Hauptergebnisse einer empirischen Untersuchung, Bozen 2013.

13 Vgl. G. Stumpp/B. Stauber/H. Reinl, Einflussfaktoren, Motivation und Anreize zum Rauschtrinken bei Jugendlichen, Tübingen 2009.

DAS KONZEPT »DESIGN FÜR ALLE«

BEISPIEL: ALTSTADT PADERBORN

1. EINLEITUNG

„Vielfalt auf engem Raum – Grundbedingung von Urbanität im europäischen Sinne – muss kontextorientiert gestaltet werden, sollen Synergien und nicht Konflikte das Miteinander prägen. Daher gehen Architektur und *Access* eine immer engere Verbindung ein, je urbaner die Lebensverhältnisse werden.“¹

Die Altstädte entsprechen in ihrer heutigen Gestaltung häufig nicht mehr den Anforderungen der zunehmenden menschlichen Vielfalt seiner Bewohner und Besucher. Ein Grund dafür ist in dem immer noch idealisierten Gestaltungsparadigma vom „Standardmenschen“ zu sehen.² Die Erkenntnis, dass dieses Leitbild viele Nutzergruppen in ihrer Teilhabe an der gebauten Umwelt ausschließt (vgl. Abb. 1), setzt sich erst langsam durch.³

Hier ist ein grundlegender Paradigmenwechsel der Architektur und Stadtplanung nötig, in dem eine leichte Zugänglichkeit und Erlebbarkeit der städtischen Umwelt als strukturelle Herausforderung der europäischen Stadt erkannt wird: „Architektur wird als Ort, Hülle und Medium im Raum die passive Rolle ablegen und Zugang aktiv unter-

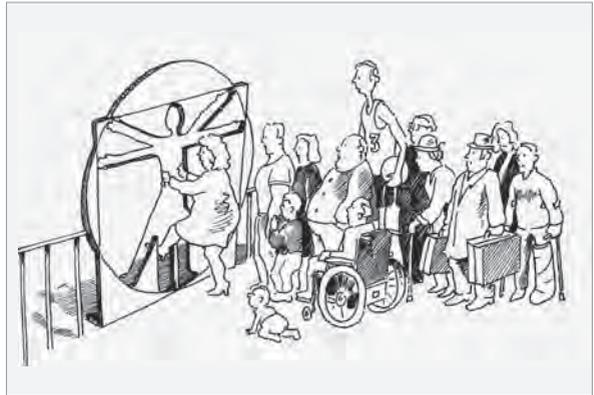


Abb. 1: Der Mensch ist das Maß aller Dinge; Quelle: V. Doose, *Lebenslaufwohnen. Ein Ratgeber mit Anregungen zum Bauen für Mobilitätsbehinderte*, Hamburg 1993, S. 41.

- 1 W. Christ, Einleitung, in: W. Christ (Hrsg.), *Access for All. Zugänge zur gebauten Umwelt*, Basel/Boston/Bonn 2009, S. 14. [Anmerkung: „Access“ kann ins Deutsche am besten mit „Zugänglichkeit“ übersetzt werden.]
- 2 Das Konzept des „Standardmenschen“ basiert auf der „Theorie des wohlgeformten Menschen“ des römischen Architekten und Autors Vitruv, auch bekannt durch Leonardo da Vincis Zeichnung „Der vitruvianische Mensch“.
- 3 Vgl. P. Neumann/M. Rebstock, *Stadtgestaltung im Wandel der Zeit*, in: *Stadt und Raum* 3 (2009), S. 120-122.

stützen müssen. Sie wird dann das Lernfeld des barrierefreien Bauen nutzen, um sich als eine *Architektur des Zugangs für Alle* [Hervorhebung i.O.] neu zu profilieren.“⁴

Das barrierefreie Bauen hat insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und einer immer älter und vielfältiger werdenden Gesellschaft stark an Bedeutung gewonnen. Während sich der Begriff „Barrierefreiheit“ ursprünglich vor allem auf Menschen mit Behinderungen bezog, hat sich mittlerweile eine weiter gefasste Definition durchgesetzt. Dies begründet sich in der Überlegung, dass eine große Gruppe von Menschen auf barrierefreie und komfortable Umwelt angewiesen ist oder doch zumindest deutlich von ihr profitiert.⁵ So ist Barrierefreiheit für etwa 10% der Bevölkerung unentbehrlich, für 40% notwendig und für 100% komfortabel und stellt damit ein Qualitätsmerkmal für sämtliche Lebensbereiche dar.⁶ In diesem Zusammenhang wird auch das Konzept des *Design für Alle* verwendet, das allerdings über den Ansatz der Barrierefreiheit (oder Zugänglichkeit) weit hinausgeht. Das Konzept steht dabei nicht im Widerspruch zur Definition der Barrierefreiheit, sondern berücksichtigt zusätzlich gestalterische und ästhetische Aspekte. Es erstreckt sich auch auf Umweltbereiche und Produkte, die von den einschlägigen Normen oder Richtlinien der Barrierefreiheit nicht betroffen sind.

2. DAS KONZEPT »DESIGN FÜR ALLE«

Design für Alle ist ein Konzept für die Planung und Gestaltung von Infrastruktur, Produkten und Dienstleistungen, mit dem Ziel, allen Menschen deren Nutzung ohne individuelle Anpassung oder besondere Assistenz zu ermöglichen. Konkret sind damit Lösungen gemeint, die besonders gebrauchsfreundlich und auch bei individuellen Anforderungen, z.B. aufgrund des Alters oder einer Behinderung, genutzt werden können.⁷

Das Konzept *Design für Alle* zielt darauf ab, Sonderlösungen zu vermeiden, die nur einer bestimmten Personengruppe gerecht werden. Stattdessen sollen möglichst alle Nutzergruppen angesprochen und damit Ergebnisse geschaffen werden, die von allen als komfortabel und attraktiv wahrgenommen werden. *Design für Alle* nimmt dabei eine Perspektive ein, die nicht von möglichen Defiziten oder Einschränkungen, sondern von der Vielfalt der Nutzer ausgeht, von Erweiterungen und Verbesserungen der Nutzung der

4 W. Christ (s. A 1), S. 10.

5 In diese Richtung zielt auch die in Deutschland am 26. März 2009 ratifizierte UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; vgl. www.behindertenbeauftragte.de/DE/Koordinierungsstelle/UNKonvention/UNKonvention_node.html [30.10.2014].

6 Vgl. P. Neumann/P. Reuber (Hrsg.), *Ökonomische Impulse eines barrierefreien Tourismus für Alle*. Langfassung einer Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (Münstersche Geographische Arbeiten 47), Münster 2004.

7 Vgl. P. Neumann/M. Knigge/K. Iffländer/S. Kesting, *Entwicklung handlungsleitender Kriterien für KMU zur Berücksichtigung des Konzepts Design für Alle in der Unternehmenspraxis*. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Münster/Hamburg 2014.

öffentlichen Infrastruktur, von Gebäuden, Informationen oder Dienstleistungen.⁸ Dabei spielt auch die Ästhetik und die Nutzerorientierung eine ganz wesentliche Rolle.

Die Idee des *Design für Alle* hat ihren Ursprung sowohl im skandinavischen Funktionalismus der 1950er Jahre als auch im ergonomischen Design der 1960er Jahre. Das in Deutschland etablierte Konzept der Barrierefreiheit bezog sich ursprünglich auf die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen am gesellschaftlichen Leben und wurde erst später auch auf andere Zielgruppen ausgedehnt.⁹ *Design für Alle* zielt dagegen von Anfang an auf eine Inklusion aller potenziellen Nutzer in Bezug auf die Gestaltung unserer Umwelt sowie die Teilnahme an wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Freizeitaktivitäten ab.¹⁰ Im Sinne des *Design für Alle* müssen folgende fünf Kriterien erfüllt sein, damit die gebaute Umwelt, Produkte und Dienstleistungen für möglichst alle Menschen nutzbar sind:¹¹

1. **Gebrauchsfreundlichkeit:** Die gebaute Umwelt, Produkte und Dienstleistungen sind so zu gestalten, dass sie leicht und sicher nutzbar, zugänglich und erlebbar sind. Damit Infrastruktur, Produkte und Dienstleistungen von einem möglichst großen Bevölkerungskreis leicht und komfortabel genutzt werden können, dürfen keine unverhältnismäßig großen körperlichen Anstrengungen und komplexen Bewegungen vorausgesetzt werden. Kraft, Motorik, Sinneswahrnehmung, Denkvermögen, individuelle Erfahrungen sowie der kulturelle Hintergrund möglichst vieler Nutzer sollten bei der Planung und Gestaltung berücksichtigt werden.
2. **Anpassbarkeit:** Die gebaute Umwelt, Produkte und Dienstleistungen sind so zu gestalten, dass unterschiedliche Nutzer sie an ihre individuellen Bedürfnisse anpassen können. Individuelle Einstellmöglichkeiten erleichtern unterschiedlichen Menschen den Umgang mit einem Produkt oder der Erlebbarkeit eines Gebäudes. So können eine veränderbare Höhe von Stühlen oder die Anpassung von Schriftgrößen auf einem Monitor den Nutzerkomfort maßgeblich erhöhen; im Falle von Einschränkungen machen sie eine Nutzung erst möglich. Auch im Bereich öffentlich zugänglicher Einrichtungen, wie z.B. Kirchen, Museen, Kinos oder Veranstaltungssälen führt erst eine Anpassbarkeit an die Nutzung individueller Bedürfnisse zu einer uneingeschränkten Erlebbarkeit (z.B. durch Einsatz von Induktionsschleifen oder FM-Anlagen für hörbehinderte Besucher).

8 Vgl. *EIDD – Design for All Europe*, Die EIDD-Deklaration von Stockholm, Stockholm 2004.

9 Neben Design für Alle und Barrierefreiheit existieren noch weitere Konzepte, die ähnliche Ziele verfolgen, wie „Universal Design“ (USA, Japan) oder „Inclusive Design“ (UK).

10 Vgl. R. Leidner/P. Neumann/M. Rebstock, Von Barrierefreiheit zum Design für Alle – Eine Einführung, in: R. Leidner/P. Neumann/M. Rebstock (Hrsg.), Von Barrierefreiheit zum Design für Alle – Erfahrungen aus Forschung und Praxis (Arbeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft Angewandte Geographie Münster 38), Münster 2009, S. 1-9.

11 Vgl. P. Neumann u.a. (s. A 7).

3. **Nutzerorientierung:** Nutzer und deren Perspektiven sind frühzeitig im Planungs- und Gestaltungsprozess zu berücksichtigen. Wer die Bedürfnisse potenzieller Nutzer kennt und sie rechtzeitig in die Planung und Gestaltung mit einbezieht, erspart sich kostspielige Planungsfehler – das gilt gerade auch im Bereich der Barrierefreiheit und des *Design für Alle*.¹² Der Fokus der Nutzerorientierung innerhalb einer Altstadt sollte nicht nur auf die Bewohner und Touristen, sondern auch auf andere Personengruppen gerichtet sein, wie z.B. Angestellte öffentlicher Einrichtungen oder des Einzelhandels und Gastgewerbes, Ordnungs- und Reinigungskräfte, Pflegedienstleister etc.
4. **Ästhetische Qualität:** Attraktive Infrastruktur, Produkte und Dienstleistungen verbessern die Chance, Alle zu erreichen. Attraktiv gestaltete Produkte, Gebäude oder Stadträume wecken Aufmerksamkeit und Begehrlichkeit. Maßgeblich dafür ist nicht nur die Erlebbarkeit, sondern auch eine qualitativ hochwertige Gestaltung, die Emotionen weckt. Auf diese Weise gelingt es, spezielle Anforderungen von Nutzern zu berücksichtigen und trotzdem Lösungen zu finden, die für Altstadtbewohner und -besucher gleichermaßen attraktiv sind und zudem eine hohe ästhetische urbane Qualität aufweisen.
5. **Marktorientierung:** Der Mehrwert für Alle ist herauszustellen. Die Anforderungen des Konzepts *Design für Alle* dürfen weder für die Kommune noch für die Nutzer Preistreiber werden. Zudem sollten Angebote, die im Sinne des *Design für Alle* gestaltet sind, nicht als stigmatisierende Sonderlösung, sondern als attraktiver Mehrwert verstanden werden.

3. »DESIGN FÜR ALLE« IN DER KOMMUNALEN PRAXIS – DAS BEISPIEL ALTSTADT PADERBORN

3.1 Handlungskonzept „Innenstadt für Alle“

Die ostwestfälische Stadt Paderborn hat die großen Potentiale einer Innenstadt, die für alle Nutzer komfortabel, attraktiv und sicher ist, erkannt und setzt konsequent auf ein strategisches Vorgehen auf dem Weg zu einer „Innenstadt für Alle“. So hat die Stadtverwaltung im Jahr 2010 das „Integrierte Handlungskonzept Innenstadt Paderborn“ aufgestellt.¹³ Darin formuliert sie das Ziel, lebenswerte Aspekte mit einem attraktiven Angebotsspektrum zu verbinden. Zum Erreichen dieses Leitbildes soll die Paderborner

12 Vgl. *Schweizerische Fachstelle für behindertengerechtes Bauen* (Hrsg.), *Hindernisfrei in Franken und Rappen: Wie viel kostet hindernisfreies Bauen in der Schweiz?*, Zürich 2004.

13 Vgl. *Stadtplanungsamt Paderborn*, *Integriertes Handlungskonzept Innenstadt Paderborn*, Paderborn 2010.

Innenstadt als Handels-, Versorgungs- und Dienstleistungszentrum der Stadt und der Region mit ihrer Nutzungsmischung und Nutzungsvielfalt einen entscheidenden Beitrag leisten. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung einer barrierefreien Gestaltung der Innenstadt von Paderborn mit den folgenden Schwerpunkten angestrebt:

- ▷ sichere und überschaubare Oberflächengestaltung,
- ▷ barrierefreie Gestaltung der Zugänge zu öffentlichen Einrichtungen,
- ▷ barrierefreie Gestaltung der Zugänge zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

In einem ersten Schritt wurde im Jahr 2012 ein externes Beratungsbüro mit der Erstellung eines Handlungskonzepts beauftragt. Das mittlerweile vorgelegte Konzept¹⁴ dient dazu, den handelnden Akteuren einen strategischen Wegweiser für das Thema Barrierefreiheit und *Design für Alle* in der Innenstadt von Paderborn an die Hand zu geben. Es soll dabei unterstützen, erforderliche Maßnahmen unter Berücksichtigung von finanziellen und personellen Ressourcen mit anderen Konzepten und daraus resultierenden Projekten oder Baumaßnahmen zu priorisieren und zu koordinieren.

Zunächst wurde in der Innenstadt von Paderborn mit Hilfe eines speziellen Erhebungsbogens, der auf Basis einschlägiger DIN, Fachberichte, *Design für Alle*-Kriterien und der langjährigen Erfahrungen des Beratungsbüros erarbeitet wurde, eine umfassende Zugänglichkeitsanalyse durchgeführt. Die Erhebungen umfassten die Oberflächengestaltung im öffentlichen Raum (Stadtmöblierung, Beleuchtung, Beschilderung etc.) und die Eingangsbereiche ausgewählter öffentlich zugänglicher Einrichtungen (z.B. Rathaus, Schulen, Kirchen, Tourist-Information).

Die Ergebnisse der Zugänglichkeitsanalyse und der sich daran anschließenden Stadtbegehungen mit unterschiedlichen Interessenvertretern (vgl. Abb. 2 u. 3) wurden in Form eines Defizitkatasters aufbereitet. Dieses beinhaltet in tabellarischer Form die erhobenen Barrieren und Schwächen im öffentlichen Raum der Paderborner Innenstadt und stellt sie für die weitere Bearbeitung übersichtlich dar.

Auf Grundlage des Defizitkatasters wurden strategische Lösungsansätze und Handlungsempfehlungen für den öffentlichen Raum der Innenstadt von Paderborn aufgezeigt. Ein wesentlicher Bestandteil der Handlungsempfehlungen ist die im Zuge der Zugänglichkeitsanalyse erfolgte Differenzierung nach niedriger, mittlerer und hoher Priorität. Dabei wurden auch Empfehlungen bezüglich der Betonung besonders wichtiger Wegeketten innerhalb des Altstadtbereichs ausgesprochen. Anhand der Priorisierung der Handlungsempfehlungen können nunmehr – unter dem nachhaltigen Einsatz der ver-

14 Vgl. *NeumannConsult*, Handlungskonzept Barrierefreie Innenstadt Paderborn, Münster 2013; S. *Carpinelli/E. Döring*, Handlungskonzept „Innenstadt für Alle! Paderborn blickt voraus“, in: *F. Aragall/P. Neumann/S. Sagramola*, Design für Alle erfolgreich umsetzen – von der Theorie zur Praxis. ECA 2013, hrsg. v. Design für Alle – Deutschland e.V. und der Fürst Donnersmarck Stiftung zu Berlin (FDST) Berlin/Münster 2013, S. 18-19.



Abb. 2, 3: Altstadtbegehungen mit verschiedenen Interessenvertretern; Fotos: NeumannConsult.

fügbaren finanziellen Ressourcen – schrittweise Defizite beseitigt und Synergieeffekte bei anstehenden Bauvorhaben genutzt werden.

Neben eher technisch-baulichen Empfehlungen wurden im Handlungskonzept auch sozial-kommunikative Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Dabei wurden unter anderem die Gründung eines Runden Tisches „Innenstadt für Alle“, das Einsetzen eines städtischen Koordinators, ein nachhaltiges Wissensmanagement und die Aktivierung potenzieller Stakeholder in der Innenstadt vorgeschlagen. Direkt nach Verabschiedung des Handlungskonzepts durch den Stadtrat wurde der Runde Tisch installiert, und erste abgestimmte Maßnahmen stehen schon kurz vor ihrer Umsetzung.

3.2 Vom Handlungskonzept zum vernetzten Handeln

Eine wichtige Bedingung für eine erfolgreiche Umsetzung des Handlungskonzeptes war die Implementierung eines innenstadtübergreifenden Wissensmanagements. Der Know-how-Transfer und Informationsaustausch erfolgt nicht nur vertikal innerhalb der Stadtverwaltung, sondern auch auf horizontaler Ebene im Rahmen von Vernetzungsaktivitäten, z.B. mit den „Eigentümern“ der Altstadt von Paderborn, zu denen auch das Erzbistum Paderborn gehört.¹⁵

Das Erzbistum Paderborn hat die Initiative „Innenstadt für Alle“ aufgegriffen und in einem ersten Schritt für drei ihrer zentralen Gebäude in der Altstadt von Paderborn (Dom, Kaiserpfalzmuseum und Diözesanmuseum; vgl. Abb. 4) durch ein externes Beratungsbüro Zugänglichkeitsanalysen und Handlungsempfehlungen ausarbeiten lassen.

¹⁵ Im Unterschied zu der Struktur der Eigentumsverhältnisse in anderen Altstädten im deutschsprachigen Raum zeichnet sich die von Paderborn durch wenige Einzeleigentümer großer Flächen anstatt einer Vielzahl von Eigentümer kleinerer Flächen aus. Zu den wichtigsten Einzeleigentümern gehört z.B. das Erzbistum Paderborn; vgl. *Stadtplanungsamt Paderborn* (s. A 13), S. 55 ff.



Abb. 4: Lage des Doms, des Diözesanmuseums (vorne links) und des Kaiserpfalzmuseums (links hinter dem Dom) in der Altstadt von Paderborn; Quelle: *Diözesanmuseum Paderborn, Wolfgang Noltenhans.*

Dabei waren die Herausforderungen im Erzbischöflichen Diözesanmuseum besonders groß. Das Gebäude wurde Ende der 1960er Jahre geplant und bis 1975 errichtet – eine Erbauungszeit, in der die Themen „Barrierefreiheit“ und *Design für Alle* noch kaum eine Rolle spielten. Demzufolge weist das Museum heute in diesen Bereichen große Defizite auf (vgl. Abb. 5 u. 6), die im Hinblick auf die gewandelten Anforderungsprofile (bedingt durch den demographischen Wandel, gesteigerte Besucherzahlen und den Ausbau des museumspädagogischen Programms etc.) inzwischen nicht mehr akzeptabel sind und bereits zu negativen Reaktionen der Besucher und in der Presse geführt haben.

Um eine nachhaltige Verbesserung der Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Erlebbarkeit des Museums und auch der beiden anderen Gebäude zu erzielen, wurden im Rahmen des Handlungskonzepts verschiedene Entwicklungsszenarien aufgezeigt, die nun genau geprüft und abgewogen werden müssen. Innerhalb der Szenarien wurden neben baulich-technischen Handlungsempfehlungen auch sozial-kommunikative Maßnahmen empfohlen. Dazu gehörten u.a. Weiterbildungsmaßnahmen des Personals zum Umgang mit Besuchern mit Mobilitäts- und Aktivitätseinschränkungen sowie aktuelle Ansätze im Themenfeld Barrierefreiheit und *Design für Alle*. Eine erste Qualifizierungsmaßnahme für die Mitarbeiter des Bauamts des Erzbistums ist inzwischen durchgeführt



Abb. 5, 6: Herausforderungen an die barrierefreie Zugänglichkeit des Diözesanmuseums Paderborn;
Quelle: NeumannConsult/Diözesanmuseum Paderborn, Wolfgang Noltenhans.

worden. Diese erfolgte in Form einer zweitägigen Inhouse-Schulung unter Beteiligung der Diözesanbaumeisterin, die sich das Thema von Anfang an zur Chefsache gemacht hat.

4. FAZIT UND AUSBLICK

Die besondere Anziehungskraft von Altstädten liegt häufig in einer spezifischen Atmosphäre, die durch die Vielfalt der Nutzer und Nutzungen auf engem Raum geprägt ist. Durch den demografischen Wandel haben sich die Anforderungen an die Altstädte jedoch geändert: Die Ansprüche an eine komfortable und konfliktfreie Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Erlebbarkeit der Infrastruktur sowie die Ansprüche nach Informationen und Dienstleistungen sind deutlich gestiegen.

Das Konzept *Design für Alle* bietet in diesem Zusammenhang tragfähige Instrumente, um diesen Ansprüchen Genüge zu tun. Die Herausforderungen sind dabei meist jedoch nicht nur auf rein baulich-gestalterische Aspekte zu begrenzen. Architektonische und städtebauliche Komponenten tragen genauso wie sozial-kommunikative Faktoren (z.B. eine zu geringe Sensibilisierung für das Themenfeld Barrierefreiheit / *Design für Alle*) zum Erfolg oder Misserfolg der Umsetzung von *Design für Alle* in Altstädten bei.

Insgesamt sind es sieben Erfolgsfaktoren, die die Umsetzung des Konzepts *Design für Alle* positiv beeinflussen.¹⁶ Die sieben Erfolgsfaktoren sind:

¹⁶ Vgl. P. Neumann u.a. (s. A 7); GfK Belgien/University of Surrey/NeumannConsult/ProAsolutions, Economic impact and travel patterns of accessible tourism in Europe. Eine Studie im Auftrag der EU-Kommission, Brüssel 2014; F. Aragall/P. Neumann/S. Sagromola (s. A 14).

1. *Bekanntnis der Entscheidungsträger: Das Thema zur Chefsache machen.*
2. *Koordination und Kontinuität: Jemand muss sich langfristig um das Thema kümmern.*
3. *Vernetzung und Beteiligung: Netzwerke nutzen, um gemeinsam mehr zu erreichen.*
4. *Strategische Planung: Design für Alle weitsichtig und umfassend denken.*
5. *Wissensmanagement und Qualifikation: Know-how erwerben, ausbauen und nutzen.*
6. *Optimierung der Ressourcen: Kosten und Nutzen im Blick haben.*
7. *Kommunikation und Marketing: Die Nutzer emotional ansprechen und begeistern.*

Die Kommunen, Leistungs- und Entscheidungsträger sollten sich bereits zu Beginn eines Planungs- und Gestaltungsprozesses dieser Faktoren vergegenwärtigen. Allerdings existiert kein „Königsweg“; vielmehr hängt der Erfolg in vielfacher Hinsicht von den Gegebenheiten vor Ort und den bereits geleisteten Vorarbeiten ab. Jeder der sieben Erfolgsfaktoren ist für sich genommen von Bedeutung, sie entfalten allerdings erst im Zusammenspiel eine große Wirkung. Das Beispiel Paderborn zeigt, dass ohne ein Engagement der Entscheidungsträger sowohl eine koordinierte und kontinuierliche Arbeit als auch die Bildung und Pflege eines nachhaltigen Wissensmanagements kaum möglich ist.

Um Prozesse auf dem Weg zur Verbesserung der Zugänglichkeit und Erlebbarkeit einer Altstadt nachhaltig zu fördern, ist eine strategische Herangehensweise besonders wichtig. Maxime aller kommunalen Aktivitäten sollte dabei die konsequente Vermeidung von Barrieren in allen Bereichen sein, anstatt diese zu einem späteren Zeitpunkt abbauen bzw. alternative Zugangsmöglichkeiten schaffen zu müssen. Nachträgliche Maßnahmen zur Verbesserung der Zugänglichkeit sind immer teurer und meist auch weniger stadtverträglich im Sinne einer urbanen Ästhetik.

AMBIVALENZEN IN STADTRÄUMEN

VERÄNDERUNGEN IN ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICHEN RÄUMEN ALS KONTINUIERLICHE HERAUSFORDERUNG

1. EINFÜHRUNG

Vor wenigen Jahren noch beschäftigte die Sorge vor zunehmender Verödung vieler Innenstädte und vor Verwahrlosung öffentlicher Räume die Disziplinen. Es wurde sogar befürchtet, dass mit zunehmender Bedeutung der digitalen Kommunikationsmittel die realen Stadträume an Relevanz verlieren würden, reale Begegnungen und Kommunikation in die virtuelle Sphäre verlegt würden. Obwohl diese Debatten nur wenige Jahre zurück liegen, erscheinen sie heute als längst vergangen. Ohne Frage unterscheiden sich urbane Strukturen je nach Kontext und Rahmenbedingungen sehr, aber über mangelnde Nutzung öffentlich zugänglicher Räume wird kaum mehr geklagt. Ganz im Gegenteil: Es kommen vermehrt Stimmen auf, die von Übernutzung öffentlich zugänglicher Räume sprechen, die über zunehmende Lärmbelastung und wachsende Instandhaltungskosten durch intensive Nutzung klagen oder sogar debattieren, ob Urbanität nicht sogar zur Zumutung geworden sei.

Wer die Auseinandersetzung um öffentliche Räume in unseren Städten verfolgt und aufmerksam durch Städte läuft, weiß, dass Stadträume sich kontinuierlich verändern und die begleitende Debatte gleichermaßen dynamisch ist. Was vor wenigen Jahren bejammert wurde, ist heute aus dem Fokus geraten und wird durch neue Befürchtungen abgelöst. Nicht selten werden dabei Einzelbeobachtungen generalisiert oder der Blick auf ausgewählte Raumtypen gelenkt und dabei die große Vielfalt und Unterschiedlichkeit von öffentlich zugänglichen Stadträumen außer Acht gelassen.

2. VIELFALT ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICHER RÄUME ANERKENNEN

In der Debatte, die über öffentlich zugängliche Räume, über deren Zustände und Nutzungsarten und deren Bedeutungen für die Städte sowie über Nutzerinnen und Nutzer geführt wird, verunklart die Vielfalt nicht selten den Gegenstand der Auseinandersetzung. Reden wir über neugestaltete innerstädtische Platzräume prosperierender Großstädte, über stadtbildprägende Rathaus- oder Kirchenvorplätze kleiner Altstädte oder über Freiräume, die im Kontext von Umnutzung und Strukturwandel neu erschlossene Areale gliedern? Die Aufzählung unterschiedlicher Räume, Typen, Lagen und Gestaltqualitäten

ließe sich unendlich fortsetzen. Allein wenn diejenigen Stadträume betrachtet werden, in denen Handels- und Marktfunktionen dominant sind, sind große Unterschiede zu finden: Der Platz um das Freiburger Münster hat zu Wochenmarktzeiten zum Beispiel kaum etwas gemein mit Einkaufsstraßen alter Ruhrgebietsstädte oder neu gestalteten Shopping Malls, die sich in vorhandene Stadtstrukturen einfügen. Nicht weniger groß ist die Vielfalt von Räumen, die der Bewegung vorbehalten sind. Auch hier sind große gestalterische Unterschiede zu finden: Wurden vor Jahren die Bahnhofsvorplätze vieler Städte neu gestaltet und zu einladenden Entrees verwandelt, so stehen neuerdings vermeintlich banale Straßenräume auf der Agenda von Gestaltern. So beweisen Projekte wie zum Beispiel der Rosenplatz in Osnabrück, dass Verkehrsräume trotz zahlreicher verkehrlicher Anforderungen auch qualitätsvolle Aufenthaltsräume sein können (vgl. Abb. 1).



Abb. 1: Verkehrsraum einmal anders: Rosenplatz, Osnabrück; Foto: *lad+*, Hannover.

Noch immer sind auch Grünräume in Innenstädten zu finden. Gerade ihnen wird attestiert, dass von ihnen wichtige Beiträge für Veränderungsprozesse ausgehen können. So sind in Kontexten des Strukturwandels wie beispielsweise dem Ruhrgebiet zahlreiche innovative Parkkonzepte realisiert worden, wie zum Beispiel der Bernepark in Bottrop oder der Gleispark in Essen-Frintrop. Auch im Agglomerationsraum Zürich wird die Gestaltung von grünen Freiräumen gezielt eingesetzt, um langfristige Stadtentwicklungsprozesse zu begleiten und sich verändernden Arealen frühzeitig Aufenthaltsqualität und Identität zu verleihen. Beispiele dafür sind nicht nur in Neu-Oerlikon mit dem Oerliker Park oder dem MFO Park zu finden, sondern auch in Zürich-West, wo u.a. auch der Gleispark mit der sukzessiven Entwicklung des Stadtteils wächst. Ungewöhnlicher als Neugestaltungen von alten Industrieflächen oder Brachen, die gezielt zum Strukturwandel beitragen sollen, muten Räume an, die von zivilgesellschaftlichen Gruppierungen in Grünräume verwandelt werden. Sie machen nicht nur aus ungenutzten, brachliegenden Grundstücken grüne Oasen, in denen Gemüse angebaut wird, sondern viele gemeinschaftliche



Abb. 2: Nachbarschaftsgarten Prachttomate, Berlin-Neukölln; Foto: *stadtforschen.de*.

Aktivitäten von Gärtnerinnen und Gärtnern strahlen so weit in die angrenzenden Quartiere, dass die Projekte von einer Berliner Gärtnerin als „Draußen-Stadtteilzentren“ bezeichnet werden (vgl. Abb. 2).

3. MULTIFUNKTIONALITÄT TUT NOT

Was sich in den urbanen Gemeinschaftsgärten aus der „Natur“ der Projekte als Orte verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteure, zahlreicher Ideen und ungewöhnlicher Gestaltung entwickelt hat, wird auch in anderen Projekten immer häufiger angestrebt: Es werden Räume geschaffen, die auf verschiedene Art neben- oder nacheinander genutzt werden können. Wer aufmerksam durch europäische Städte geht, registriert schon länger ungewöhnlich anmutende Nutzungsarten: In historischen Gartenanlagen, die früher kaum betreten worden wären, liegen die Menschen auf den Rasen und sonnen sich. Dies zeigt, dass sich Bedürfnisse von Menschen und deren Verhalten in öffentlichen Räumen verändert haben. Wer hätte früher Strände und Städte miteinander in Verbindung gebracht? Heute haben Städte wie Zürich und Paris Teile ihrer Uferfronten zugänglich gemacht und bieten inmitten der Stadt multifunktionale Erholungsräume, die früher nur in großer Entfernung zu finden waren (vgl. Abb. 3).

Diese Orte, die fast 24 Stunden am Tag zum Erholen, Bewegen, Spielen, Kommunizieren, Sonnenbaden und Feiern einladen, zeigen den großen Wert von Multifunktionalität. Folglich sind auch zahlreiche Freiraumprojekte darauf bedacht, unterschiedlichen Nutzungen Raum zu geben. Wie gut dies neben- und nacheinander funktioniert, beweist beispielsweise der sogenannte Schul-Straßen-Quartiersraum in Krefeld. Dort wurde auf bisher ungewöhnliche Weise ein zu klein gewordener Schulhof in den angrenzenden



Abb. 3: Naherholungszone Limmatufer, Zürich; Foto: *stadtforschen.de*.

Straßenraum hinein erweitert. Damit ist ein multifunktionaler Raum entstanden, der zu bestimmten Zeiten Pausenhof ist, der aber auch Quartiersplatz mit Spiel- und Sitzmöglichkeiten und zugleich verkehrsberuhigter Transitraum ist (vgl. Abb. 4). Von dieser Multifunktionalität profitieren alle, denn sie generiert Begegnungen unterschiedlicher Menschen, die andernorts selten in Kontakt kommen. Und dies sollte zentrales Anliegen öffentlich zugänglicher Räume bleiben: Raum zu bieten für Begegnungen von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Ethnien, Milieus und Schichten, Altersklassen und körperlicher Mobilitäten.

4. STADTRÄUME SIND »VERHANDLUNGSSACHE«

Nicht nur eine Vielzahl unterschiedlicher Nutzerinnen und Nutzer sind in öffentlich zugänglichen Räumen zu finden und in der Planung und Gestaltung der Räume zu beachten. Auch hinter den Kulissen von Stadträumen wirken zahlreiche Akteure, deren Interessen und Ressourcen bei der Entwicklung und Instandhaltung zu berücksichti-



Abb. 4: Schul-Straßen-Quartiersraum Corneliusstraße Krefeld; Foto: *DTP Landschaftsarchitekten*.

gen sind. Während es in der Fachdebatte lange Zeit so klang, als seien öffentlich zugängliche Räume immer auch „öffentliche“, unter Eigentums- und Verfügungsrecht der Kommune stehende Räume, hat das an der RWTH Aachen durchgeführte und von der DFG finanzierte Forschungsprojekt „STARS – Stadträume in Spannungsfeldern. Plätze, Parks und Promenaden im Schnittbereich öffentlicher und privater Aktivitäten“ etwas anderes deutlich gemacht.¹ Das Spektrum von Akteuren, das die Entwicklung und Instandhaltung von Stadträumen (mit)prägt, ist breit: Zunächst sind es die kommunalen Planer aus der Verwaltung, insbesondere aus Planungs-, Grünflächen- und Tiefbauämtern. Sie bringen ihre jeweilige fachliche Sichtweise ein, die von Amt zu Amt durchaus divergieren kann. Schon das Zusammenspiel dieser unterschiedlichen kommunalen Akteure ist nicht immer leicht und unkompliziert. In den meisten Fällen sind die kom-

1 Mehr Informationen zum Forschungsprojekt STARS vgl. *U. Berding/A.Havemann/J. Pegels/B. Penrethaler* (Hrsg.), *Stadträume in Spannungsfeldern. Plätze, Parks und Promenaden im Schnittbereich öffentlicher und privater Aktivitäten*, Aachen/Dortmund 2010.

munalen Akteure jedoch nicht unter sich, sondern müssen sich mit nicht-kommunalen Akteuren arrangieren. Auch hier ist zu differenzieren: So gibt es „öffentliche“ Akteure jenseits der kommunalen Ebene, wie beispielsweise Landes- oder Bundesbehörden, die Ziele verfolgen, die sich mitunter von denen der kommunalen Abteilungen sehr deutlich unterscheiden. Aus städtischer Sicht sind diese Akteure oft genauso „extern“ wie private Unternehmen oder Einzelpersonen. Überdies gibt es Akteure, die zwar am Markt agieren, aber (auch) städtische Interessen verfolgen oder kommunale Bezüge aufweisen, wie z.B. städtische Grundstücksgesellschaften. Schließlich sind oft auch „intermediäre“ Akteure beteiligt, die sich „zwischen Markt und Staat“ bewegen; zu ihnen zählen unter anderem gemeinnützige Vereine, Hochschulen, Kirchen oder bürgerschaftliche Initiativen.

Diese Bandbreite von Akteuren prägt die Nutzung, Gestaltung und Entwicklung öffentlich zugänglicher Räume. Das Maß und die Art der Einflussnahme unterscheiden sich von Raum zu Raum. So können Akteure bestimmte Rechte an einen Raum haben, sie sind Eigentümer einer Fläche oder verfügen über Nutzungs- oder Gehrechte. Damit obliegt ihnen aber nicht die gesamte Verfügungsgewalt. Es können durchaus weitere Akteure involviert sein, die den Raum „regulieren“ und so bestimmen, auf welche Weise und von wem er genutzt werden darf oder wer für Sicherheit vor Ort sorgt. Diese für die Regulierung eines Raums zuständigen Akteure müssen nicht zwingend Eigentümer sein. Sind die Eigentümer oder diejenigen identifiziert, die einen Raum „regulieren“, bleibt noch zu klären, wer für den baulichen Zustand und das gestalterische Erscheinungsbild verantwortlich ist: Wer „produziert“ den Raum? Wer baut ihn, hält ihn instand und pflegt ihn? Hier können wiederum weitere Akteure Einfluss nehmen. Blickt man auf diese differenzierte Weise hinter die Kulissen öffentlich nutzbarer Räume, stellt man fest, dass jeder Stadtraum einen spezifischen „Fingerabdruck“, ein eigenes Akteursprofil hat. Diese Komplexität und die Überlagerung von Verantwortlichkeiten und Einflüssen machen den Umgang mit Stadträumen nicht einfach. Vielmehr wird jeder Entwicklungs- und Auseinandersetzungsprozess zu einer „Verhandlungssache“, die sorgfältiger und frühzeitiger Kommunikation und Koordinierung bedarf.

5. EXPERIMENTE UND EXPERIMENTELLE PHASEN ERLAUBEN

Offenheit und Mut zum Erproben und Experimentieren werden im Umgang mit Stadträumen immer wichtiger, um in einem sich ständig ändernden Umfeld zu neuen Konzepten jenseits der Routinen zu gelangen. Nicht selten sind es Aufsehen erregende Aktionen oder temporäre Interventionen, die zeigen, welche anderen als bisher erprobten Nutzungsarten denkbar sind. So engagieren sich beispielsweise die *urbanauten* in München dafür, einen Straßenraum entlang der Isar wieder in einen Fußgängerboulevard zu verwandeln. Natürlich erscheint dieser Eingriff, die Einschränkung des motorisierten Verkehrs zugunsten der Fußgänger im Gefüge dieser dichten Stadt als unmöglich.



Abb. 5: Auf dem Weg zum Isarboulevard: Unter anderen unterstützte die OB-Kandidatin der Grünen die *urbanauten* und demonstrierte gemeinsam mit ihnen für die Einschränkung des Verkehrs; Foto: die *urbanauten*, München.

Die *urbanauten* aber bleiben hartnäckig: Mit Straßenfestivitäten, besonderen Aktionen und eigens dafür beantragten temporären Sperrungen haben sie es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, einen „Isar-Boulevard“ zumindest zeitweilig erleben zu dürfen. Die dauerhafte Verkehrsberuhigung bleibt weiterhin ein Ziel, wofür Unterstützung durch verschiedene, einflussreiche Akteure bereits gewonnen werden konnte (vgl. Abb. 5).

Mit den bisherigen temporären Aktionen haben die *urbanauten* nicht nur scheinbar Unmögliches möglich gemacht, sondern vor allem einen Diskussions- und Umdenkprozess angeregt, der nachhallt.

Ähnlich nachhallende Wirkung haben diejenigen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen erzielt, die brachliegende Räume inmitten von Quartieren in urbane Gärten verwandelt haben. Nicht selten mussten sie zahlreiche Widerstände überwinden, um überhaupt ein brachliegendes Gelände gärtnerisch erschließen zu dürfen. Oftmals werden sie dabei eher stillschweigend toleriert als mit langfristigen Nutzungsperspektiven honoriert. Auch in diesen Projekten ist es beharrlichen Idealisten zu verdanken, dass Umdenkprozesse in Gang kommen und diese neue Form von Freiraumnutzung und -aneignung öffentliche Anerkennung findet. Erst nachdem in Deutschland viele hundert urbane Gartenprojekte entwickelt und deren Beiträge zur Quartiersentwicklung als positiv eingeschätzt worden sind, beginnt nun eine Debatte darüber, ob und wie diese Orte unterstützt und vielleicht sogar von öffentlicher Hand gefördert werden können.

6. AMBIVALENZEN ALS HERAUSFORDERUNGEN

Obwohl Plätze, Parks und Promenaden bei den meisten Bürgerinnen und Bürgern sowie Fachleuten klare Bilder evozieren und als Kontinuum städtischer Strukturen gesehen werden, sind sie Orte, an denen sich zahlreiche gesellschaftliche Veränderungen manifestieren. Um diesen Veränderungen ausreichend Raum zu geben, bedarf es großer Offenheit und Toleranz. Im UN Habitat Global Report on Human Settlements wurde dahin gehend schon 2011 gefordert, dass Stadtentwicklungspolitik ein Bewusstsein für die Erwartungen und Präferenzen vor Ort, für das dortige Wissen zu Bedürfnissen und Möglichkeiten, für die lokalen Wirklichkeiten als Grundlage von Entscheidungen sowie das Innovationspotenzial vor Ort entwickeln soll.²

Dieses Credo sollte auch die Planung und den Umgang mit öffentlichen Stadträumen leiten: Wir brauchen eine Offenheit für die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, Kenntnisse über die lokalen Akteure und deren lang- und kurzfristigen Beiträge zur Entwicklung von Stadträumen, sowie Mut für Innovationen. Auf dieser Basis können dann neue, den sich wandelnden Rahmenbedingungen angepasste Strategien zur Entwicklung, Instandhaltung und Nutzung öffentlicher Räume entwickelt werden. Dass dieser Weg einer Suche gleicht, beweisen Blicke ins Ausland: Besonders eindrucksvoll ist beispielsweise die Experimentierfreude von New York City. Die Stadt hat es gewagt, an einem ihrer verkehrsreichsten Straßenkreuzungen, dem Times Square, dem Verkehr Platz für Fußgänger abzurufen und eine zuvor undenkbare Situation zu erproben. Heute gilt der Times Square als Vorbild, und an zahlreichen weiteren Kreuzungen wurde den Fußgängern zulasten des motorisierten Verkehrs mehr Platz gegeben. Der öffentlich zugängliche Raum ist ein dynamischer Raum, der die stadtplanenden und -gestaltenden Disziplinen immer wieder vor Herausforderungen stellt. Sie anzunehmen und Neues zu wagen, verspricht dauerhaft lebendige und von allen Menschen geschätzte Räume zu schaffen.

2 UN Habitat, Cities and Climate Change. Global Report on Human Settlements, London 2011, Introduction.

AUTORINNEN/AUTOREN

Prof. Dr. Max Hermanutz

Studium der Psychologie und Biologie; Promotion (Dr. rer. soc.) 1983; 1976-1983 Tätigkeiten als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachgruppe Klinische Psychologie an der Universität Konstanz und im Zentrum für Psychiatrie, Konstanz-Reichenau; 1983-1987 Angestellter im Vinzenz von Paul Hospital, Rottweil – Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Neurologie; 1987 Ernennung zum Professor an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen; Mitglied der Arbeitsgruppe „Lebenswerte öffentliche Räume“ am Innenministerium Baden-Württemberg 2013/14.

Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba

Professor für Europäische Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsschwerpunkte vor allem in den Bereichen der Kultur- und Alltagsgeschichte der europäischen Moderne, der volkskundlich-ethnologischen Fachgeschichte, der Stadt- und Metropolenforschung sowie der Europäischen Nations- und Ethnizitätsforschung. Neben zahlreichen Buchveröffentlichungen zur Alltagsgeschichte und Volkskultur ist er unter anderem Mitherausgeber der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“.

Dr. Peter Koler

Studium der Psychologie und Erziehungswissenschaften; Dissertation zum Dr. phil. an der Fakultät Erziehungswissenschaften der TU Dres-

den; 1993-2001 als klinischer Psychologe im Dienst für Abhängigkeitserkrankungen in Bozen tätig. Seit 2001 Leiter der Fachstelle für Suchtprävention und Gesundheitsförderung „Forum Prävention“ in Bozen; seit 2007 zusätzlich verantwortlicher Direktor der Fachstelle für Essstörungen „Infes“ in Bozen. Lehrbeauftragter an der Freien Universität Bozen und der Pädagogischen Hochschule Oberösterreich.

Prof. Dr. Peter Neumann

Studium der Diplom-Geographie mit den Nebenfächern Verwaltung und Raumplanung, Politikwissenschaften und Städtebau in Münster; 2002 Gründung des Beratungsunternehmens „NeumannConsult“ in Münster mit den Schwerpunkten Stadt- und Regionalentwicklung, Tourismusberatung, Barrierefreiheit und „Design für Alle“. Professur für Tourismuswirtschaft an der IUBH – Internationale Hochschule Bad Honnef.

Dr. Juliane von Hagen

Studium der Architektur an der RWTH Aachen und der Columbia University New York; Promotion (Dr.-Ing.) 2005; 2007-2011 wiss. Mitarbeiterin an der RWTH Aachen; seit 2011 Büro für Stadtforschung, Entwicklung, Kommunikation „Praxis stadtforschen.de“ in Essen; 2013 Lehrauftrag für Stadtplanung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; 2014 Vertretungsprofessur für Stadt- und Regionalplanung an der Universität Kassel.

*Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung DASL –
Ausschuss Städtebau*

STÄDTE IN DEUTSCHLAND 2030: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR STADTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU

POSITIONSPAPIER

Der Ausschuss Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung hat den Regierungswechsel im Herbst 2013 zum Anlass einer erneuten Standortbestimmung genommen. Das Papier beschreibt Kontinuitäten, Chancen und Herausforderungen zukünftiger Stadtentwicklung und formuliert Empfehlungen für politische Rahmensetzungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für einen Zeithorizont bis etwa 2030.¹ Dabei hat sich der Ausschuss von folgenden Fragen leiten lassen: Wie haben sich die Probleme und Aufgaben seit der Jahrtausendwende geändert? Gelten weiterhin die Ziele, Konzepte und Instrumente, die in den letzten Jahrzehnten für richtig und wichtig gehalten wurden? In

1 Der Text fußt auf der Arbeit des Ausschusses Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung. Dem Ausschuss gehören an: Andreas Garkisch, Andrea Haase, Johann Jessen, Michael Koch, Michael von der Mühlen, Stephan Reiß-Schmidt, Wolfgang Roters, Hermann Saitz, Julian Wékel (Vorsitz) und Kornelia Zuschke. Das Positionspapier wurde von Johann Jessen, Stephan Reiß-Schmidt und Julian Wékel verfasst. In das Papier sind zahlreiche wertvolle Kommentare zu früheren Fassungen eingeflossen, um die der Ausschuss einige Mitglieder der Akademie gebeten hat. Dank gilt vor allem Gerd Albers, Klaus J. Beckmann, Eberhard von Einem, Ulrich Hatzfeld, Michael von der Mühlen, Martin zur Nedden, Christa Reicher, Erika Spiegel, Christiane Thalgott und Irene Wiese-von Ofen.

welche Richtung und mit welchen Konsequenzen werden sich die Handlungsschwerpunkte verlagern müssen?

1. STADTENTWICKLUNG SEIT DER JAHRTAUSENDWENDE

Nach Jahrzehnten nahezu ununterbrochenen Wachstums, gefolgt von Wiedervereinigung und Aufbau Ost, sehen sich die Städte in Deutschland aktuell sehr unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Entwicklungsbedingungen, Perspektiven und Herausforderungen gegenüber. Globalisierung, Europäische Integration, der „Siegzug“ der Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft, demographischer Wandel, Bevölkerungswachstum und soziale und kulturelle Polarisierung, Metropolisierung sowie die ökologischen Herausforderungen der Ressourcenverknappung und des Klimawandels bildeten den Rahmen räumlicher Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte. Als nationale Besonderheit kamen für die Städte die Folgen der Wiedervereinigung hinzu, die sie nach 1990 mit demographischen und wirtschaftlichen Verlagerungs- und Schrumpfungprozessen sowie sozioräumlichen Polarisierungen in einem zuvor unbekanntem Ausmaß konfrontiert haben. Hier ist durch die gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden Erhebliches geleistet worden: der Auf- und Ausbau der Infrastruktur und die Erneuerung der historischen Zentren und

Stadtquartiere in den ostdeutschen Bundesländern nach der Wiedervereinigung, die Entwicklung und Umsetzung von Strategien des Stadtbauens in schrumpfenden Stadtregionen oder die Stabilisierung von Problemquartieren im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“.

Die veränderte Situation eröffnet neue Chancen, enthält aber auch vielfältige Risiken für die Stadt- und Regionalentwicklung in Deutschland und Europa. In den letzten Jahren sind die direkten und indirekten Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise und der Euro-Krise dominant hinzu gekommen: der sprunghafte Anstieg der Zuwanderung vor allem aus den süd- und osteuropäischen Ländern, die Überhitzung der Immobilienmärkte durch „vagabundierendes“ internationales Anlagekapital und der akute Wohnungsmangel in den Metropolen, der zu einer neuen Diskussion über den geförderten Wohnungsbau geführt hat. Katastrophen wie in Fukushima und New Orleans haben die Verletzlichkeit moderner Stadtgesellschaften gezeigt. Anpassung an den Klimawandel und Energiewende sind auch in den Fokus des Städtebaus gerückt. Neben dem Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung gewinnt das Prinzip der Resilienz, der Widerstandsfähigkeit urbaner Systeme, an Bedeutung. Gleichzeitig stößt der Ausbau großer Infrastrukturprojekte auf große Vorbehalte in der Bevölkerung. Heftig umstrittene Großvorhaben haben eine breite Diskussion über neue Formen der direkten Teilhabe der Bürger auch an übergeordneten raumrelevanten Entscheidungen angestoßen.

2. ZUKÜNFTIGE ANFORDERUNGEN UND AUFGABEN

Auch in Zukunft wird es um eine nachhaltige Entwicklung von Stadtregionen, um die Stärkung der europäischen Stadt und des polyzentrischen Städtensystems gehen. Allerdings werden sich die Planungsaufgaben in den Städten weiter ausdifferenzieren: In den Städten der Wachstumsregionen stehen derzeit städtebauliche Großvorhaben zur Deckung des Wohnungsbedarfs und des weiteren Infrastrukturausbaus an, in der Mehrzahl

der Groß- und Mittelstädte sind dagegen eher die „Mühen der Ebene“ zu bewältigen, die sich aus stagnierenden oder abnehmenden Einwohnerzahlen ergeben.

Wachsende und schrumpfende Regionen:

Die Schere zwischen wenigen Wachstumspolen und einer größeren Mehrheit stagnierender Räume hat sich weiter geöffnet. Wachstum konzentriert sich auf prosperierende Großstadtregionen wie Berlin, Hamburg, München, Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart, Dresden und Leipzig, auf einige mittlere Großstädte wie Aachen, Erfurt, Potsdam, Münster, Heidelberg, Freiburg, Jena sowie auf wenige ländliche Räume (z.B. Bodensee-Oberschwaben, Ostwestfalen-Lippe, Emsland etc.).

Zentral ist die Polarisierung der regionalen Arbeitsmärkte, auf denen Qualifikationsprofile, Kompetenzen, Wissen und Kreativität der Arbeitnehmer extrem ungleich verteilt sind und die über Binnenwanderungen immer weiter auseinanderdriften. Stadtregionen mit geringer Innovationskraft sind immer weniger in der Lage, den Verlust an industriellen und einfachen Dienstleistungsarbeitsplätzen durch Ansiedlung neuer, vorrangig wissensintensiver Unternehmen zu kompensieren. Hochqualifizierte Arbeitskräfte sammeln sich vorzugsweise in Standorten mit hohen Kultur-, Wohn- und Freizeitwerten. Aber auch dort ist der Arbeitsmarkt gespalten – mit einer wachsenden Zahl junger, gut ausgebildeter Menschen in prekären und fragmentierten Arbeitsverhältnissen.

Länder mit noch starkem und konkurrenzfähigem Industriebesatz wie Deutschland konnten sich besser in der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise behaupten als andere westliche Volkswirtschaften, in denen die Deindustrialisierung sehr viel weiter fortgeschritten ist. Es wird eine wichtige Aufgabe der Städte und Gemeinden bleiben, ihre Industriestandorte zu halten und auch zukünftig Infrastruktur und Flächen für hochwertige Produktionsstandorte bereitzustellen. Eine besondere Aufgabe stellt hier die Erneuerung der Industrie- und Gewerbegebiete der Nachkriegsjahrzehnte dar.

Sozialräumliche Polarisierung – Ausgleich und Integration:

Die Schere zwischen einkommensschwachen und einkommensstarken Bevölkerungsschichten reißt immer weiter auf; die sozialräumliche Polarisierung in den Städten nimmt zu. Wachsende soziale Ungleichheit und kulturelle Differenzierung bilden sich als teils erzwungene, teils freiwillige soziale und ethnische Segregation in den Stadtquartieren ab. Die EU-Erweiterung bzw. die Eurokrise haben die Migrantenströme aus den Mitgliedstaaten Süd- und Osteuropas wieder anschwellen lassen. Dies verstärkt vor allem in den prosperierenden Metropolregionen die sozialräumliche Polarisierung. Die Städte selbst können diese Zuwanderung nicht beeinflussen, sind aber mit deren Folgen unmittelbar konfrontiert.

Es bleibt eine wichtige stadtpolitische Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu stützen, die Integration von Migranten zu erleichtern und benachteiligte Stadtquartiere zu stabilisieren. Die integrierten Strategien, die im Rahmen des Programms „Die soziale Stadt“ in den vergangenen 15 Jahren entwickelt und verfeinert wurden, bleiben unvermindert aktuell.

Reurbanisierung – angespannte Wohnungsmärkte:

Seit einem Jahrzehnt wächst in der Mehrheit der Großstadtreionen die Zahl der Bewohner in der Kernstadt stärker als im Umland und in der Innenstadt stärker als in den Randbezirken. Dies gilt sowohl für stagnierende wie für wachsende Großstadtreionen. Die Gründe für die Wiederinwertsetzung zentraler Lagen sind vielfältig: veränderte Wohnpräferenzen, steigende Zahl der Studierenden und Berufseinsteiger, Expansion des Kreativsektors, innerstädtische Stadtbauvorhaben mit hohen Wohnanteilen und anderes mehr. Die Reurbanisierung eröffnet vielfältige neue Chancen für die Städte. In den Wachstumsregionen zeigen sich aber auch deren Schattenseiten: Wohnungsmangel, steigende Immobilien- und Mietpreise und heftige kommunalpolitische Konflikte über Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung).

Bei der Aufwertung innerstädtischer Quartiere ist eine Balance zu finden zwischen der notwendigen Modernisierung und energetischen Ertüchtigung des Bestands, der wachsenden Nachfrage zahlungskräftiger privater Haushalte nach innerstädtischem Wohneigentum und der Sicherung preiswerter Mietwohnungen. Gefordert sind neue sozial orientierte wohnungspolitische Konzepte für den Erhalt und die Erweiterung des sozialgebundenen Wohnungsbestands. Dabei geht es nicht nur um eine Wiederbelebung des klassischen geförderten Wohnungsbaus, sondern auch um die Förderung von Genossenschaften und Baugemeinschaften.

Räumliche Schwerpunkte der Innenentwicklung – neue Flächenpotenziale:

In den vergangenen Jahrzehnten sind die meisten aufgegebenen zentralen Industrie-, Bahn-, Hafen- und Militärfächen überplant und größtenteils auch bebaut worden. In einigen Städten haben die Bundeswehrreform und der Abzug von US-Streitkräften aktuell eine zweite Konversionswelle ausgelöst. Dadurch wurden weitere erhebliche Flächen frei, die allerdings oft außerhalb des Siedlungszusammenhangs liegen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln schwer erschließbar sind.

Generell gilt weiterhin der Vorrang von Innenentwicklung vor Außenentwicklung. An die Stelle der Umnutzung großflächiger Brachen tritt zunehmend die kleinteilige, parzellen- und blockbezogene Erneuerung von Beständen. Die räumlichen Schwerpunkte der Transformationen werden sich noch stärker auf die Bausubstanz der Nachkriegsjahrzehnte verlagern. Neue Gebietskulissen des Umbaus und der Erneuerung werden nicht nur die Wohnsiedlungen dieser Jahre einschließlich der „alternden Einfamilienhaussiedlungen“, sondern auch die „Bürostandorte“ und „Gewerbegebiete“ sein.

Bei den Wohnsiedlungen geht es um Modernisierung, Ersatzneubau und Nachverdichtung „mit Augenmaß“. Die Wohnungsbestände sind energetisch zu ertüchtigen und an die veränderten Nachfragen (z.B. nach alters- und serviceorientierten

Wohnformen) anzupassen. Für erschlossene und attraktiv gelegene Bürobauten älterer Jahrgänge wird zumindest in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt eine Umnutzung zum Wohnen oder für Infrastruktur (Bildungs- und Sozialeinrichtungen) eine immer häufigere Option. Um weitere Flächenpotenziale der Innenentwicklung zu aktivieren, wird künftig ein deutlich höherer Planungs-, Management- und Aufbereitungsaufwand erforderlich sein. In einigen wachsenden Großstädten wird die Strategie der Innenentwicklung und des Stadtumbaus allein nicht ausreichen, um den zukünftigen Wohnungsbedarf zu decken. Hier steht mancherorts heute schon der Bau neuer Wohnquartiere als Stadterweiterung auf der „grünen Wiese“ auf der Agenda.

Neubewertung der ästhetischen Dimension der Stadt:

Die populäre Rekonstruktion historischer Bauwerke, Proteste gegen Hochhäuser, die vertraute Stadtsilhouetten beeinträchtigen, und eine Welle bürgerschaftlicher Initiativen zu Fragen von lokaler Identität und Baukultur zeigen, wie wichtig vielen Bürgern das Erscheinungsbild ihrer Stadt ist und welches Engagement sie hierfür aufzubringen bereit sind.

Zukünftige städtebauliche Konzepte haben dem Rechnung zu tragen und Vorstellungen der Bürger stärker aufzunehmen. Wichtige stadtbildprägende Projekte sollten unmittelbar aus dem jeweiligen lokalen Kontext entwickelt werden, stadtgeschichtliche Bezüge aufnehmen und einen engeren Bezug zu den tradierten Raumbildern der Bürger suchen, ohne auf historische Imitate zu verfallen.

Kommunale Infrastruktur im Umbruch:

Die beiden letzten Jahrzehnte standen im Zeichen der Privatisierung öffentlicher Infrastruktur (Bahn, Post), des Verkaufs von Wohnungsbeständen städtischer bzw. staatlicher, einst gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften an internationale Fonds sowie des *cross-border-leasing* städtischer Infrastruktur. Bei der Projekt-

entwicklung erlangten Kooperationen zwischen öffentlichen und Akteuren der Privatwirtschaft (PPP) stetig wachsende Bedeutung. Insbesondere finanziell schwache Städte gerieten so – teils erzwungen, teils selbst verschuldet – in die Abhängigkeit international agierender Investoren ohne örtlichen Bezug und setzten sich so kaum beherrschbaren politischen und wirtschaftlichen Risiken aus. All dies hat die Handlungs- und Gestaltungsspielräume der Kommunen eingeengt.

Vor allem in Städten mit rückläufigen Bevölkerungszahlen wurden in den letzten Jahren die Auswirkungen des demographischen Wandels und der Verlust an Wirtschaftskraft für die infrastrukturelle Ausstattung der Kommunen spürbar. Zahlreiche Kindergärten und Schulen mussten geschlossen werden, weil Kinder und Jugendliche fehlen. Gleichzeitig sind Versorgungslücken bei Einrichtungen für alte Menschen entstanden. Unterhalts- und Betriebskosten sind gestiegen. Dies zwingt die Kommunen, ihre Leistungsangebote, Ausstattungsstandards und Standorte der technischen und sozialen Infrastruktur auf den Prüfstand zu stellen. Hier sind innovative Lösungen gesucht, die investive und nicht investive Strategien verbinden: neue Nutzungsprogramme, Organisations- und Betriebsformen, oft mit vergrößerten Einzugsbereichen, die in Städten stadtteilübergreifende und in ländlichen Bereichen gemeindeübergreifende Konzepte erfordern. Virtuelle bzw. digitale Dienste werden mancherorts Präsenzdienstleistungen ergänzen und die weiteren Wege kompensieren müssen.

Hinzu kommt der enorme Instandsetzungs- und Modernisierungs- und Ersatzbedarf, der sich in den letzten Jahren aufgebaut hat. Die meisten der heute genutzten Bauten öffentlicher Infrastruktur wurden in den 1960er und 70er Jahren errichtet und genügen nicht mehr heutigen Standards. In vielen wachsenden Städten kommt hinzu, dass die Infrastruktur an die gestiegene Nachfrage angepasst werden muss. Hier müssen Schulen, Kindertagesstätten und andere soziale und kulturelle Infrastrukturen erweitert und auch neu gebaut werden.

Neue Mobilitätskonzepte in Stadtregionen:

Eine nachhaltige, energieeffiziente und klimafreundliche Mobilität bleibt eine zentrale Aufgabe. Die Verteuerung der Energie, die neue E-Mobilität und nicht zuletzt die Potenziale, die neue Informations- und Kommunikationstechnologien für die Organisation zukünftiger Mobilität ergeben, bieten Chancen für eine umweltfreundlichere Organisation des städtischen Verkehrs. Der Umweltverbund kann gestärkt werden (Nahmobilität zu Fuß und per Fahrrad, flexible ÖV-Systeme, Car Sharing), Inter- und Multimodalität kann ausgebaut, der Städtebau mit dem Ausbau und der Modernisierung des Fern- und Nahverkehrs stärker verzahnt und die Baubestände an hoch belasteten Ausfallstraßen können aufgewertet werden. Dies gilt nicht nur für die Städte, sondern auch für dünner besiedelte und periphere Räume.

Klimawandel und Energiewende – von der nachhaltigen zur resilienten Stadt:

Das Prinzip der Nachhaltigkeit als übergreifendes Leitbild des Städtebaus ist inzwischen fest verankert. Strategien zur Verringerung des Landschaftsverbrauchs, zum Erhalt der Biodiversität, zur Minderung von Umweltschäden und -belastungen, zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Förderung regenerativer Energien sind auch auf lokaler Ebene vielfach schon Standard.

Die Verknappung der klassischen fossilen Energieträger, das Auslaufen der Kernenergie in Deutschland sowie die hohen Investitions- und Produktionskosten der Energiewende werden auch mittelfristig dazu führen, dass die Energiekosten weiter steigen werden. Dies wird nicht nur die Mobilitätskosten erhöhen, sondern voraussichtlich erstmals den Anstieg des Verkehrsaufkommens bremsen und neue Formen der Mobilität befördern – mit den entsprechenden Rückwirkungen auf die Siedlungs- und Standortentwicklung.

Die Energiewende erhöht aber nicht nur Energiekosten. Die Umstellung auf regenerative Energieformen und der Ausbau der Energienetze haben auch ganz unmittelbare Auswirkungen auf die Raumentwicklung und das Landschaftsbild;

dies stellt die regionale und lokale Politik schon jetzt vor enorme Akzeptanzprobleme.

Kommunen müssen unvermindert Strategien verfolgen, um den Ursachen des Klimawandels zu begegnen, d.h. sich unabhängiger von fossiler Energie machen, den Energiebedarf senken und den Ausstoß der Treibhausgase vermindern, Gleichzeitig müssen sie ihre Siedlungs- und Infrastruktur auch besser an die unvermeidlichen Folgen des Klimawandels anpassen und dadurch ihre Widerstandsfähigkeit (Resilienz) gegenüber dem Anstieg der mittleren Temperaturen und der wachsenden Zahl von Extremwetterereignissen erhöhen.

Digitalisierung:

Die Digitalisierung städtischer Lebenswelten (Freizeit, Konsum, Verkehr etc.) hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt und scheint noch keineswegs an ihr Ende gekommen zu sein. Welche Richtung und Geschwindigkeit die „digitale Revolution“, also die immer vollständiger Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft mit den Informations- und Kommunikationstechnologien, annehmen wird und wie sich dies auf regionaler und kommunaler Ebene niederschlagen wird, ist schwer absehbar. Aber bereits jetzt sind etwa Folgen der Ausweitung etwa des E-Commerce auf den städtischen Einzelhandel und zentrale Standorte erkennbar.

Gleichwohl erscheinen im Rückblick viele Prognosen der Vergangenheit als vorschnell – sowohl die frühen, die das „Verschwinden der Städte“ herannahen sahen, wie auch die späteren, die im Gegenteil damit eine beschleunigte Metropolisierung verknüpften.

Aktuell werden weltweit unter den Begriffen „Smart City“ oder „Sharing City“ in fast allen Bereichen des städtischen Lebens (Mobilität, Quartierinfrastruktur/ Einzelhandel etc.) die Potentiale der Digitalisierung und vor allem des mobilen Internets ausgelotet. Hier entstehen zum Teil völlig neue Potenziale für die Kooperation öffentlicher, privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure. Allerdings stellen sich hierbei auch schwerwiegende neue Fragen der Transparenz,

des Schutzes der Privatsphäre, der Sicherung von Qualitätsstandards, der allgemeinen Zugänglichkeit von Infrastruktur und damit nicht zuletzt der demokratischen Legitimation kommunalen Handelns vornehmlich privatwirtschaftlicher Akteure auf.

Strukturschwäche der öffentlichen Haushalte:

An der strukturellen Notlage der öffentlichen Haushalte hat sich trotz der aktuellen Entlastung durch konjunkturell bedingt erhöhte Steuereinnahmen wenig geändert. Die Gebietskörperschaften sind finanziell immer weniger in der Lage, die für viele ihrer Aufgaben erforderlichen öffentlichen Vor- oder Komplementärleistungen zu erbringen. In dem Maße, wie Schrumpfungsprozesse zum Regelfall werden, werden staatliche Fördermittel zur Bewältigung ihrer Folgen nicht mehr in dem bisher gekannten Umfang bereitgestellt werden können.

Durch die Föderalismusreform sind Aufgaben, die früher von Städten, Ländern und Bund gemeinsam bewältigt wurden, aus der gemeinsamen Verantwortung der Gebietskörperschaften herausgefallen. Dies verschärft die Situation der Städte und Gemeinden gerade in strukturschwachen Regionen dramatisch. Die „Schuldenbremse“ wird die Handlungsmöglichkeiten zusätzlich einschränken. Betroffen sind vor allem die ostdeutschen Gemeinden, in denen die mittelständische Wirtschaft weiterhin schwach entwickelt und entsprechend das Steueraufkommen gering ist. Transfermittel bildeten bisher dort die wichtigste Grundlage für die umfassenden Infrastruktur- und Stadtbauvorhaben der vergangenen beiden Jahrzehnte.

Zur Bewältigung ihrer Aufgaben werden diese Kommunen stärker als bisher lokale Ressourcen ausschöpfen müssen, die in halb- und nicht-staatlichen Institutionen, Unternehmen und privaten Haushalten vorhanden sind.

Öffentliche Planung und Mitwirkung der Bürger:

Die großen, Politik gestaltenden Institutionen wie Parteien, Verbände, Gewerkschaften und Kirchen

werden weiter an Bindekraft verlieren. Offen ist, inwieweit andere und selbst organisierte Strukturen der Bürgergesellschaft diesen Verlust institutioneller Bindungen ersetzen werden. Schon jetzt werden von der Bürgergesellschaft (Mit-) Entscheidungsrechte durch Volksabstimmungen, Bürgerentscheide und Referenden eingefordert. Gerade Konflikte in jüngerer Zeit (Stuttgart 21) haben politische Initiativen ausgelöst, die kommunale Beteiligungskultur zu stärken und die Qualität partizipativer Planungsprozesse zu verbessern.

Die bisherigen formalisierten Routinen der Planung, Beratung und Entscheidung in Verwaltungen und parlamentarischen Gremien sowie auch die Legitimität der gerichtlichen Kontrolle von Planungsprozessen und -ergebnissen werden zunehmend in Frage gestellt. Dies gilt nicht nur im Zusammenhang mit infrastrukturellen Großprojekten, sondern auch in der alltäglichen Bau- und Planungspraxis auf kommunaler Ebene.

3. SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Damit die Städte und Gemeinden die künftigen Aufgaben bewältigen können, bedarf es einer entschiedenen Neuorientierung von Stadtentwicklungspolitik und städtebaulicher Praxis - hin zu integrierten und kooperativen Strategien, die das bewährte räumliche und soziale Konzept der europäischen Stadt weiter entwickeln. Daraus sind folgende grundsätzliche Schlussfolgerungen zu ziehen:

► **Realitäten anerkennen:** Die Akteure in vielen Städten tun sich schwer, die veränderten, oft widersprüchlichen Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung (z. B. demographischer Wandel, Reurbanisierung, Klimawandel und Energiewende, Bürgerkommune) und die damit verbundenen Chancen zu erkennen und ihre Stadtpolitik darauf auszurichten. Informations- und Erfahrungsaustausch, Dialog und Kooperation können schmerzhaft Lernprozesse abkürzen.

► **Gemeinwohlorientierung erneuern:** Angesichts widerstreitender sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Herausforderungen bedarf es einer reflektierten Erneuerung des normativen Auftrags von Stadtplanung und Städtebau. Die Gemeinwohlorientierung von Planung ist wieder deutlicher zur Geltung zu bringen. Gemeinwohl legitimiert sich nur durch einen offenen gesellschaftlichen Diskurs, durch Chancen zur Teilhabe und demokratische Entscheidungsprozesse. Die Sicherung des Gemeinwohls erfordert neben ordnungspolitischer Steuerung und sozialstaatlichen Transferleistungen auch bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe.

► **Handlungsspielräume zurückgewinnen:** Die Gestaltungsmöglichkeiten kommunaler Politik sind durch die Dominanz privater Planung und Projektentwicklung sowie durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben eingeschränkt worden. In Abkehr von neoliberalen Experimenten ist eine neue Balance zwischen öffentlichen und privaten Akteuren der Stadtentwicklung zu finden, um Handlungsspielräume zurückzugewinnen und neu zu eröffnen.

► **Kommunale Finanzen stabilisieren:** Ohne ausreichende kommunale Finanzen kann es keine nachhaltige und demokratisch legitimierte Stadtentwicklung geben. Die Finanzmittel müssen die Städte und Gemeinden in die Lage versetzen, auch die sogenannten freiwilligen, gleichwohl als notwendig erkannten Leistungen zu erbringen. Hierfür muss im Zuge einer erneuten Anpassung der Finanzverfassung die Finanzausstattung der Kommunen gestärkt und verstetigt werden. Des Weiteren ist das Konnexitätsprinzip, insbesondere bei den Sozialausgaben, konsequent durchzusetzen.

► **Interkommunale und regionale Kooperation verbindlicher gestalten:** Begrenzte Ressourcen und räumlich-funktionale Verflechtung erfordern immer dringlicher, dass sich Kommunen bei zentralen Aufgaben der infrastrukturellen Versorgung (z.B. bei Verkehr und Energieversorgung) sowie der Siedlungs- und Freiraumentwicklung im wohlverstandenen Eigeninteresse unterein-

ander abstimmen, kooperieren und arbeitsteilig Aufgaben übernehmen. Für die regionale Zusammenarbeit sollten darüber hinaus verbindliche gesetzliche Regelungen auf den Weg gebracht werden, um eine weitere „Kannibalisierung“ der Standorte zu verhindern. Als notwendiges Korrelat zur kommunalen Planungshoheit sind politische, organisatorische und finanzielle Anreizsysteme zu schaffen, die die interkommunale und regionale Kooperation einfordern und stützen.

► **Qualifikationen verbessern:** Die Anforderungen an die Qualifikation des in der kommunalen Planung tätigen Fachpersonals werden breiter, vielfältiger und unterliegen einem immer schnelleren Wandel. Dies gilt für alle Teilbereiche: von Städtebau, Infrastruktur, Verkehr/Mobilität über Freiraum bis zum Umweltschutz. Oft fehlt es an Kompetenzen in der Kommunikation, Moderation und Mediation von Planungsprozessen. Dies gilt auch für raumbezogene Kenntnisse und Methodenwissen zur Ökonomie und Ökologie der Stadtentwicklung. Die Träger von Aus- und Weiterbildung (Kammern, Hochschulen, öffentlich geförderte Fortbildungsinstitute) müssen ihre Anstrengungen verstärken, praxistaugliche Angebote zu entwickeln. Aber auch Städte selbst müssen eine nachhaltige Personalentwicklung betreiben.

Diese Schlussfolgerungen sehen wir als wichtige Voraussetzungen für eine Neuorientierung von Stadtentwicklungspolitik und städtebaulicher Praxis. Sie bilden den Hintergrund für die hier zur Diskussion gestellten *Empfehlungen* an die *Kommunen* sowie an *Bund und Länder*:

KOMMUNEN

1. Integrierte Strategien in Regionen und Städten stärken:

Nachhaltige Stadtentwicklung kann nur gelingen, wenn unterschiedliche Fachdisziplinen, Praxisfelder und Akteure in integrierten, d.h. ressort- und grenzübergreifenden Strukturen und möglichst sowohl strategisch als auch projektbezogen

auf lokaler und regionaler Ebene zusammenarbeiten.

Staatliche Unterstützungs- und Finanzierungsprogramme müssen die Kooperation der Akteure, die Integration der Fachplanungen und Planungsebenen sowie den Einsatz informeller Instrumente (zum Beispiel: regionale Entwicklungskonzepte/Regionalmanagement, umsetzungsorientierte Stadt- und Stadtteilentwicklungskonzepte, städtebauliche Rahmenpläne und ressortübergreifende Handlungsprogramme) fordern und fördern.

2. Teilen und Verantwortung übernehmen:

Das große Engagement der Wirtschaft in Kammern und Verbänden sowie von Bürgern in Initiativen, Baugruppen, Vereinen und Verbänden oder Genossenschaften ist zu nutzen. Zivilgesellschaftliche Organisationen werden immer noch unterschätzt, sind aber für die Daseinsvorsorge und eine nachhaltige Stadtentwicklung unentbehrliche Ko-Produzenten des Städtebaus. Hier zeichnen sich neue Potenziale ab, um knappe Ressourcen zu teilen und gemeinschaftlich zu nutzen (Car Sharing, Urban Gardening, genossenschaftliches Wohnen, Gemeinschaftseinrichtungen im Wohnquartier usw.).

Zivilgesellschaftliche Akteure sind nicht als Kunden zu betrachten, sondern als gleichberechtigte Partner bei der Ausgestaltung von Konzepten und Projekten zu beteiligen. Ihnen sind Entscheidungsspielräume zu eröffnen, und sie sind in gemeinschaftlich organisierte Angebote einzubinden. Offene diskursive Prozesse mit den Akteuren der Zivilgesellschaft können helfen, die Routinen formalisierter, hierarchischer und bürokratischer Planungsverfahren zu überwinden.

3. Breite Beteiligungskultur und offene Planungsverfahren ermöglichen:

Bürgerbeteiligung muss auch jenseits formeller Erfordernisse in rechtlich geregelten Planungsverfahren als Kern einer „Bürgerkommune“ verstanden und gelebt werden. Sie muss vom Sonderfall zur Regel werden. Es gilt, eine kommunale

Beteiligungskultur mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen, transparenten, verlässlichen Spielregeln und klaren, demokratisch legitimierten Entscheidungskompetenzen zu entwickeln.

Partizipative Planungsverfahren dienen nicht nur zur Sicherung von Akzeptanz und Legitimation stadtentwicklungspolitischer Entscheidungen, sondern sie sind vor allem zur Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement für die Stadtentwicklung unverzichtbar. Betroffene, aber weniger artikulationsfähige oder -bereite Gruppen sollen durch aktive und aufsuchende Teilnahmeangebote oder durch formalisierte Teilnahmeverfahren (z.B. Bürgergutachten, Planungsanwälte, Mediation) einbezogen werden. Bei kontrovers diskutierten und in der Stadtgesellschaft grundsätzlich umstrittenen Projekten können oft nur direkt demokratische Entscheidungen (z.B. durch Bürgerbegehren/Bürgerentscheid) zu einer breiteren Akzeptanz von Planungen oder zumindest zur Befriedung von Konflikten führen.

4. Lokale Ressourcen und Organisationsformen verstärkt nutzen:

Städtebau sollte stets nicht nur die Globalität ihrer Rahmenbedingungen und deren Wirkungen im Blick behalten, sondern auch den lokalen Ressourcen – jenseits der globalisierten Finanzmärkte und öffentlicher Förderprogramme – mehr Aufmerksamkeit schenken. Dies reicht von den Investitionen lokaler Unternehmen und Immobilieneignern über das bürgerschaftliche Engagement bis hin zu neuen Genossenschaften, Stiftungen, revolvierenden Stadtentwicklungsfonds, Mäzenatentum, Mikrokrediten usw. Die Potenziale für die Stadtentwicklung, die z.B. ortsansässige Unternehmen bei der Wahrnehmung ihrer *Corporate Social Responsibility* bieten, sind besser zu nutzen.

5. Öffentliche Infrastrukturen rekommunalisieren:

Die Kommunen haben bereits damit begonnen, die Privatisierung öffentlicher Aufgaben (Verkauf

und *Cross Border Leasing von Infrastrukturen der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallentsorgung und des öffentlichen Nahverkehrs*; Verkauf der kommunalen bzw. landeseigenen Wohnungsbestände an internationale Fonds etc.), die sie vor einigen Jahren vorgenommen haben, zumindest teilweise rückgängig zu machen. Dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden, um eine nachhaltige und resiliente Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung zu gewährleisten.

BUND UND LÄNDER

1. *Bodenrecht und Planungsinstrumente weiterentwickeln:*

Das deutsche Bau- und Planungsrecht sowie das Förderinstrumentarium haben sich in den vergangenen Jahrzehnten grundsätzlich bewährt. Ihre strukturelle Schwäche liegt mit Blick auf künftige Herausforderungen vor allem im Verhältnis von Planung und Bodeneigentum. Die verfassungsrechtlich garantierte starke Position des Grundeigentums und die Ausgestaltung des Baurechts als untrennbar damit verbundenem Bestandteil setzen sozial oder ökologisch indizierten Regulierungen durch öffentliche Planung zu enge Grenzen. Der Gemeinwohlspruch im Bodenrecht sollte jedoch gestärkt werden, um die Asymmetrie zwischen privatem Eigentum und öffentlicher Planung zu verringern. Gesucht ist eine neue Balance zwischen Planungsschadensrecht und der Abschöpfung von Planungsgewinnen.

2. *Wohnungsneubau und Bestandssanierung regional differenziert fördern:*

Angesichts zunehmender Wohnungsknappheit und rasant steigender Mieten in den wachsenden Stadtregionen hat sich der Rückzug des Bundes aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Rahmen der von den Ländern geforderten Föderalismusreform als verhängnisvoller Fehler erwiesen. Der Bund muss im Interesse ausgewogener Lebensverhältnisse im Bundesgebiet wieder dazu beitragen, dass die Wohnungsbauleistung im ge-

förderten Wohnungsbau deutlich erhöht werden kann. Auch die energetische Sanierung des Wohnungsbestandes muss stärker öffentlich gefördert werden. Nur so können Mietsteigerungen in einem sozial verträglichen Rahmen gehalten werden, ohne die Ziele der Energiewende und des Klimaschutzes zu verfehlen. In den Großstadtregionen mit akutem Wohnungsmangel muss die steuerliche Förderung auch von Investitionen in den freifinanzierten Wohnungsbau durch die degressive Abschreibung erweitert werden. Steuernde Instrumente für die Wohnungsmärkte (Mieterhöhung, Modernisierungumlage, Umwandlungs- und Zweckentfremdungsverbot) sind entsprechend den regional unterschiedlichen Anforderungen differenziert auszugestalten.

3. *Komplementäre Landesmittel für die Städtebauförderung bereitstellen:*

Die neue Bundesregierung hat das vormals massiv reduzierte Budget für die Städtebauförderung und das Programm Soziale Stadt nicht zuletzt aufgrund massiver Proteste aus Kommunalpolitik und Fachwelt auf ein neues Niveau angehoben. Nun sind die Länder aufgefordert, ebenfalls entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Sie sollten gleichzeitig die bisherige Bindung des Fördermitteleinsatzes an baulich-investive Maßnahmen zugunsten einer Unterstützung eines weiteren Spektrums von Strategien zur städtebaulich-sozialen Stabilisierung aufheben.

4. *Infrastrukturfinanzierung sichern:*

Nachhaltige Stadtentwicklung ist ohne funktionierende Infrastruktur für Mobilität, Ver- und Entsorgung nicht möglich. Im Hinblick auf das Auslaufen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes muss auch der Bund seiner Garantienpflicht für eine bundesweit nachhaltig funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur nachkommen. Allein für die Beseitigung des Erneuerungsrückstaus in der kommunalen Verkehrsinfrastruktur werden nach Angaben des Deutschen Städtetages jährlich zusätzlich 2,75 Mrd. € benötigt. Bundesweit wurde ein zusätzlicher Investiti-

onsbedarf von jährlich 7,2 Mrd. € in den nächsten 15 Jahren für einen bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur ermittelt. Dazu kommen weitere Milliardenbeträge für die Energiewende (Netzausbau, Speicherkapazität), für den Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologie (z.B. Glasfasernetz) sowie für die bauliche, energetische und barrierefreie Erneuerung der sozialen und kulturellen Infrastruktur (z.B. Krankenhäuser, Theater, Schulen, Sportstätten, Altenpflegeeinrichtungen).

5. Räumliche Steuerungskraft der Förderinstrumente nutzen:

Um die Wirkung von Fördermitteln zu erhöhen, müssen sie räumlich gezielter eingesetzt werden können. Entsprechend sollten die Rahmenbedingungen und Vergabekriterien geändert werden. Dies gilt zum einen bei der energetischen und ökologischen Erneuerung der Altbaubestände bis 1980: Hier müssen die bisher individuell und räumlich ungesteuerten Förderprogramme im Interesse eines effizienten Mitteleinsatzes und größtmöglicher Synergieeffekte künftig verstärkt gebietsbezogen gebündelt werden. Dies gilt des weiteren für die zentrenbezogenen Programme von Bund und Ländern („Aktive Stadt- und Ortszentren“, „Ab in die Mitte!“, „Leben findet Innen Stadt!“ etc.), bei der die Vergabe von Fördermitteln an lokale und regionale Standortkonzepte bzw. kommunikative, kooperative und flexible Planungs- und Umsetzungsverfahren gebunden werden sollten.

6. Nationale Stadtentwicklungspolitik und Baukultur stärken und verstetigen:

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik (NSP) hat sich bewährt, sie vermag durch Wettbewerbe, Förderung innovativer Projekte jenseits der Routine und durch internationale Veranstaltungen und

Vernetzung wichtige Impulse für den Städtebau in Deutschland zu geben. Ihre Mittelausstattung und ihr experimenteller Ansatz müssen als verlässliche bundesweite Basis für lokale und regionale Initiativen gestärkt werden. Die Förderung der Baukultur kann durch eine weitergehende Integration in die NSP besser verankert und wirksamer werden.

7. Der Stadtentwicklung und dem Städtebau frische politische Impulse geben!

Der neue Bundestag sollte alsbald eine Sachverständigenkommission (Enquetekommission) berufen, die den Auftrag erhält, Herausforderungen, Szenarien, Strategien und grundlegenden instrumentellen und finanzpolitischen Handlungsbedarf für Stadtentwicklung und Städtebau bis 2030 zu formulieren.

AUSBLICK

Der Ausschuss Städtebau der DASL sieht diese Positionen vorrangig als Grundlage für eine vertiefende Diskussion innerhalb und außerhalb der Akademie. Die politische und fachliche Öffentlichkeit ist herzlich zu Kommentaren und Kritik eingeladen. Die Landesgruppen der DASL sind aufgerufen, ihre regionalen Erfahrungen und Herausforderungen mit den vorgestellten Positionen zu spiegeln und daraus konkrete und exemplarische Konzepte und Projekte zu entwickeln.

Das Papier will erweiterte Wissensbedarfe verdeutlichen und als Ausgangspunkt neuer Dialoge und Kooperationen in Wissenschaft und Praxis dienen. Darüber hinaus ist es auch als fachliche Grundlage für den Meinungsaustausch mit den Bundestagsfraktionen und mit der neuen Bundesregierung über die Agenda einer zukunftsfähigen Städtebaupolitik zu verstehen.

BESPRECHUNGEN

MANFRED GROTEN, *Die deutsche Stadt im Mittelalter*, Stuttgart: Reclam 2013, 310 S., 8,- €.

Nüchtern konstatiert Manfred Groten in der Einleitung: „Die mittelalterlichen Städte sind verschwunden. Wir begegnen in den heutigen Städten aber ihren Überresten, die in den meisten Fällen allerdings ihre ursprünglichen Funktionen verloren haben.“ Aber es gelingt ihm, aus den Quellen und der älteren wie der neueren Literatur ein einprägsames und eindrucksvolles Bild der mittelalterlichen Stadt zu zeichnen, in deren Mittelpunkt die Stadt Köln steht.

Die älteren römischen Städte in Germanien boten in der frühfränkischen Zeit nur noch ein „trauriges Bild“: Sie waren entvölkert, ihre Häuserzeilen verfallen, und sie waren von ihrer Wasserversorgung abgeschnitten. Nur die wenigen Städte, die in der Römerzeit noch den Status einer Bischofsstadt erhalten hatten, boten einen gewissen Schutz vor dem völligen Verfall, darunter die Städte Trier, Köln und Mainz. Von ihnen ging auch der Aufschwung des Städtewesens seit dem 7. Jahrhundert aus. Die Wiederbelebung des Städtewesens zeigte sich auch daran, dass in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts die Normannen bei ihren Überfällen auf die Städte entlang des Rheins offensichtlich auf reiche Beute stießen.

Unter Bonifatius kam es zu der Neugründung von Bischofsstädten in Bayern, in Thüringen und unter Karl dem Großen zu der Gründung von Bischofsstädten östlich des Rheins. In der ottonischen Zeit endete die Gründung von Bischofssitzen mit Schleswig, Havelberg, Brandenburg, Magdeburg, Merseburg, Zeitz/Naumburg, Meissen und zuletzt des Bistums Bamberg unter Heinrich II. 1007.

Die Städte zogen Handwerker und Kaufleute an. In den größeren Städten entwickelten sich Märkte. Köln wurde zum wichtigsten Waren-



schlagplatz des Reichs. In den lateinischen Quellen wurden auch die neuen Städte mit dem alten römischen Begriff als „civitas“ bezeichnet, während sich in den deutschsprachigen Quellen der Begriff „burg“ durchsetzte.

Die Gründung der Bistümer war überall mit dem Bau von Kirchen verbunden. Moore spricht einer „urbanen Revolution“: „Der Bau von Kirchen spielte in dem Transformationsprozess, den Europa damals durchmachte, eine zentrale Rolle wie die Eisenbahnlinien in der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts.“ (Robert I. Moore, *Die erste europäische Revolution. Gesellschaft und Kultur im Hochmittelalter*, München 2001, S. 70). Der Status der Städte wurde auch dadurch angehoben, dass die Könige und Kaiser häufig die Städte und deren repräsentative Kirchen aufsuchten, um dort mit ihrem Gefolge die jährlichen Hochfeste Weihnachten, Ostern und Pfingsten zu feiern.

Die Architektur der Kathedralen, der Kirchen und Klöster und später der Stadtmauern mit ihren Türmen und Toren, mit denen sich die größeren Städte umgaben, prägte unübersehbar die Silhou-

ette der Städte. Deren irdische Gestalt wurde zur „heiligen“ Stadt erhoben, so auf Umschriften Kölner Münzen seit dem 9. Jahrhundert („Sancta Colonia“). Das Annolied (um 1080/1120) beschreibt Köln „als die schönste Stadt, die in deutschen Land je entstand“ („der sconstir burge, di in diutischem lande ie wurde“).

Groten schildert eine Episode aus dem Jahre 1073, die bei Lambert von Hersfeld quellenmäßig gut belegt ist, wie der 23jährige König Heinrich IV. im Zuge seines Sachsenkriegs in so große Bedrängnis geriet, dass eine Versammlung der Reichsfürsten in Mainz ihn abberufen wollte. In dieser Situation gewährte ihm die Stadt Worms Schutz. Als die Truppen des Bischofs den Einzug des Königs verhindern sollten, wurden sie aus der Stadt gejagt, und der Bischof selbst musste fliehen. Die Bürger zogen ihrem König zum Empfang bewaffnet entgegen. Lambert habe sehr genau das Potential der Stadt erfasst: ihre Bevölkerungszahl, die Uneinnehmbarkeit ihren Mauern und ihren materiellen Reichtum. Die Versammlung der Reichsfürsten kam nicht zustande.

Nach dem Beispiel der „vielgerühmten, herrlichen Tat von Worms“ (Lambert) ereignete sich im folgenden Jahr in Köln ein ähnlicher Aufstand der Bürgerschaft gegen den Stadtherrn. Der Erzbischof Anno hatte zu Ostern den Bischof von Münster nach Köln eingeladen. Für die Heimreise des Gastes veranlasste der Erzbischof, das Schiff eines reichen Kölner Kaufmanns zu beschlagnahmen. Aber seine Diener wurden verjagt, und es kam zu einem Volksaufstand. Der Erzbischof musste in der Nacht entfliehen und zog sich nach Neuss zurück. Erst nach vier Tagen gelang ihm die Rückkehr nach Köln mit bewaffneten Truppen. Sechshundert der reichen Kölner Kaufleute sollen Köln verlassen haben. Schließlich kam es am 26. März 1077 in Mainz, wie Bruno von Merseburg berichtet, zu einem Aufstand der Bürger gegen ihren Erzbischof Siegfried, der Rudolf von Schwaben in Mainz als Gegenkönig von Heinrich IV. gekrönt hatte. Auch hier hielten die Bürger von Mainz ähnlich wie zuvor in Worms zu ihrem König Heinrich IV., nur wenige Wochen nach dem bekannten Gang nach Canossa. Allerdings hält Groten dies Bündnis der Städte mit Heinrich IV. nur für eine Episode.

Die gut hundert Jahre von 1070/80 bis 1180 nennt Groten das „heroische Zeitalter der mittelalterlichen deutschen Stadtgeschichte“. Um 1180 sei das gesamte Instrumentarium entwickelt gewesen, „das für das Funktionieren einer mittelalterlichen Stadt erforderlich war“. Durch den „rasanten Bevölkerungszuwachs“ im 11. Jahrhundert habe sich die Struktur der Städte verändert. Der Adel habe seit dem 10. Jahrhundert die Städte verlassen, und die Ministerialen der Stadtherren und die führende Gruppe der Kaufleute hätten sich zu einer neuen städtischen Oberschicht entwickelt. In den Städten Worms, Speyer und Mainz bildeten sich größere Judenansiedlungen.

Seit dem 11. Jahrhundert bürgerte sich für die Bezeichnung der Stadtbewohner der Name „Bürger“ ein. Grote sieht darin einen „fundamentalen Bewusstseinswandel“, weil der neue Bürgerbegriff die Status- und Herrschaftsverhältnisse der innerstädtischen Gesellschaft zugunsten einer integrierten Stadtgesellschaft ohne Ansehen von Rang und Besitz verschob. Diese Bürger hätten die deutsche Stadt des Hochmittelalters geschaffen. Seit dem 12. Jahrhundert setzte sich im deutschen Sprachraum das Wort „statt“ für „burg“ durch.

Im Hochmittelalter begannen die Städte ihre Stadtmauern zu errichten oder wie in Köln zu erweitern. In Regensburg wurde 1147 die Donaubrücke vollendet. In größeren Städten wurden zusätzliche Kirchspiele geschaffen, die oft Aufgaben der Selbstverwaltung übernahmen. Der Stadtbegriff der „civitas“, der bisher den Bischofsstädten vorbehalten war, wurde auch auf die von den Landesherren durchgeführten Neugründungen von Städten übertragen, so wie Nürnberg, Soest, Lübeck, München und Freiburg. Grote geht davon aus, dass um 1300 etwa 3.500 bis 4.000 Städte im deutschen Reich existierten, wobei aber nur 50 Städte über 5.000 Einwohner zählten. Als einzige Stadt kam Köln auf 40.000 Einwohner, und nur Nürnberg und Straßburg hatten über 10.000 Einwohner. 200 Mittelstädte zählten zwischen 2.000 und 5.000 Einwohnern: „Das bedeutet, dass mindestens 93% der mittelalterlichen deutschen Städte Kleinstädte waren, in denen praktisch jeder jeden kannte.“

Das Auftreten der Stadträte seit 1200 brachte den „Gestaltungswillen der Bürgergemeinde“ un-

verkennbar zum Ausdruck. In Basel und Straßburg werden Räte schon vor 1200 erwähnt, in Erfurt 1212 und in Soest 1213. In Norddeutschland lassen sich Räte in Lübeck, Bremen, Hamburg, Osnabrück, Braunschweig, Hildesheim, Verden, Halberstadt und Magdeburg in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts nachweisen. Die Stadträte waren „keine demokratisch legitimierten Gremien“, aber sie spiegelten „die gesellschaftliche Struktur der Bürgerschaften“.

Die Städte wurden der Sitz der Verwaltung, da die deutschen Könige durch ihre Reiseherrschaft vornehmlich durch ihr Zeremoniell präsent waren. In den Bischofsstädten waren zunächst die bischöflichen Kurien der Sitz der Verwaltung und der Gerichte. Danach entwickelten sich die Rathäuser, die meist am Markplatz und in der Nähe der Kirche errichtet wurden, zu Zentren der Selbstverwaltung. Seit dem 13. Jahrhundert führten die Städte die Schriftlichkeit ein. Sie stellten Stadtschreiber, meist Kleriker, zum Anfertigen von Statutenbüchern, Gerichtsbüchern und Protokollen ein. Die größeren Städte richteten Kanzleien ein, die eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der deutschen Schriftlichkeit spielten. Die Finanzverwaltung wurde einem Rentmeister übertragen.

Die Bettelorden des 13. Jahrhunderts der Franziskaner, Dominikaner und Augustinereremiten waren ausgesprochen städtische Orden, die sich überwiegend aus der städtischen Bevölkerung rekrutierten und die die Frömmigkeit stark beeinflussten. In den Städten kam es auch zum Aufblühen der weiblichen deutschsprachigen Frömmigkeitsliteratur, die von Dominikanern wie Meister Eckhart und Johannes Tauler in ihren Predigten vor den Konventen der Dominikanerinnen und Beginen gepflegt wurden.

Verheerend wirkte sich die Pestepidemie der Jahre 1348 bis 1350 aus. Groten gibt einige Quellen über die Opferzahlen einzelner Städte an: In Erfurt sollen 12.000 Menschen gestorben sein, in Münster 11.000, in Bremen 7.000, in Mainz 6.000. Da die Menschen keine medizinischen Erklärungen für die Seuche hatten, habe man versucht, den Zorn Gottes durch Bußübungen zu besänftigen. Zum ändern habe man nach Sündenböcken gesucht. Die Anstöße zu Zerschlagung oder Vernichtung

von über 400 Judengemeinden im deutschen Reich seien in den meisten Fällen „aus den städtischen Gesellschaften“ gekommen. Viele Juden wanderten nach Italien aus. In den großen Städten ist es den Juden nicht mehr gelungen, sich wieder in der städtischen Wirtschaft zu integrieren. Das ständige Wiederaufkommen der Seuchen hat den Wiederanstieg der Bevölkerung bis in die frühe Neuzeit verhindert.

Das Spätmittelalter zeichnete sich durch den Zugriff der fürstlichen Landesherrn auf ihre Städte aus. Indem die Fürsten ihre Residenzen in den Städte verlagerten, beispielsweise nach Halle, Mainz, Bonn, Düsseldorf und in die Doppelstadt Berlin-Cölln, wurden die Fürsten zwar zu „Stadtbewohnern, aber nicht zu Städtern“. Die Städte Köln, Dortmund, Soest und Hamburg konnten dagegen ihre Unabhängigkeit behaupten. Köln hatte in der Schlacht von Worringen 1288 den Bischof aus der Stadt vertrieben. Eine Sonderstellung nahmen die Reichstädte ein, die einen Sitz im Reichstag hatten und oft über eigene Territorien verfügten. Sie waren ihre eigenen Landesherrn. Reichsstädte wie Nürnberg, Regensburg und Frankfurt besaßen ein ausgesprochenes Reichsbewusstsein.

In der „Krise des 14. Jahrhunderts“ kam es in vielen Städten zu Konflikten und Revolten zwischen den alten patrizischen Führungsschichten und dem neuen zünftischen Mittelstand, so 1368 in Augsburg und 1396 in Köln. Sie führten zur Vorherrschaft der Zünfte anstelle des früheren Patriziats. Nur in Nürnberg konnte sich das Patriziat noch behaupten. Doch warnt Groten davor, den Austausch der Eliten als „Zunftdemokratie“ zu idealisieren. Das Bedürfnis nach städtischer Repräsentation nahm zu. Neue Rathäuser wurden errichtet und mit Rathäustürmen und Ratskapellen ausgestattet. Größere Städte legten Festsäle und Bürgerhäuser an, kleinere wie Xanten, Ingolstadt und Landsberg am Lech statteten zur Demonstration ihres Bürgerstolzes die Stadttore besonders prächtig aus. Die Ordnungspolitik der Städte begann durch ihre Vorschriften das innerstädtische Leben zu regulieren, doch führte dies erst in der frühen Neuzeit zu der bekannten Stagnation des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens.

Die Rathäuser von Lübeck und Stralsund und die Backsteinbauten der Häuserzeilen und Kirchen der norddeutschen Städte sind der sichtbare Ausdruck der Blütezeit der Hanse. Der dichte Nachrichtenaustausch zwischen den Städten führte „zur einer Verbreitung einer recht einheitlichen niederdeutschen Sprachform“, wie sie sich an den umfangreichen Korrespondenzen der Kaufleute ablesen lässt. Im Süden des Reichs entwickelten sich die Handelsgesellschaften der oberdeutschen Kaufleute wie die „Große Ravensburger Handelsgesellschaft“. Kaufmannsfamilien wie die Stromer in Nürnberg und die Welser und die Fugger in Augsburg wurden führend durch ihre Handelsgeschäfte mit Südeuropa, und später, nach der Entdeckung Amerikas, mit Südamerika. Zu einer Drehscheibe des deutschen Handels zwischen Nord und Süd wurde Frankfurt, wo seit 1330 zwei Jahrmärkte abgehalten wurden, die Herbst- und die Frühjahrsmesse.

Im Spätmittelalter entwickelten sich die Städte zu Innovationszentren. Dazu zählte die Einführung der Schlaguhren, die ein neues Zeitgefühl entwickelten, ebenso wie die arabischen Ziffern und die Brille. Die Städte waren aber auch die Orte, in denen die neuen Feuerwaffen wie die Kanonen und Gewehre entwickelt wurden. 1390 richtete der Nürnberger Patrizier Stromer die erste Papiermühle ein. Revolutionär war die Erfindung des Buchdrucks durch den Mainzer Bürger Gutenberg 1450. Um 1500 gab es 252 Buchdruckereien, davon 62 im deutschen Reich. Ohne den Buchdruck wäre die Reformation des 16. Jahrhundert nicht möglich gewesen.

Nach der ersten Gründung einer deutschen Universität in Prag 1348 durch Karl IV. kam es zu weiteren Gründungen in Wien 1365 und in Heidelberg 1385. Als erste Stadt gründete Erfurt 1379 eine Universität, gefolgt von der Stadt Köln 1388, die aus einer Initiative der Bettelorden hervorging. Im 15. Jahrhundert kam es zu weiteren landesherrlichen Gründungen von Universitäten (mit päpstlichem Privileg) in den Städten Rostock, Greifwald, Basel, Freiburg im Breisgau, Ingolstadt, Tübingen, Trier und Mainz. Humanisten wie Konrad Peutinger (Augsburg) und Willibald Pirckheimer (Nürnberg), die an italienischen Universitäten studiert

hatten, repräsentieren die Anfänge des städtischen Bildungsbürgertums. Das städtische Kunstgewerbe produzierte die großformatigen Flügelaltäre mit ihren realistischen Städteabbildungen und Porträts ihrer Stifter. Zahlreiche Städte wie Köln, Dortmund und Neuss zeichneten ihre Stadtgeschichten in deutscher Sprache auf. 1493 erschien in Nürnberg in einer lateinischen und einer deutschen Fassung die Schedelsche Weltchronik, die 29 großen Stadtansichten im Holzschnitt enthielt, in deren Mittelpunkt die Stadt Nürnberg stand.

Ganz zurecht stellt Groten in seiner Einleitung fest, dass das „im akademischen Lehrbetrieb“ gebräuchliche Epochenjahr 1500 für die Unterscheidung zwischen Mittelalter und Neuzeit *keine* Zensur für die deutsche Stadtgeschichte markiert. Tatsächlich erreichten die deutschen Städte mit ihrer Rolle in der deutschen Reformation des 16. Jahrhundert einen Höhepunkt ihrer Geschichte. Außer Köln wurden alle führenden Reichsstädte evangelisch (R. W. Scribner, „Why was there no Reformation at Cologne?“, 1976). Auf den großen Reichstagen in den Reichsstädten Worms 1521 und Augsburg 1530 wurden Entscheidungen gefällt, die bis in die Gegenwart nachwirken. Aber während Groten der römisch-germanischen Vorgeschichte der mittelalterlichen Stadt ein ganzes Kapitel widmet, fehlt in diesem Buch das krönende Abschlusskapitel zur Geschichte der Stadt im 16. Jahrhundert. Das ist bedauerlich.

Wilhelm Ribhegge, Münster

NIELS M. SCHINKER, *Die Gartenstadt Hellerau 1909-1945. Stadtbaukunst, Kleinwohnungsbau, Sozial- und Bodenreform, Dresden: Sandstein Kommunikation 2014, 637 Abb., 504 S., 79,- €.*

Auch wer meint, viel über Hellerau und die Geschichte der Gartenstadt zu wissen, wird von diesem Buch überrascht. Zunächst fällt es auf durch ein ungewöhnliches Querformat und starkes Volumen, beides erklärt sich beim ersten Durchblättern



aus der Systematik der akribischen Untersuchung, in der nach dichter Folge ganzseitig abgebildeter, zumeist hier erstmals publizierter Entwürfe und Pläne, Übersichts- und Analysekarten, Modelle und Fotografien schließlich die einzelnen Häuser und Häusergruppen Helleraus übersichtlich im Lageplan mit Grundrissdisposition sowie mit Originaldokumenten der jeweiligen Architekten dargestellt sind. Hinzu kommen knappe Erläuterungen zu den Raumangeboten und Wohnflächen sowie Angaben zur Sozialstruktur der Bewohner. So ist ein veritabler Katalog der Bauten und Wohnformen in Hellerau entstanden, eingebunden in ausführliche Texte zu verschiedenen Themen der Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Gartenstadt.

Der präzisen Darstellung der Gründungsphase 1905-1908 folgt eine kenntnisreiche Erläuterung der weiteren Entwicklung der Gartenstadt in fünf Zeitabschnitten bis 1945 – mit einem knappen Ausblick in die Nachkriegszeit. Dabei wird die stadtmorphologische Untersuchung anschaulich durch Baualterskartierungen mit der Entwicklung des Gebäudebestandes illustriert, doch sind in den jeweiligen Phasen auch einige der nicht verwirklichten Pläne und Projekte dokumentiert und kommentiert, um neben der gebauten Wirklichkeit auch jene Ideen und Themen aufscheinen zu lassen, die in diesem Laboratorium der Reformbewegung virulent waren, doch keine Chance zur Realisierung fanden.

Die bemerkenswerte Leistung des Autors in der empirischen Forschung zur Baugeschichte und Sozialstruktur der Gartenstadt wird getragen von Fragen und Erkenntnissen zur Ideengeschichte der Reformbewegung, ihrer Akteure und Organisationsformen im Wandel der Jahrzehnte seit 1900.

So werden im Kapitel *Stadtbaukunst und Gemeinschaft* auch die Vorbilder für Hellerau untersucht, die soziale und räumliche Organisation des Alltagslebens im Kapitel *Gebäudetypologie und Wohnmodelle*; ein weiteres erläutert *Das sozial- und bodenreformerische Programm und seine Akteure*. Diese auf dem aktuellen Stand der Forschung bearbeiteten Themen geben dem Katalog der Bauten, Pläne und Projekte, der den Kern dieses opulent illustrierten Bandes bildet, einen übergreifenden Rahmen, in dem bisweilen eine gewisse Redundanz der Argumentation zu bemerken ist, vermutlich didaktisch motiviert. Dies gilt auf andere Weise auch für das weit ausgebreitete Material an Karten, da mit der erkennbaren Absicht feinsten Differenzierung ein hoher Darstellungsaufwand verbunden war.

Unter dem hohen Anspruch, durch „genaue Betrachtung“ und entsprechende Anwendung verschiedener Methoden eine mehrdimensionale Analyse der Realität des „mythischen Ortes“ Hellerau zu leisten, hat der Autor durch Verschränkung von bau- und sozialgeschichtlichen Aspekten neue Perspektiven auf die inzwischen legendäre Gartenstadt eröffnet. Seine Arbeit hat exemplarischen Charakter, dem Buch ist eine weite Verbreitung zu wünschen, weit über die Fachöffentlichkeit hinaus.

Werner Durth, Darmstadt

JAN SALM, *Ostpreussische Städte im Ersten Weltkrieg. Wiederaufbau und Neuerfindung (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der deutschen im östlichen Europa, Bd. 46)*, München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2012, 266 Abb., 304 S., 39,80 €.

Fast jeden Tag überquert der Rezensent des hier anzuzeigenden Buches auf dem Weg zur Arbeit die Leipziger Straße in Berlin an der Ecke Charlottenstraße, wo das Gebäude des früheren Modehauses Kersten und Tuteur als Rest der ansonsten im Krieg zerstörten Blockrand-

bebauung steht. Das Gebäude ist in seiner heutigen Form ein Werk von Hermann Muthesius aus dem Jahr 1913 und wurde im Nationalsozialismus seinen jüdischen Eigentümern geraubt. Die Leipziger Straße ist Teil der Ortsdurchfahrt der Bundesstraße und früheren Reichsstraße 1, die einst in Eydtkuhnen in Ostpreußen endete. Selbst in Berlin gibt es wenige Stellen, wo in nuce die Katastrophen des 20. Jahrhunderts so intensiv spürbar sind. Hermann Muthesius war an einer wichtigen Schaltstelle im preußischen Handelsministerium tätig, als man den Wiederaufbau Ostpreußens noch während des Ersten Weltkrieges in Angriff nahm, bevor es im Zweiten Weltkrieg dann endgültig unterging. Diesem Wiederaufbau ist das Buch des polnischen Städtebau- und Architekturhistorikers Jan Salm gewidmet, mit welchem er in verdienstvoller Weise eine Forschungslücke schließt.

Salm beleuchtet die vielzitierte Chance der Zerstörung, hier nach dem Einfall der russischen Armee unmittelbar zu Kriegsbeginn 1914, der mit erheblichen und für die Bevölkerung nach der langen Friedenszeit schockierenden Verwüstungen einherging. Salm identifiziert den seit 1915 etwa ein Jahrzehnt umfassenden Wiederaufbau gleichsam als eine Art „missing link“ der Architektur, des Städtebau und wie ganz allgemein der Lebensführung der umfassenden Reformbewegungen seit der Jahrhundertwende: „Ostpreußen war das Versuchsfeld, auf dem theoretische Ansichten der Reformbewegungen in die Praxis umgesetzt werden konnten“ (S. 22). Er belegt auch konkret anhand der persönlichen Kontakte der Akteure die Verbindungen zum Wiederaufbau Ostpreußens. So war der Königsberger Architekt Kurt Frick, der eine wichtige Rolle spielte, zuvor Mitarbeiter von Muthesius an einem Bauvorhaben in der Gartenstadt Hellerau bei Dresden. Gustav Wolf wiederum war früher Mitarbeiter von Paul Schmitthenner an der Gartenstadt Staaken bei Berlin. Salm zufolge war allerdings Schmitthenner selbst nicht nachweisbar in Ostpreußen tätig, wiewohl der geistige Einfluss der Stuttgarter Schule durchaus spürbar ist.

Salm stellt auch die Debatte vor, die sich jenseits der funktionalen Aspekte der städtebaulichen Betrachtung zu den gestalterischen Fragen abspielte.



Man verwarf weitgehend die regional naheliegende Bezugnahme auf die Backsteingotik, insbesondere die Burgen und Sakralbauten des Deutschen Ordens, als im klein- bis mittelstädtischen Kontext zumindest für den Wohnhausbau ungeeignet. Auch von den Vertretern der einflussreichen Heimatschutzbewegung wurde der „Stil um 1800“ als geeigneter angesehen, wenn auch dies nicht unumstritten war. Soweit erkennbar, wenn auch von Salm nicht ausdrücklich thematisiert, spielte das „Neue Bauen“ in der Spielart der „Weißen Moderne“ keine wichtige Rolle.

Selbstverständlich war der Wiederaufbau zuvörderst keine gestalterische Frage. Salm stellt klar heraus, dass er zunächst noch während des Krieges vor allem eine Prestigefrage war, der die Moral der Bevölkerung vor Ort wie auch mittelbar im ganzen Reich stärken sollte. Eine Welle der Solidarität erfasste nicht nur Deutschland, sondern auch das verbündete Österreich-Ungarn. Aber auch städtebaulich-funktional waren die Wiederaufbaumaßnahmen von erheblicher Bedeutung im Sinne des von Salm erwähnten Experimentierfeldes, denn in verschiedenen Städten wurde das seinerzeit relativ neue, in Preußen seit der „Lex Adickes“ 1902 bestehende Rechtsinstrument der Umlegung genutzt. Salm dokumentiert die mit einer zusätzlichen inneren Erschließung einhergehende Umlegung und Verdichtung eines großen Baublocks in Gumbinnen, aber auch in anderen Städten wurde das Instrument – teils auch in Verbindung mit der

Umgestaltung des örtlichen Straßennetzes – angewandt.

Für den Rezensenten in seiner Eigenschaft als Baubeamter ist die behördliche Organisation des Wiederaufbaus von großem Interesse. Bevor der Wiederaufbau in Angriff genommen werden konnte, mussten zunächst die Bauschäden erfasst und festgestellt werden. Dafür waren Reichsbehörden zuständig – ihre Rolle war finanziell entscheidend, da das Reich der Kostenträger des Wiederaufbaus war. Dabei ist offenbar eine zwar mit der klassischen Gewaltenteilung nicht ganz übereinstimmende, aber der Aufgabe angemessene Mischstruktur aus behördlichen und gerichtlichen Elementen entstanden, bestehend in einem dreigliedrigen Instanzenzug aus dem Hochbauausschuss auf Regierungsbezirks- und auf Provinzebene sowie dem Reichswirtschaftsgericht. Letzteres entstand 1915 als „Reichsschiedsgericht für den Kriegsbedarf“ und legte Entschädigungshöhen für kriegsbedingte Enteignungen fest, so dass es sich für diese ähnlich gelagerte Aufgabe als oberste Instanz geradezu anbot. (Salm erwähnt das Reichswirtschaftsgericht nur am Rande – er ist kein Verwaltungsjurist und ihm ist daher gewiss kein Versäumnis anzulasten, eine etwas nähere Darlegung dieses Teils der Behördenstruktur hätte sich aber gelohnt und sollte bei einer Neuauflage nachgereicht werden.) Die Durchführung der Aufgaben oblag den preußischen Behörden. Die Bauberatungsämter, deren örtliche Zuständigkeit in etwa mit jenen der Landratsämter übereinstimmte, waren aufgrund der Anträge der privaten Bauherren bzw. ihrer Architekten für die Vorbereitung, Förderung und Beaufsichtigung der Wiederaufbaumaßnahmen zuständig. Den drei Regierungspräsidien in Königsberg, Gumbinnen und Allenstein oblag die Fachaufsicht, insbesondere die Nachprüfung der erstinstanzlich von den Bauberatungsämtern geprüften Vorlagen.

Das Oberpräsidium in Königsberg als Hauptbauberatungsamt steuerte den Prozess. Dabei werden u.a. vorbereitende Tätigkeiten wie das Aufstellen der Bebauungspläne, die Vorbereitung der Umlegungsarbeiten und der Ortssatzungen, die „Aufstellung der allgemeinen architektonischen Entwürfe und Skizzen“ sowie die Bereitstellung von Baustoffen, die „anregende Wirksamkeit“ wie

die „Schaffung von Vorbildern, Bauentwürfen und Haustypen“, die „Gründung von Kleinsiedlungsgenossenschaften, Arbeiterkolonien und Gartenstädten“ genannt (S. 71). Laut Salm war eine der wichtigsten Bestimmungen zum Erreichen eines harmonischen Stadtbildes die Beschränkung der Gebäudehöhe in Kleinstädten auf zwei Geschosse. Es bleibt allerdings unklar, welche Definition dem Begriff der Kleinstadt zugrunde liegt, denn nur Gumbinnen hatte ca. 15.000 Einwohner, während laut Salm in den meisten betroffenen Städten ca. 2.000 bis 7.000 Menschen wohnten. Die zu richtenden Gebäude wurden nach ihrer Funktion und ihrem Schwierigkeitsgrad in „Pauschalbauten“ (Landarbeiterhäuser, Ställe, Scheunen) und „Architekturbauten“ unterteilt, letztere hatten eine Grundfläche von mindestens 120 m² und sollten, wie der Name sagt, von Architekten entworfen werden. Wegen der kriegsbedingten Baustoffknappheit lag der Gedanke der Typisierung von Bauteilen – Fenster, Türen, Simse, Schornsteinköpfe – nahe, ein Gedanke, der bereits vor dem Krieg vom Deutschen Werkbund, dort insbesondere von Muthesius vertreten wurde und jetzt in Ostpreußen breit angewandt wurde. Nicht zuletzt erfuhren die meisten wiederaufgebauten Städte auch einen Entwicklungsschub in ihrer technischen und sozialen Infrastruktur. Hier könnte man eine entfernte Parallele zum Aufbau in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung ziehen: auch dort entstand bei zunächst anhaltender wirtschaftlicher Schwäche eine moderne Infrastruktur, die zur Voraussetzung eines eindrucksvollen Aufholprozesses wurde.

Nach der Betrachtung der übergreifenden Fragen widmet sich Salm den Fallbeispielen des Wiederaufbaus. Die Aufzählung aller Städte würde den Rahmen einer Rezension sprengen, deshalb sei nur auf einzelne Beispiele hingewiesen. Für Allenburg belegt Salm die Tätigkeit von Hugo Häring, offenbar der einzige große Name des Neuen Bauens im Wiederaufbauprozess. Ein weiterer großer Name hätte in Gestalt von Josef Hoffmann in Ortelstadt hinzukommen können, der im Auftrag der Patenstadt Wien einen venezianisch inspirierten Entwurf für das Rathaus lieferte, der Salm zufolge „nicht nur aufgrund der Baukosten abgelehnt“ wurde (S. 171). In Allenburg wie in Domnau belegt

Salm allerdings anhand der Dokumente, dass die Zusammenarbeit zwischen den privaten Architekten und den Bauberatungsämtern keineswegs immer harmonisch war – den Behörden wurde gelegentlich „Geschmackstyrannie“ vorgeworfen. Ein massiver gestalterischer Dissens tut sich auch in Neidenburg auf, wo der wegen bereits damals als nicht denkmalgerecht erkannter Umbauten mittelalterlicher Burgen umstrittene Architekt Bodo Ebhardt ein ziemlich bombastisches Konzept mit neugotischen Giebeln für die Marktplatzbebauung forcierte. Nach langem Hickhack wurde schließlich eine maßvolle Variante mit traufständiger Bebauung und Zwerchgiebeln realisiert. Lagebedingt ungewöhnlich ist die Gestaltung des Grenzüberganges in Eydtkuhnen als repräsentativer Stadtplatz. Ein wenig aus dem Rahmen des sonst eher nüchtern-sachlichen Wiederaufbaus fällt Gerdauen mit seinen giebelständigen, pseudohistorischen Fassaden, laut Salm von einem zeitgenössischen Kritiker sarkastisch als „Hort der Romantik“ bezeichnet. Im Duktus am einheitlichsten und gelungensten ist wohl der Wiederaufbau des Marktplatzes in Goldap mit durchlaufenden Arkaden in den Erdgeschossen und dem Gelände folgend leicht höhenversetzten Traufen über zwei Obergeschossen, mit sehr sparsam durch Gauben durchbrochenen Dachflächen. In Stallupönen gelang Kurt Frick eine interessante städtebauliche Raumbildung mit dem Rhythmus der Verbindungen zwischen Kleinem, Alt- und Neustädtischem Markt, wobei er mit vor die Baulinie gezogenen Laubenganghäusern arbeitet. Salm zufolge erinnert das „an Reformsiedlungen wie die etwa gleichzeitig (1914-17) errichtete Siedlung Staaken bei Berlin“ (S. 200), ein bekanntes Werk von Paul Schmitthenner.

So groß die Solidarität mit Ostpreußen war, flaute das Interesse nach Ende des Wiederaufbaus in den 1920er Jahren ab. Salm weist zu Recht darauf hin, dass Ostpreußen aufgrund der nationalistisch aufgeladenen Auseinandersetzungen um die Grenzziehungen nach dem Ersten Weltkrieg zwar eine allgemeine politische Aufmerksamkeit genoss, die Architekturszene blieb aber mangels Auftragsmasse von regionaler Bedeutung. Einige der am Wiederaufbau beteiligten Architekten machten später woanders Karriere, wie Paul Engler, der

später mit seinem Bruder Otto einen maßgeblichen Anteil am Flughafen Berlin-Tempelhof hatte.

Salm macht einen interessanten Exkurs zum Wiederaufbau von anderen, im Ersten Weltkrieg zerstörten Städten, wie Ypern in Flandern, Arras in Frankreich und San Donà di Piave in Italien. Bemerkenswert sind vor allem aber seine Hinweise auf den Wiederaufbau von polnischen Städten wie Kazimierz Dolny und nicht zuletzt Kalisz, den er zu Recht als einen der „großen Erfolge der polnischen Architekturgeschichte der Zwischenkriegszeit“ bezeichnet, der „auch im europäischen Rahmen Bestand [hat], da die historische Innenstadt muster­gültig wiederhergestellt wurde“ (S. 231), wobei er auch auf Verbindungen zum Wiederaufbau von Ostpreußen und die vorbereitende Mitwirkung deutscher Architekten während der deutschen Besatzung hinweist.

Als größtes praktisches Verdienst des von großer Fairness gegenüber den deutschen Akteuren getragenen Buches ist aber herauszustellen, dass Salm stets auch die aktuellen Probleme beim Umgang mit der noch vorhandenen Bausubstanz der ostpreußischen Wiederaufbau-Periode vor Augen hat und immer wieder auf Aktivitäten zu ihrer denkmalpflegerischen Erfassung und Erhaltung drängt. Die abschließenden Sätze seines Buches lauten: „Auch wenn die Spuren des Wiederaufbaus heute kaum noch zu erkennen sind und viele Bauten später zerstört und vernachlässigt wurden, so sind sie doch wichtige und erinnerungswerte Bestandteile der regionalen Kulturlandschaft. Ich habe die bescheidene Hoffnung, dass dieses Buch dazu beiträgt, sie weniger anonym erscheinen zu lassen und besser zu verstehen.“ Dem ist außer einem Dank an den Autor nichts hinzuzufügen.

János Brenner, Berlin

FRANCESCA FERGUSON/URBAN DRIFT PROJECTS (Hrsg.), *Make_Shift City*, Berlin: Jovis Verlag 2014, dts./engl., 250 Abb., 256 S., 32,- €.

JÜRIG SULZER (Hrsg.), *Stadtstärken. Robustheit des Städtischen (Schriftenreihe Stadtentwicklung und Denkmalpflege, 17)*, Berlin: Jovis Verlag 2014, Abb., 224 S., 29,80 €.



In den USA erzählt man College-Abgängern mitunter eine Anekdote, um sie auf den Ernst des Lebens vorzubereiten. Sie beginnt folgendermaßen: „Schwimmen zwei junge Fische daher und treffen auf einen älteren Fisch, der in die andere Richtung schwimmt, ihnen zunickt und sagt: ‚Morgen, Jungs. Wie ist das Wasser?‘ Und die beiden jungen Fische schwimmen noch ein bisschen, bis der eine schließlich zum andern hinübersieht und sagt: ‚Was zur Hölle ist Wasser?‘“ Dass das Selbstverständliche manchem gar nicht (mehr) bewusst ist, mag als Erkenntnis so neu nicht sein. Im Bereich des Urbanismus freilich kann sie gar nicht oft genug wiederholt werden. Denn in kaum einem Metier scheint man so gern zu vergessen – oder zu vernachlässigen –, worin man sich bewegt. Hinzu kommt: Die unaufhörliche Dynamisierung unserer Welt lässt den Planungsbedarf zwar steigen, zugleich aber sinkt die Reichweite des Planbaren.

Offenbar wird immer mehr eine situative Spielart der Planung nötig. Zwei Neuerscheinungen wollen diese These nun verifizieren, wenngleich mit je unterschiedlicher Akzentuierung. Die eine wurde von Francesca Ferguson herausgegeben; sie hat sich einen Namen gemacht, als sie 2004 den nationalen Beitrag bei der Architekturbiennale in Venedig kuratierte und mit „Deutschlandschaften“ auf eine griffige Formel brachte. „Make-shift-City“ hingegen klingt eher sperrig. Adressiert werden soll damit das Unbeständige und Unbestimmte in den Städten; gemeint sind die Lücken und Brüche, die eine spontane und informelle urbane Aneignung ermöglichen. Dahinter steht affirmative Absicht: Denn angesichts von Krise und Geldknappheit sei es „nötiger denn je, Planungen

zu entwickeln, die sich von der „normalen“ Logik der Stadtentwicklung abwenden und die bisher üblichen stadtplanerischen Drehbücher zu Immobilien, Baukrediten, Arbeitskräften im Bauwesen und Wohnungsbau neu definieren“ (Fran Tonkiss).

Unter dem Begriff „nomadisch grün“ bekommt die Bewegung des Urban Gardening in dieser Argumentation einen prominenten Platz zugewiesen. Tatsächlich kann man ja die Prinzessinnengärten (Berlin) oder die AgroCité (Paris-Colombes) als Aufforderung zu einer neuen Lesart von Stadt sehen. Die in den letzten Jahren vielerorts entstandenen Gemeinschafts-, Kiez-, Nachbarschafts- und Interkulturellen Gärten zielen mit dem Grün als Medium zugleich auf die Stadt als Lebensraum und senden visuelle Vorstellungen von Urbanität, die das Auge zunächst irritieren. Der Gemüseanbau in ausgedienten Bäckerkisten und umgebauten Europaletten auf dem stillgelegten Berliner Flughafen Tempelhof, an der Hamburger Großen Freiheit in St. Pauli oder unter dem Münchener Olympiaturm hinterfragt – mehr oder weniger subtil – unser Bild von der *res publica*. Zu den wesentlichen Adressaten gehören dabei die Planer, aber auch die Stadtverwaltung, die man bei der Gestaltung des öffentlichen Raums darauf aufmerksam machen will, dass die Stadt kein Container für noch mehr Autobahnen und Shopping-Malls ist, sondern ein Lebensraum für alle.

Mehr und mehr wird die Produktion von urbanen Räumen durch flexible, dynamische Strategien beeinflusst, die weniger um die Planungen der Kommune kreisen, sondern sich in unübersichtlichen informellen Prozessen aus der Eigeninitiative von zivilgesellschaftlichen Akteuren heraus entwickeln. Diesen Prozessen ist inhärent, dass

sie zunächst in einer Gegenposition zur offiziellen Stadtplanung stehen, in Leerräumen und Nischen operieren. „Warten auf den Fluss“ nennt die Gruppe Observatorium ihre 38 Meter lange Brücke im Niemandsland an der Emscher – ein Mittelding zwischen hölzerner Relax-Zone, bewohnbarer Skulptur und Aufwertung eines ehemaligen Industriekanals. Das Gebilde aus Baustellenbrettern versteht sich als eine Art Stoppschild für die arrivierte Stadtplanung: Es wendet sich gegen ein „weiter so“, will stattdessen die Aufmerksamkeit auf die umliegende Ruderalvegetation und deren Aufenthaltsqualität lenken.

Auch in Norwegen nimmt man auf neue Art den öffentlichen Raum ins Visier: Der Geopark in Stavanger (Helen&Hard) wirkt wie ein überdimensionierter Spielplatz, dessen bunte Elemente und Installationen – den Offshore-Basen und Bohrinselfen entliehen und recycelt – einen brachliegenden Uferstreifen zum hotspot umgestalten. Mit dem partizipatorischen Reformprojekt „Die Baupiloten“ ist die Architektin Susanne Hofmann in Berlin angetreten, um spartanische Flure und genormte Pausenhöfe von Schulen und Kindergärten radikal neu zu denken. Ihr Geschäftsmodell ist so einfach wie erfolgreich: Mit dem gegebenen Etat für eine Umbaumaßnahme so zu haushalten, dass etwas übrig bleibt für unorthodoxe Verschönerungen. Die Basisbewegung Kinetisch Noord schließlich transformierte den alten Hafenspeicher und Teile des Werftgeländes der Firma NDSM in Amsterdam; sie schuf neben preiswerten Ateliers, Wohnungen und Veranstaltungsorten auch eine weltbekannte Skateparkhalle.

Viele der hier vorgestellten Beispiele wirken beredt insofern, als sie veranschaulichen, dass Architektur weder ein bruchloses Anknüpfen an die Tradition ist noch das Ergebnis der Umstände ihrer Entstehung. Vielmehr offenbart sie sich als eine Praxis, die sich erst im Umgang mit Störungen erweist und bewährt. Dennoch wollen sie – und die begleitenden Aufsätze – weder zu einer kohärenten Theorie noch zu einer praktikablen Handlungsempfehlung zusammenwachsen. Dass das Provisorische eine zukunftsfähige Gestaltungsstrategie darstellt, ist mehr Behauptung denn Gewissheit;

entscheidend sind die Umstände an bestimmten Orten zu einer bestimmten Zeit.

Mit nicht minder programmatischem Anspruch kommt auch der zweite Band daher. Stadtstärken – man meint den Imperativ förmlich zu spüren. Und tatsächlich geht es Jürg Sulzer, Emeritus für städtebaulichen Denkmalschutz an der TU Dresden, um nicht weniger als ein In-Wert-Setzen überlieferter baulicher Arrangements. Stadträumliche Strukturen, so die These, stellen stabile Qualitäten dar: Sie helfen einerseits, die Anfälligkeit in Krisen und Katastrophen gering zu halten; sie behindern oder verbauen andererseits nicht neue Entwicklungen. Allerdings ist es alles andere als banal, diesen Erfahrungsfundus zu bewahren und zu ertüchtigen. Weder scheint die notwendige Dichte, der sparsame Umgang mit Ressourcen noch die Verständigung auf eine ganzheitlich Stadtbaugestaltung gesellschaftlich gewollt.

Tatsächlich stellt sich die Frage, ob Stadtentwicklung nicht etwas mit der Spieltheorie zu tun hat, der zufolge die Spieler sich entscheiden, ohne die einzelnen Gegebenheiten des Problems zu kennen, von denen einige bekannt sind, andere zufallsbedingt, wieder andere unbestimmbar. Zumal Urbanität, wie der renommierte Stadtsoziologe Hartmut Häußermann in einem hier posthum veröffentlichten Vortrag argumentiert, „nicht das Ergebnis bewusster planerischer Entscheidung ist, sondern das Ergebnis einer Entwicklung, an der eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure, Interessen und Initiativen usw. beteiligt sind. In diesem vielschichtigen Prozess entsteht, wenn es gut geht, ein urbaner Ort. Planung behindert solche Prozesse eher, als dass sie diese befördert.“ Doch dieses Verdikt ist weniger vernichtend als es klingt; durch den Kontext wird klar, dass keineswegs die Daseinsberechtigung von Planung in Zweifel gezogen wird. Will sie aber ihre Rolle als steuernde Instanz zurück erlangen, muss die Improvisation – die im Kleinen durchaus Sinn macht – durch ein stabiles Konstrukt gestützt und in eine ganzheitliche Strategie eingebettet werden. Dabei kommt insbesondere der Frage, wie dabei immanente, bisher vielleicht kaum beachtete soziale und situative Qualitäten freigesetzt und für eine nachhaltige Konzeption der Stadt fruchtbar ge-

macht werden können, eine entscheidende Bedeutung zu.

Das wäre denn vielleicht der Punkt, an der die Argumentation zweier Bücher, die ansonsten recht unterschiedlichen Denkmustern folgen, zusammenfließt. Stadt braucht eine baulich-räumlichen Verständlichkeit, die korreliert mit Erfahrungen, Nutzungen und Beziehungen im täglichen Leben. Und so scheint die Autoren die Einsicht zu einen, dass Kultur vom Lateinischen *cultura* stammt: Sorge um etwas. Gestaltung ist nicht ästhetischer Selbstzweck, sondern Ausdruck des Umstandes, dass man sich kümmert.

Robert Kaltenbrunner, Bonn/Berlin

UTA CASPARY, *Ornamente der Fassade in der europäischen Architektur seit den 1990er Jahren, Berlin: Jovis 2013, zahlr. Abb.; 336 S., 35,- €.*

Das Dekorative und Ornamentale zu missbilligen, ist ein ebenso grundlegendes wie fehlgeleitetes Verdikt der Moderne. Denn das Wesen der Dekoration, so etwa der Philosoph Hans-Georg Gadamer, bestehe darin, nicht nur den Geschmack des Betrachters zu befriedigen, sondern „doch auch wieder ihn von sich wegzuweisen in das größere Ganze des Lebenszusammenhanges, den sie begleitet“. In diesem Sinne gilt ihm ein Bauwerk nicht allein als Lösung einer künstlerischen Aufgabe: Es wolle zugleich „als Schmuck, als Stimmungshintergrund, als zusammenhaltender Rahmen einem Lebensverhalten entsprechen“. Heute scheint nun ein anderes Verständnis des lange tabuisierten Ornaments zu gelten – das physisch Oberflächliche ist schließlich nicht notwendigerweise auch geistig oberflächlich.

Als Auftakt für diese Rehabilitierung gilt das 1987 fertig gestellte *Institut du Monde Arabe* in Paris. Der vom seinerzeitigen Präsidenten François Mitterrand in Auftrag gegebene Kulturbau sollte ein „Schaufenster der arabischen Welt“ in Europa darstellen und war als Signal für einen endgültigen Schlussstrich unter die französische Kolo-

nialgeschichte gedacht. Der Architektur von Jean Nouvel kam die Aufgabe zu, interkulturelle Vermittlungsarbeit zu leisten. Sie bediente sich dazu einer spezifischen Fassaden-Ornamentik: Hinter der quadratisch gegliederten Glashaut liegen – als Sonnenschutz elektrisch gesteuerte – Irisblenden, die das dekorative Muster traditionell islamischer Lüftungsgitter interpretieren. In der allgemeinen Rezeption war damit ein neuer Grundstein gelegt. Dennoch kam es einem Tabubruch gleich, als Herzog & de Meuron 1995 im Zusammenhang mit dem Entwurf für ihre Bibliothek der Fachhochschule in Eberswalde von der Tätowierung des Gebäudes sprachen und das Äußere mit einer Bilderhaut überzogen.

Es bleibt also schwierig. Nun nimmt sich die Kunsthistorikerin Uta Caspary des Themas in durchaus grundsätzlicher Weise an. Sie ist der Auffassung, dass technische Experimentierfreude im Verbund mit Schönheit und Sinnlichkeit das Ornament wieder jener Bestimmung annähern, die ihm John Ruskin bereits 1853 in „The Stones of Venice“ zuschrieb, nämlich die Menschen „glücklich zu machen“. Dabei geht es keineswegs, so verdeutlichen die von ihr kompilierten Beispiele, um eine glatte, idealisierte Schönheit, sondern häufig um eine gebrochene, bisweilen deformierte Ästhetik, die aus umgewerteten Industrieabfällen, bewusst eingesetzten Witterungsspuren oder Zufallsprozessen hervorgehen kann. Dabei fokussiert sie sich aus gutem Grund auf die Fassade, die als Grenzzone zwischen Außen und Innen, zwischen öffentlichem und privatem Raum eben jener Bereich sei, an und in dem in großer Intensität und Dichte mediale, künstlerische und materialtechnische Innovationen realisiert werden. „Die Einpassung des Bauwerks in das vorhandene Stadtbild erfolgt in erster Linie über die Fassade. Ihr wahrnehmungstechnisches Privileg zeigt sich daran, dass sich „der touristische Blick“ zu allererst an die Fassaden heftet, die bestimmte ‚Stimmungen und Gefühle‘ erzeugen und Aussagen über die Gebäudefunktion vermitteln.“

Längst werden der Fassade – ob nun beim Museum Brandhorst in München (Sauerbruch & Hut-ton) oder dem Kaufhaus Selfridges in Birmingham (Future Systems) – neue, zusätzliche Funktionen

verliehen. Einst haben Architekten wie Le Corbusier von der „mur respirant“, der atmenden Wand, gesprochen. Heute nennt man sie gerne Membran. Vorrangig geht es dabei um „intelligente“ Fassaden, die etwa den Energieverbrauch für Lüftung, Heizung, Beleuchtung und Kühlung auf ein Minimum senken helfen. Immer mehr Baumeister scheinen sie als eine Hülle zu verstehen, die auf ihre Umgebung reagiert und umgekehrt – die flimmern den Medienfassaden und erleuchteten Screens an Hauswänden sind dafür nur Exempel. Ein ganz andersgeartetes stellt die Sanierung eines Gründerzeithauses in Berlin dar; es war ursprünglich reich ornamentiert, wurde jedoch in der Nachkriegszeit radikal „entstuckt“. Die Münchner Architekten Hild und K ließen nun die Originalzeichnung des Fassadendekors von 1893 stark vergrößert in den neuen Putz einritzen. Die dabei entstandene Reliefzeichnung in ihrer zeitgemäßen Abstrahierung und poetischen Licht-Schatten-Wirkung ist moderner Laserschnitt-Technik zu verdanken. Indem der Griff in die Requisitenkiste des Ornamentalschatzes mit dem technologischen Experiment einhergeht, baut das Ornament gleichsam eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Mag auch der *digital turn*, die Etablierung von computerbasierten Entwurfs- und Herstellungsprozesse, in den 1990er Jahren eine signifikante Reaktivierung des Dekorativen mit sich gebracht haben – zunächst freilich bloß auf die Fassade als „Gesicht“ des Hauses bezogen –, so ist das Ornament doch stets in größere, kulturhistorische Zusammenhänge eingebunden. Insofern ist es durchaus gewinnbringend, die Baugeschichte der letzten 200 Jahre an seiner wechselnden Bedeutsamkeit nachzuvollziehen. Das aus einer Dissertation hervorgegangene Buch bietet eine ausgewogene Mischung von anschaulichen Beispielen und theoretischen Hintergründen; es leistet Definitionsarbeit und kommt doch ohne verquaste Wissenschaftlichkeit aus. Dabei sind es insbesondere zwei Tendenzen, die Caspary hervorhebt: Zum einen könne ein ornamentales Gebäude kulturelle und ortsspezifische Identität schaffen oder festigen, indem es auf eine regional verankerte, traditionelle Formen- und Motivsprache zurückgreift, diese jedoch mittels zeitgemäßer Technologie abwandelt. Zum



anderen würden im Zuge der Digitalisierung technisch-konstruktive, materielle und bildhaft-ornamentale Aspekte zusehends zu einer neuen Einheit zusammengeführt; die Fassade entwickle sich von der äußersten, angefügten Schicht zu einem integralen Bestandteil der Gesamtkonstruktion.

Bei all dem ist nicht von der Hand zu weisen, dass Ornamente die Tendenz heutiger Architektur zum Ereignishaften oder Theatralischen unterstützen, die von der Wirtschafts-, Tourismus- und Kulturbranche gleichermaßen gefördert wird. Deshalb nimmt es nicht wunder, wenn ornamentale Experimente mitunter alte Ressentiments wiederaufleben lassen. Indes, mehr und mehr wird der Vorbehalt, das Ornament sei beliebig applizierte Zutat, schmückendes Beiwerk ohne Sinn und Funktion, entkräftet. Möglicherweise wäre ja die Arbeit des Architekten mit der eines Schneiders zu vergleichen: Man muss sich ein Konzept oder Projekt zunächst als „nackt“ vorstellen – und überlegen, was man ihm anzieht. Der Schnitt, der Stil sind essentiell, danach sucht man die Stoffe aus, um die Form zu abstrahieren. Was freilich nicht heißt, dass für ein erotisches Fassadenkleid vertraute Werkstoffe gezielt aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang herausgerissen und gewissenhaft missbraucht werden. Das wäre ja auch noch schöner!

Robert Kaltenbrunner, Bonn/Berlin

Vierteljahresschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



41. Jahrgang
2014

Inhaltsverzeichnis
41. Jahrgang 2014

Herausgegeben von Forum Stadt -
Netzwerk historischer Städte e.V.

in Verbindung mit Gerd Albers,
Harald Bodenschatz, Tilman Harlander,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke,
Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Forum Stadt
Verlag

ISSN 2192-8924



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V. in
Verbindung mit Gerd Albers, Harald Bodenschatz, Tilman Harlander,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

- Hans Schultheiß* (Chefredakteur) –
Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut
Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut
Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern
Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart,
Städtebau-Institut
Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte
Prof. Dr. Ursula von Petz, Universität Dortmund
Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte
Volker Roscher, Architektur Centrum Hamburg
Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte,
Prof. Dr. Holger Sonnabend, Universität Stuttgart,
Historisches Institut

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
E-mail: hans.schultheiss@esslingen.de
Tel. +49(0)711 3512-3242; Fax +49(0)711 3512-2418
Internet: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V.

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 89,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Verlags Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49(0)8581-9605-0
E-mail: info@suedost-verlags-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbe-
dingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2014 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Vier-
teljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadt-
soziologie, Denkmalpflege und Stadtentwick-
lung« unter dem Obertitel »Die alte Stadt«.

Inhaltsverzeichnis 2014

SCHWERPUNKTHEFTE

STÄDTEBAU UND DIKTATUR IN EUROPA:

SOWJETUNION, ITALIEN, DEUTSCHLAND, PORTUGAL, SPANIEN

Heft 1/2014, hrsg. von *Harald Bodenschatz und Max Welch Guerra*..... 3 ff.

VOM WIRTSCHAFTSBOOM ZUR WACHSTUMSGRENZE:

BAUTEN DER 1970er JAHRE

Heft 2/2014, hrsg. von *Klaus Jan Philipp* 131 ff.

ALTSTADT FÜR ALLE? URBANITÄT ALS ZUMUTUNG

Heft 4/2014, hrsg. von *Johann Jessen* 355 ff.

ABHANDLUNGEN

Baus, Ursula:

Was tun mit den Bauten der Nachkriegsmodernen? Eine architektur-
kritische Sicht auf alte Leitbilder und neue Strategien 225

Bodenschatz, Harald:

Städtebau und Diktatur: Denkräume erweitern! 9

Brichetti, Katharina:

Die Kunst der leiblich-räumlichen Wahrnehmung. Eine Annäherung
an das Entwerfen aus Sicht der Baugeschichte 281

de Rudder, Steffen:

»Die gemordete Stadt«. Zum fünfzigjährigen Erscheinen eines
Klassikers der Städtebauliteratur 135

Flierl, Thomas:

Gebauter Stalinismus 31

Fülscher, Christiane:

Halbwertszeit einer Perle. Das Bürgerhaus Bensheim (1974-1976) 211

Hermanutz, Max:

Was tun gegen überbeanspruchte Innenstädte? Öffentlicher Raum und
Alkoholkonsum. Untersuchungsergebnisse aus Baden Württemberg 377

Hillmann, Roman:

»Maßstäblichkeit«. Was impliziert der Begriff und was entgeht ihm? 145

<i>Kabierske, Gerhard:</i>	
Vom Brutalismus zur Postmoderne.	
Das Kaufhaus Schneider in Ettlingen (1968-1977)	165
<i>Kaschuba, Wolfgang:</i>	
Kampfzone Stadtmitte: Wem gehört die City?	357
<i>Koler, Peter:</i>	
Präventive Ansätze im Nachtleben: »Feiern mit Niveau«	391
<i>Mönch, Winfried:</i>	
Stuttgart und der Luftkrieg im Ersten Weltkrieg	301
<i>Neumann, Peter:</i>	
Das Konzept »Design für alle«. Beispiel: Altstadt Paderborn	403
<i>Payer, Peter:</i>	
»Rund um Wien«. Die Mobilierung des Stadtblicks	291
<i>Schultheiß, Hans:</i>	
»Gebaute Wendemarke« – Das Marktdreieck in Waiblingen (1971-1976).	
Ein modernes Bauwerk im Spiegel der Altstadtentwicklung	179
<i>Spiegel, Daniela:</i>	
Städtebau im italienischen Faschismus am Beispiel des	
römischen Wohnungsbaus	47
<i>Tamáška, Máté:</i>	
Konflikte der Schutzzone. Eine Fallstudie von Wien / Grinzing	259
<i>von Hagen, Juliane:</i>	
Ambivalenzen in Stadträumen. Veränderungen in öffentlich	
zugänglichen Räumen als kontinuierliche Herausforderung	412
<i>von Oppen, Christian:</i>	
Salazars Lissabon: Städtebauliche Inszenierungen am Rande Europas	79
<i>Welch Guerra, Max:</i>	
Spanischer Städtebau und Herrschaftssicherung unter Franco.	
Eine Erkundung	97

FORUM

<i>Altrock, Uwe / Kegler, Harald:</i>	
Internationales Netzwerk »Architecture of Totalitarian Regimes of the	
20th Century in Urban Management«	114
<i>Bodenschatz, Harald:</i>	
»1914« / »1938« / »Interferenzen«. Drei Ausstellungen verkreuzt	
betrachtet	232

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung DASL,

Ausschuss Städtebau:

Städte in Deutschland 2030: Herausforderungen und Chancen für
Stadtentwicklung und Städtebau. Positionspapier 421

Goebel, Benedikt / Mauersberger, Lutz:

»Geraubte Mitte«. Die »Arisierung« des jüdischen Grundeigentums im
Berliner Stadtkern 1933-1945. Anmerkungen zu einer Ausstellung 117

Kienzle, Vanessa-Lorraine:

Neuer Wohnraum in den Städten: Wie kann ein neuer öffentlich
geförderter Wohnraum aussehen? Ein Tagungsbericht 335

OTTO-BORST-PREIS

Bruha, Rainer:

Otto-Borst-Preis 2014. Fünfte Vergabe des Sanierungspreises in
Sterzing / Südtirol 392

Forum Stadt e.V.:

Otto-Borst-Preis: Ausschreibung des Wissenschaftspreises 2015 242

AUTORINNEN / AUTOREN 113, 231, 328, 420

BESPRECHUNGEN

ASSEBURG, ANGELIKA / BETKE, CLAUDIA / SCHOLZ, EBERHARD:

Visionen + Aktionen für Kopfbahnhof und Stadt. ArchitektInnen
für K21 (*Winfried Mönch*) 343

BANTELMANN-BETZ, ANNE: Historische Wiederaufbauten Englischer Land-

häuser. Der denkmalpflegerische Umbau mit klassischen Landhäusern
nach Bränden 1875-1914 (*Klaus Zehner*) 254

BRICHETTI, KATHARINA: Die Paradoxie des modernen Historismus.

Stadtumbau und Denkmalpflege vom 19.-21. Jahrhundert: Berlin und
Beirut (*Heike Oevermann*) 340

CASPARY, UTA: Ornamente der Fassade in der europäischen Architektur

seit den 1990er Jahren (*Robert Kaltenbrunner*) 441

DÜESBERG, CHRISTOPH: Megastrukturen. Architekturutopien zwischen 1955

und 1975 (*Robert Kaltenbrunner*) 249

FELTEN, FRANZ J.: Wirtschaft an Rhein und Mosel. Von den Römern bis

ins 19. Jahrhundert (*Thomas Wozniak*) 338

FERGUSON, FRANCESCA / URBAN DRIFTS PROJECTS (Hrsg.): <i>Make_Shift City</i> (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	439
FULDAER GESCHICHTSVEREIN (Hrsg.): <i>Geschichte der Stadt Fulda. Bd. II</i> (<i>János Brenner</i>).....	251
GROTEN, MANFRED: <i>Die deutsche Stadt im Mittelalter</i> (<i>Wilhelm Ribhegge</i>).....	431
KELLER, ANKE: <i>Von verbotenen Feierfreuden. Hochzeits-, Tauf- und</i> <i>Begräbnisverordnungen im Frankfurt a.M. und Augsburg des 14. bis</i> <i>16. Jahrhunderts</i> (<i>Jürgen Hasse</i>)	346
KLEINMANNS, JOACHIM: <i>Parkhäuser. Architekturgeschichte einer ungeliebten</i> <i>Notwendigkeiten</i> (<i>Jürgen Hasse</i>)	243
MEHLHORN, DIETER J.: <i>Stadtbaugeschichte Deutschlands</i> (<i>Bernd Fuhrmann</i>)	122
MEIER, HANS RUDOLF / SCHEUERMANN, INGRID / SONNE, WOLFGANG (Hrsg.): <i>Werte. Begründungen der Denkmalpflege in der Geschichte</i> <i>und Gegenwart</i> (<i>Heike Oevermann</i>)	245
RADA, UWE: <i>Die Elbe. Europas Geschichte im Fluss</i> (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	123
RAUTERBERG, HANNO: <i>Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digital-</i> <i>moderne</i> (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	342
ROESLER, SASCHA: <i>Weltkonstruktionen. Der außereuropäische Hausbau</i> <i>und die moderne Architektur</i> (<i>Robert Kaltenbrunner</i>)	125
SALM, JAN: <i>Ostpreußische Städte im Ersten Weltkrieg.</i> <i>Wiederaufbau und Neuerfindung</i> (<i>János Brenner</i>)	435
SCHINKER, NIELS M.: <i>Die Gartenstadt Hellerau 1909 - 1945. Stadtbaukunst,</i> <i>Kleinwohnungsbau, Sozial- und Bodenreform</i> (<i>Werner Durth</i>)	434
SCHULZ, BRIGITTE: <i>Was heißt hier Stadt? 50 Jahre Stadtdiskurs am Beispiel</i> <i>der Stadtbauwelt</i> (<i>Jürgen Hasse</i>)	247
WETTSTEIN, ADRIAN E.: <i>Die Wehrmacht im Stadtkampf 1939-1942</i> (<i>János Brenner</i>).....	349
WOZNIAK, THOMAS: <i>Quedlinburg im 14. und 16. Jahrhundert –</i> <i>Ein sozialtopographischer Vergleich</i> (<i>Dietrich Denecke</i>)	120